



6. Heft | 28. März 1912

## WOLFGANG HEINE · PRÄSIDENTENWAHL, HOF- GANG, KAISERHOCH

**A**IE Präsidentswahl liegt hinter uns. Die Fragen aber, die sie angeregt hat, sind damit nicht erledigt. Man kann sagen, daß es besser gewesen wäre vor dem Zusammentritt des Reichstags in der Partei eine recht gründliche Diskussion über unsere Stellung zum und im Reichstagspräsidium zu eröffnen. Dafür aber war die Zeit zwischen der Reichstagswahl und der Präsidentswahl zu knapp, und das, was man dazu hätte sagen müssen, für die meisten zu befremdlich, um solcher abrupten Erörterung Aussichten auf Erfolg zu eröffnen.<sup>1)</sup> Im Augenblick war es viel wichtiger alle Kräfte der Partei geschlossen zusammen zu halten als den Anlaß zu Auseinandersetzungen zu geben, die notwendigerweise momentan hätten fruchtlos bleiben müssen. Jetzt aber steht die Sache anders. Das Problem und seine Wichtigkeit für die Zukunft ist durch die Wahl Scheidemanns und die Treibereien, die ihn wieder aus dem Präsidium herausbrachten, allen zum Bewußtsein gekommen, und jetzt ist der Zeitpunkt, wo die Partei genötigt ist ihre Stellung zur Präsidentswahl und was drum- und dranhängt kritisch zu prüfen.

Der Wert der Teilnahme unserer Partei am Präsidium liegt nicht in erster Reihe in dem Einfluß, den ein Präsident auf den Geschäftsgang des Parlaments unmittelbar ausüben kann, sondern besteht in einer moralischen Wirkung. Ein vom Reichstag gewählter und in ihm waltender sozialdemokratischer Präsident bringt zum öffentlichen Bewußtsein, daß die sozialdemokratische Überzeugung das gleiche Recht hat ausgesprochen und vertreten zu werden wie die Ansichten der sogenannten *staatserhaltenden* Parteien. Das wäre eine höchst wirksame Widerlegung der von der Bürokratie, den Konservativen und neuerdings auch vom Zentrum verbreiteten Theorie, daß ein Sozialdemokrat mindern Rechts und minderer Ehre sei als ein Angehöriger anderer Parteien. Dieses heuchlerische, immer wieder künstlich genährte Vorurteil ist zurzeit das größte Hindernis, das einer fortschreitenden Entwicklung Deutschlands zu geistiger Freiheit und sozialen Reformen entgegensteht; es ist geradezu der Rettungsanker aller reaktionären Mächte. Deshalb ist alles gut und wertvoll, was einen Fortschritt zur Rechtsgleichheit und Anerkennung der Sozialdemokratie bedeutet. Der sozialdemokratische Präsident ist aber außerdem ein Dokument, daß der Volkswille im Reichstag zur Geltung kommt. Er ruft der Bürokratie, die die Volksvertretung am liebsten zu ihrem Werkzeug machen möchte, entschieden ins Gedächtnis, daß das Parlament aus eigenem Recht besteht und sich selbst regiert, und daß die Minister ihm nichts hineinzureden haben. Das aber ist in

<sup>1)</sup> Ich selbst war auch noch durch persönliche Umstände daran verhindert.

Deutschland, wo der Reichstag 40 Jahre lang der Regierung gegenüber eine höchst klägliche Rolle gespielt hat, ein bescheidener, aber nichtsdestoweniger nötiger erster Schritt auf dem Weg zur Erlangung parlamentarischer Macht. Für den Augenblick kam noch als weiteres Gewicht hinzu, daß die Wahl eines Präsidiums aus Sozialdemokraten, Fortschrittlern und Nationalliberalen eine Krönung der gegen die Rechte gewendeten Wahlpolitik gewesen wäre und zugleich ein Mittel den Teil der Nationalliberalen, mit denen wir zusammen arbeiten können und müssen, fester mit der Linken zu verbinden.

In dieser wichtigen Angelegenheit hat die Partei meines Erachtens noch nicht die richtige Stellung gefunden. Anstatt nach rationeller politischer Erwägung hat sie nach Überlieferungen und Gefühlen, also in der Vergangenheit wurzelnden, sozusagen konservativen Beweggründen gehandelt. Das ließ sich, wie eingangs gesagt, im Augenblick nicht ändern; denn solche eingewurzelten Mächte sind nicht so schnell zu erschüttern. Aber der Zukunft wegen sollte man sich jetzt klar werden, wo der Fehler steckte.

Wir müssen uns vor allem abgewöhnen alles, was hergebracht ist, deshalb als *bewährt* und für alle Zeit gültig anzusehen; es kann etwas sich früher bewährt haben und doch für die Gegenwart ganz verkehrt sein. Mit einem Wort: Wir sollten etwas *revolutionärer* auch gegen uns selber werden. Es ist ferner ganz verkehrt, daß die Frage der Beteiligung am Präsidium immer und immer wieder unter dem Gesichtspunkt des *Hofgangs* und der *höfischen Verpflichtungen* betrachtet wird. Wer den Vorteil davon hat, zeigt das vergnügte Grinsen, mit dem die Reaktionäre aller Schattierungen immer wieder bemüht sind unsern Wagen in dies tote Gleis abzustößen. Schon dies allein sollte uns zur Besinnung bringen. Das ganze Wort *Hofgang* ist irreführend. Es ist als ein gehässiges Schlagwort geschaffen, um diejenigen beim Volk zu verdächtigen, die in solchen Dingen nüchterner und nicht nach dem Gefühl urteilen. Dem Teil der Wähler, der von staatsrechtlichen Verhältnissen wenig Vorstellungen hat, wird damit graulich gemacht, wenn ihm sein Abgeordneter an der fürstlichen Tafel prassend vorgemalt wird. Der Arbeiter sieht um sich herum in der Fabrik und im Leben der armen abhängigen Leute so viele Versuche zynischer Korruption, so viele Beispiele, daß einem zugemutet wird Ehre und Überzeugung für eine kleine Gunst, einen freien Trunk oder nur ein freundliches Wort zu verkaufen, daß man sich nicht wundern kann, wenn ihn bei dem Wort *Hofgang* ein Argwohn packt. Aufgabe unserer Presse und unserer Redner aber ist nicht solche im Grund unfreien und unwahren Verallgemeinerungen noch zu unterstützen sondern die Wähler aufzuklären und ihnen zu zeigen, daß ihre parlamentarischen Vertreter das Vertrauen beanspruchen können, sie würden sich nicht durch Hofgunst bestechen lassen. Was freilich in dieser Beziehung in den letzten Jahren, namentlich anlässlich des Friedrichshafener Vorfalles geschrieben und geredet worden ist, hat wenig dieser Aufgabe entsprochen.

Wir wollen keinesfalls den Parteigenossen zumuten sich zu Hofschranzen zu erniedrigen und ihre Würde als Volksvertreter zu vergessen. Im Gegenteil, sie sollen aus dieser Würde die Konsequenzen ziehen und in Anspruch nehmen, was ihnen gebührt. Auch ist keine Rede vom Verzicht auf das republikanische Staatsideal. Indem wir die gegebene Reichsverfassung nehmen wie sie ist, erkennen wir nicht an, daß sie uns gefiele. So gut wie wir wählen, trotz der Sinnlosigkeit und Ungerechtigkeit der Wahlkreiseinteilung, so gut wie wir uns den Formen der parlamentarischen Verhandlung anbequemen, so undemokra-

tisch und unwahrhaftig die hergebrachten Einschränkungen der Redefreiheit sind, so wenig vergeben wir uns und unseren Grundsätzen etwas, wenn wir die Folgerungen aus der staatsrechtlichen Tatsache ziehen, daß der Präsident des deutschen Bundesstaats der König von Preußen ist, und daß er den Titel *Deutscher Kaiser* führt.

Darüber ist wohl auch im Prinzip kaum ein Streit gewesen; von allen Seiten hat man anerkannt, daß die Sozialdemokratie die staatsrechtlichen Verpflichtungen übernehmen könnte, die sich für den Präsidenten ergeben würden. Nur scheint mir, daß man bei ihrer Abgrenzung allzu ängstlich gewesen ist. Der Stein des Anstoßes war hier wieder der sogenannte *Hofgang*, richtig gesagt die persönliche Vorstellung des Präsidenten beim Kaiser. Allerdings ist in § 12 der Geschäftsordnung nur bestimmt:

«Die Konstituierung des Reichstags und das Ergebnis der Wahlen [nämlich der Präsidentenwahlen] wird durch den Präsidenten dem Kaiser angezeigt.»

Daraus kann man mit Recht entnehmen, daß der Buchstabe der Geschäftsordnung nur den ersten Präsidenten verpflichtet dem Kaiser diese Anzeige zu machen, und zwar schriftlich, was bei ihrer urkundlichen Bedeutung selbstverständlich ist. Aber man darf doch nicht vergessen, daß überall und in den Ländern mit der stärksten parlamentarischen Macht am meisten, neben dem geschriebenen Gesetz auch ein ungeschriebenes besteht, das ebenfalls ein Teil der Verfassung ist. Wenn es seit 40 Jahren üblich geworden ist, daß neben der schriftlichen Anzeige durch den ersten Präsidenten noch eine persönliche durch alle 3 Präsidenten vorgenommen wird, so ist nicht zu verstehen, weshalb ein sozialdemokratischer Präsident sich davon ausschließen müßte. Dieser Besuch fällt ganz in den Rahmen der staatsrechtlichen Stellung des Reichstags und des Kaisers; in seiner Eigenschaft als Bundespräsident und in keiner andern empfängt er die Reichstagspräsidenten. Ja, ich muß sagen, daß ein sozialdemokratischer Präsident auf seinem Recht bestehen sollte hier ebenso den Reichstag zu vertreten wie die Präsidenten aus anderen Fraktionen. Darüber hinaus *höfische Verpflichtungen* zu übernehmen hat bisher kein Mensch verlangt, und es ist nicht zu fürchten, daß ein sozialdemokratischer Reichstagspräsident in die Lage gebracht werden würde bei Hoffesten hinter irgend welchen Räten *x*. Klasse aufzumarschieren. Dagegen gäbe es schließlich immer noch Mittel; über solche Dinge redet man aber nicht vorher, sondern man wartet ab.

Nun weiß ich wohl, daß diese streng sachliche und staatsrechtliche Auffassung der Schritte, zu denen ein sozialdemokratischer Präsident sich herbeilassen müßte, nicht einseitig von der Sozialdemokratie vertreten werden kann, sondern daß dazu die Reichsregierung und der Kaiser selbst ebenso beitragen müßten. Ich habe kürzlich an anderer Stelle, im *März*, geschrieben, daß die Rede des Reichskanzlers und die Ablehnung des Besuchs selbst der liberalen Präsidenten bewiesen, wie weit man an diesen leitenden Stellen noch von einer staatspolitischen Auffassung des Verhältnisses zur Sozialdemokratie entfernt wäre, und wie sehr man dies alles unter einem rein parteipolitischen Gesichtswinkel betrachtete. Das ist auch noch meine Meinung, ja ich möchte noch etwas hinzufügen: Soweit man sich nach den widersprechenden Mitteilungen, die in die Öffentlichkeit dringen, ein Urteil bilden kann, muß man annehmen, daß gerade beim Kaiser persönlich, mindestens aber in seiner Umgebung, die Auffassung ihren Sitz hat, die der Sozialdemokratie ihrer politischen Überzeugung

wegen gleiches Recht mit anderen Parteien versagt und sie als außerhalb der staatsbürgerlichen Gemeinschaft stehend behandelt. In den sich mit besonderer Betonung *monarchisch* nennenden Parteien jedenfalls, bei Konservativen und Zentrum, ferner in der Bureaukratie und allem, was mit dem Militär zusammenhängt, ist die politische Verfolgungssucht gegenwärtig wieder bis zur Fieberhitze gestiegen; sie steigert sich vielfach bis zu einer wüsten Ehrabschneiderei gegen jeden, der mit der Sozialdemokratie auch nur in Berührung steht. Ich habe deshalb bei der erwähnten Gelegenheit gesagt, die Sozialdemokratie, als die entrechtete und unzählige Mal mit Ausdrücken der Verachtung belegte Partei, hätte sich sehr scheuen müssen den ersten Schritt zu tun, der ihr eine verletzende Zurückweisung hätte eintragen können. Jetzt möchte ich hinzufügen, daß man es freilich zu einer solchen Ablehnung des Besuchs nicht hätte kommen lassen dürfen, daß man aber die Verhandlungen in einem Sinn hätte führen können, der uns vor einem solchen Affront geschützt hätte.

Die Unterhändler der Fraktion trifft keine Schuld, denn man hatte ihnen, ehe man noch die Forderungen der anderen Parteien kannte, die gebundene Marschroute gegeben nicht von der bisherigen Praxis abzuweichen, die auf alten Beschlüssen beruht. Da ist es freilich schwer erfolgreiche Verhandlungen zu führen. Das ist eben ein Fehler, der sich immer wieder rächt, daß in taktischen Fragen, die nach den besonderen Umständen von Zeit und Ort entschieden werden müssen, Beschlüsse für alle Zukunft gefaßt und mit dem Nimbus kanonischer Geltung bekleidet werden. Es sollte selbstverständlich sein, mindestens für eine revolutionäre Partei, daß solche Resolutionen nicht mehr gelten, sobald sie zum Hindernis werden. Das Verlangen notwendige Aktionen aufzuschieben, bis sich einmal eine zuständige Instanz gefunden hat, die die alten Beschlüsse aufhebt, ist ein juristischer Formalismus von der Art wie Kirche und Bureaukratie ihn gegen jede neue aufstrebende Kraft anwenden, paßt aber nicht für uns.

Nach meiner Meinung hätte die Fraktion richtig so operieren sollen: Sie mußte den ersten Präsidenten verlangen, weil sie die stärkste Fraktion war; allenfalls hätte sie sich, um eine Einigung zu erleichtern, dann mit einem Vizepräsidenten begnügen können. Sie mußte sich bereit erklären dafür Sorge zu tragen, daß ihr Präsident jede aus der staatsrechtlichen Stellung des Kaisers und des Reichstags folgende Funktion übernehmen würde, einschließlich der persönlichen Vorstellung beim Kaiser, aber freilich unter der Bedingung, daß ihr der Empfang ohne Rücksicht auf die Person des Präsidenten garantiert würde. Diese Bedingung wäre unerlässlich gewesen. Ein Verhandeln, ob diese oder jene Person genehm wäre, würde der Würde des Reichstags und der Fraktion widersprochen haben. Auch eine Zurückweisung der persönlichen Vorstellung, nachdem wir uns zu ihr erboten hätten, mußte vermieden werden. Wenn es eine staatsrechtliche Pflicht des Reichstagspräsidiums ist zum Kaiser zu gehen, so ist es auch eine ebensolche Pflicht des Bundespräsidenten das Reichstagspräsidium zu empfangen. Verlangten Konservative, Zentrum und Nationalliberale das eine von uns, so konnten wir beanspruchen, daß sie uns das andere gewährleisten.

Hiermit wäre die ganze Frage in das richtige Gleis gebracht worden, und der Eintritt der Sozialdemokratie in das Reichstagspräsidium und die sich daraus ergebenden Konsequenzen würden in erster Reihe die Ausübung eines Rechtes, den Anspruch auf gleiche Behandlung mit den anderen Parteien,

das Ende der politischen Ächtung bedeutet haben. Ich brauche nicht auseinanderzusetzen, welchen Sieg es bedeutet hätte, wenn diese Bedingung angenommen worden wäre. Wer hätte da noch von einer *Erniedrigung vor dem Hof* zu reden gewagt? Die Scharfmacher aller Art wären zu Boden geschlagen gewesen. Aber ich brauche wohl kaum zu sagen, daß gerade aus diesem Grunde die Bedingung höchstwahrscheinlich zurückgewiesen worden wäre. Wenn selbst der Kaiser, was nicht ausgeschlossen wäre, den staatsrechtlichen Standpunkt hätte annehmen wollen, so hätten die Hofkreise und die reaktionären Parteien, die den Reichskanzler an der Schnur ziehen, es sicherlich zu hintertreiben gewußt. Aber auch dann noch hätte unser Vorgehen einen Fortschritt bedeutet. Kann sein, daß wir sogar den einen Präsidenten erhalten hätten; denn dann wäre den Nationalliberalen der Umfall doch viel schwerer geworden. Aber das wäre wirklich Nebensache gewesen. Der Hauptgewinn hätte in der Klärung gelegen, in der Feststellung, wo die Leute zu suchen sind, die den innern Frieden nicht wollen, und in der Unmöglichkeit danach die politische Ächtung und Entehrung der Sozialdemokratie noch im alten Maß fortzusetzen.

Es ist jammerschade, daß dieser Moment verpaßt worden ist, weil man nicht so schnell aus der neuen Situation eine neue Taktik entnehmen konnte.

Man wird nun wahrscheinlich einwenden, daß, wenn wir zu dem Besuch des Präsidenten beim Kaiser bereit gewesen wären, die gegnerischen Parteien mehr verlangt hätten, vor allem die Beteiligung am Kaiserhoch. Von diesem steht nun nichts in der Geschäftsordnung. Diese Sitte bei jeder Gelegenheit Hochs auf den Kaiser auszubringen ist wenig geschmackvoll, und wenn ich der Kaiser wäre, würde ich versuchen sie einzudämmen. Immerhin: Im Reichstag ist das Kaiserhoch bei gewissen, nicht allzu häufigen Gelegenheiten hergebracht.

Daß man von einem sozialdemokratischen Präsidenten verlangen würde, er sollte selbst das Hoch ausbringen, halte ich für ganz ausgeschlossen. Einen solchen Verstoß gegen Takt und guten Geschmack würden selbst die borniertesten Konservativen und die heimtückischsten Zentrumsleute nicht riskieren. Man würde für diese Formalität leicht einen der anderen Präsidenten auf den Stuhl setzen können. Wohl aber würden die anderen Parteien fordern, daß wir uns für das Hoch nicht besonders entfernten, sondern daß diejenigen von uns, die gerade im Saale wären, es in üblicher Weise stehend mit anhörten. Daß wir mithochten, würde niemand verlangen. Ich sage offen, daß ich nicht den geringsten Anstoß an einer solchen Höflichkeitsform nehmen würde. Ich würde mir sagen, daß das Hoch dem Präsidenten des Deutschen Reiches gälte, nur in dieser Eigenschaft, und daß es kein Bekenntnis zu monarchischen Grundsätzen oder für eine Person sondern lediglich der Ausdruck eines staatsrechtlichen Verhältnisses wäre, wenn es im Reichstag ausgebracht würde. Und ich würde annehmen, daß es eine Rücksicht schon auf den Reichstag wäre diesen hergebrachten Akt nicht zu stören. So bin ich oft genug genötigt gewesen bei Kaiserhochs anwesend zu sein, und ich habe nicht gefunden, daß es mir etwas geschadet oder das Übergewicht des Monarchismus vermehrt hätte. Jedenfalls glaube ich, daß die Anwesenheit einiger Sozialdemokraten im Reichstagssaal, die sich beim Kaiserhoch schweigend erheben, unendlich viel freier und würdiger wirken würde als das ängstliche, manchmal geradezu fluchtartige Hinausrennen, wenn der fürchterliche Moment naht.

Es scheint mir an der Zeit, daß auch in diesen Fragen einmal rationelle Erwägungen über den Zwang der Überlieferung und unklare Empfindungen die Oberhand gewinnen. Die Erörterung ist gegenwärtig rein akademisch. Um so ernster möge sie aufgenommen und fortgesetzt werden, damit Klarheit geschaffen ist, wenn wir wieder einmal zur praktischen Entscheidung berufen werden.

XX  
**EDUARD BERNSTEIN · ALLERHAND MODERNER  
 SPUK**



IR sind so klug, und dennoch spukt's in Tegel.« Wer die politischen Kontroversen verfolgt, wie sie heute in der Tagespresse, in Zeitschriften und Versammlungen gepflogen werden, wird immer wieder auf die Tatsache stoßen, daß, trotz aller Erziehung zum realistischen Denken, Namen und abstrahierte Begriffe noch eine Herrschaft ausüben, die an die Herrschaft des schönsten Aberglaubens alter Gattung erinnert. Stirner hat die von menschlichen Beziehungen abgeleiteten Begriffe, denen eine Geltung zugeschrieben wird, die über das bestimmte Interesse an ihrer relativen Verwirklichung hinausgeht, als *Spuk* bezeichnet, und mit der einen Ausnahme, daß er dabei den Begriff *Interesse* in viel zu engem Sinne faßte, hat er hierin durchaus recht gehabt. So ist Freiheit, die mehr sein soll als die Zusammenfassung von Rechten zu bestimmten Handlungen, also das, was man als *absolute Freiheit* bezeichnet, in der Tat ein Spuk, dem nur Besessene nachjagen können. Denn erstens sagt uns unsere Vernunft bei ruhiger Betrachtung der Bedingungen des sozialen Lebens in der gegebenen Welt, daß hier absolute Freiheit eine Unmöglichkeit ist, und zweitens ist es auch logisch unmöglich mehr Freiheit zu wollen als man braucht, für nötig oder für ersprießlich hält. Nur wer von aller Wirklichkeit abstrahiert, kann sich einbilden absolute Freiheit zu wollen.

Aber es wird nicht nur mit den von Eigenschaften und Beziehungen abgeleiteten Abstraktionen Spuk getrieben. Man abstrahiert auch konkrete Wesenheiten zum Spuk. Ein Land ist gewiß etwas Konkretes, ob geographisch, sozial oder politisch betrachtet. Wenn aber bei der politischen Betrachtung eines Landes von allen historischen Entwicklungen seiner Einrichtungen, Klassen und Parteien abstrahiert wird, dann wird das Land ebenso zum politischen Spuk wie es zum geographischen Spuk würde, wenn man von seiner örtlichen Lage und der Form und Art seiner Grenzen abstrahiert. Wer nicht weiß, innerhalb welcher Längen- und Breitengrade Dänemark liegt, ob es von Ost- und Nordsee oder vom Indischen und Stillen Ozean umspült wird, für den ist das Land der Dänen geographisch ein Schemen. Moderne Redaktionen sind nun freilich alle so gebildet einen Atlas oder eine Landkarte Europas zu haben, die ihnen über diesen Punkt Auskunft geben. Geographischer Spuk gehört heute zu den Ausnahmen. Anders jedoch mit dem politischen Spuk.

Wie in allen leidlich zuverlässigen Geschichtsbüchern zu lesen, fiel Friedrich II. von Preußen, nachdem er durch den von ihm bestochenen sächsischen Kanzleisekretär Menzel von den Plänen der damaligen festländischen Großmächte gegen ihn und seine Hausmacht unterrichtet worden war, im August 1756 ohne Kriegserklärung in Sachsen ein. Das war eine Verletzung des sogenannten *Völker-*

*rechts*, verstieß aber so wenig gegen die politische Moral und Praxis des 17. und 18. Jahrhunderts, daß es schon eine große Albernheit wäre daraus eine besondere Verworfenheit des bedeutendsten der Hohenzollernkönige ableiten zu wollen. Wollte aber gar ein englischer Politiker heute schreiben: Preußen hat 1756, nachdem es durch Bündnisse mit dem Ausland gegen deutsche Fürsten in zwei Kriegen Schlesien an sich gebracht hatte, zur Sicherung seines Raubes einen dritten Krieg damit begonnen, daß es mitten im Frieden Sachsen überfiel; Preußens Politik ist der Überfall, bereiten wir uns daher ihm gegenüber auf den Überfall vor . . ., wollte ein Engländer so schreiben, welche Antwort würde ihm in der deutschen Presse werden? Die sich *national* nennenden Blätter würden entrüstet tun, von *Beleidigung, Faustschlag ins Gesicht* und dergleichen zetern. Andere aber, die sich noch etwas Geschmack bewahrt haben, würden es für alberne oder hetzerische Spukmacherei erklären das Preußen von 1912 mit dem Preußen von 1741 oder 1756 politisch gleichzusetzen. Was hier Engländern unterstellt ward, aber kein Engländer bisher verrückt genug war zu tun, das ist in unzähligen deutschen Publikationen der letzten Wochen und Monate umgekehrt England gegenüber verübt worden. Um das deutsche Publikum für eine, womöglich noch über die Forderungen der Regierungsvorlage hinausgehende Flottenvermehrung zu bearbeiten, wurden namentlich von schriftstellernden Militärs außer und zu Diensten Maßnahmen der englischen Politik des 17. und 18. Jahrhunderts als Beweise dafür angezogen, welcher Schändlichkeiten Deutschland von seiten Englands gewärtig sein müsse, wenn es nicht mindestens 3 große Hochseegeschwader in beständiger Kriegsbereitschaft liegen oder vielmehr schwimmen habe, mit unkontrollierbaren Torpedoflottillen in allen möglichen *Schlupfwinkeln* als Ergänzung. Hat nicht England im 17. Jahrhundert gegen Holland und Spanien, im 18. Jahrhundert gegen Frankreich wiederholt Kriege vom Zaun gebrochen und noch 1801 und 1807 Dänemark ohne Kriegserklärung überfallen, dessen Flotte und Befestigungen vernichtet?

Es gibt heute schwerlich auch nur einen Engländer, der die Kriege, die England in dem hier geschilderten Zeitalter und früher geführt hat, und die Methoden seiner Eroberungspolitik in Bausch und Bogen gutheißt, aber sehr viele (und zwar nicht bloß Sozialisten), die über diese Politik und die auf Grund ihrer geführten Kriege die schärfsten Verdammungsurteile gefällt haben. Überhaupt ist nicht einer der hier in Betracht kommenden Kriege ohne starke Opposition in England selbst geblieben. Was man dem deutschen Publikum heute von der Herrschaft des Grundsatzes *Right or wrong, my country* in Bezug auf England erzählt, wird durch jede Seite der englischen Geschichte Lügen gestraft. Nirgends sind Kriege, die die Regierungen Englands führten, noch während dieser Kriege selbst, so rückhaltlos von heimischen Politikern bekämpft worden wie gerade in England. Die Bolingbroke und Harley, die Edmund Burke und John Dunning, die William Pitt und Charles Fox haben alle gelegentlich mit Entschiedenheit ihre Stimme für diejenigen erhoben, mit denen England gerade im Krieg lag, wenn sie nicht, wie zum Beispiel Fox, direkt deren Siege feierten. Und das blieb nicht auf das 18. Jahrhundert beschränkt. Wenn im Juni 1781 zur Zeit des Krieges mit den nordamerikanischen Kolonien, ein William Pitt der Jüngere diesen Krieg im Parlament als »höchst fluchwürdig, verrucht, barbarisch, ungerecht und teuflisch« geißelte, so sehen wir im 19. Jahrhundert einen John Bright und andere während des Krimkriegs diesen in großen Volksversammlungen mit gleich scharfen Ausdrücken bekämpfen und laut erklären, daß

die größte Schuld für ihn nicht bei Rußland sondern bei den Westmächten, England und Frankreich, liege. Das hat aber nicht verhindert, daß John Bright, ebenso wie die Bolingbroke, Burke usw., als um das Land verdiente Patrioten ihre Denkmäler in Westminster erhalten haben, und in neuester Zeit ist ein Campbell-Bannerman Ministerpräsident geworden, obwohl er nur etliche Jahre vorher, während des Krieges gegen die Buren, unumwunden für das Recht der Buren eingetreten war.

Selbstverständlich wird durch diese Dinge die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß die Geschichte der Entstehung des englischen Weltreichs mit Blut geschrieben ist, Bestechung und Verrat in Hülle und Fülle auf ihren Seiten hat. Aber steht es um die Geschichte der anderen Groß- und Kolonialstaaten nur um ein Haar besser? Wie war das spanische Weltreich zustande gekommen, wie die Kolonialmacht Frankreichs vor der großen Revolution und die Abrundung seiner Grenzen nach Deutschland hin; mit welcher Flüssigkeit ist im 17. und 18. Jahrhundert Hollands Kolonialgeschichte geschrieben worden? Gibt es einen Staat, dessen auswärtige Politik in jenen Jahrhunderten von edleren Motiven bestimmt war als die des Britenreichs? Teils die nackten Interessen der Hausmacht von Dynastien teils die Besitz- und Profitgier von adligen und großbürgerlichen Oligarchieen: das waren in allen Ländern die treibenden Faktoren der Groß- und Weltmarktpolitik.

Indes, die Staaten ändern sich mit der Veränderung der Grundlagen ihres Wirtschaftslebens und der durch sie bewirkten Änderung der Bevölkerung nach Klassen und Klassenmacht, und damit ändern sich auch die Antriebe ihrer innern und äußern Politik, ändert sich auch das Werturteil über politische Maßnahmen, die politische Moral. Dynastische Kriege zum Beispiel gehören heute überall der Vergangenheit an, auch wo die Dynastien selbst noch nicht verschwunden sind oder an streng parlamentarische Regierungen die Entscheidung über Krieg und Frieden abgetreten haben. Im 18. Jahrhundert aber spielte selbst in England das Hausmachtsinteresse der Hannoverschen Dynastie wiederholt verhängnisvoll in die äußere Politik des Landes hinein. Das war unter anderm im Winter 1760-1761 der Fall, als nach dem Tod Georgs II. dessen Enkel Georg III. Englands König geworden war. Es war die Zeit des 7jährigen Krieges, in dem England unter dem Einfluß William Pitts des Älteren, des Kopfes der damaligen Regierung, Preußens Allierter war und ihm jährlich 670 000 Pfund Sterling Subsidien zahlte, ohne die (und die sonstige Hilfe Englands) Friedrich den Krieg nicht hätte durchhalten können. Für Pitt und seine Kollegen war hierbei die Gemeinsamkeit der Interessen im Hinblick auf Frankreich bestimmend, mit dem England im heftigen Kolonialkrieg lag. Auch sprach für die Unterstützung Preußens der Umstand, daß dieses die Vormacht des Protestantismus auf dem Festland geworden war. Georg III. aber dachte anders. Wie schon Georg II. sah er Preußen mit den Augen des Kurfürsten von Hannover als Rivalen an, den zu stützen gar nicht in seinem Interesse lag, und außerdem paßte ihm Pitts Machtstellung in der Regierung nicht. Jung und ehrgeizig, von seiner Mutter dazu angestachelt, wollte er sein eigener Premier, *wirklicher König* sein. Pitt wurde durch den von Georg zum Staatssekretär ernannten Tory, Lord Bute, erst neutralisiert und dann zum Rücktritt gedrängt, worauf Bute die Subsidienzahlungen an Preußen einstellte und zur Verzweiflung Friedrichs II. in Verhandlungen mit Frankreich eintrat. Dafür wurde er beim Volk so unpopulär, daß er sich nicht ohne Verkleidung und Schutzgarde

in die Straßen Londons wagen durfte, während Bürgertum und Volk dem Pitt die größten Ovationen bereiteten.

Alles das ist in jedem Buch zu lesen, das von Englands Geschichte im 18. Jahrhundert handelt. Keinem, der sich mit dieser Geschichte befaßt hat, ist es unbekannt, daß der Regierungsantritt Georgs III. zeitweilig einen politischen Systemwechsel in England, einen Versuch bedeutete unter formeller Beibehaltung des parlamentarischen Systems das monarchische Regiment wiederherzustellen. Es heißt daher eine Realität in einen Spukbegriff verwandeln, wenn man dem deutschen Publikum unter Verschweigung jener Umstände die Politik Georgs III. und Lord Butes als für England typisch mit den Worten charakterisiert: »Sobald England einen günstigen Frieden schließen konnte, tat es dies, ohne die geringste Rücksicht auf Preußen zu nehmen, ja, Lord Bute bot seine Dienste sogar gegen Preußen an.« So nämlich heißt es in dem Artikel *England, seine Entwicklung, und wir* der Überall betitelten Zeitschrift für Arme und Marine. Und es ist noch das verhältnismäßig mildeste Attentat auf Geschichte und politisches Urteil, dem man in jenem für die Welt der Kadetten und Offiziere bestimmten und in allen möglichen Büchereien für die heranwachsende Jugend ausgelegten Blatt begegnet.<sup>1)</sup> Wie viele Reste von Gewaltpolitik jener Zeit sich nun auch in die Gegenwart hinüber vererbt haben, so sind doch die Beziehungen der Völker, die Kräfte und Aufgaben der Politik so wesentlich andere geworden, daß es für jeden normal denkenden Menschen ausgeschlossen sein sollte Vorgänge aus dem Jahrhundert der schlimmsten interstaatlichen Anarchie, der tückischsten Kabinettpolitik, als Beweise für angebliche Tendenzen heutiger Völker aufmarschieren zu lassen.

Indes sind es nicht mehr bloß Einzelfälle, daß in solcher Weise die Geschichte zum Spuk mißbraucht wird. Eine ganze Literatur dieser Gattung überschwemmt den Markt und vergiftet durch beständige Wiederholung der selben Schlagworte das Denken eines nicht unbedeutenden Teils gerade derjenigen Kreise, die man die Klasse der Intellektuellen nennt. Im 17. und 18. Jahrhundert war es immerhin zeitgemäß das Verhältnis der Länder zu einander unter dem Gesichtspunkt einer auf Eroberung gerichteten Politik zu betrachten. Denn der Staat, das waren die Fürsten und die Oligarchien, das Volk aber war die zum Vorteil jener auszunutzende Masse. Heute läßt eine Eroberung in allen Ländern vorgeschrittener Kultur die Eigentumsverhältnisse sowie die Verwendung der Steuern im wesentlichen unberührt, und selbst in den Kolonien wird eine Auspressung der einheimischen Bevölkerung immer mehr zur Unmöglichkeit. Unter diesen Umständen hat man beim Lesen der Artikel unserer Militärschriftsteller oft das Empfinden, als betrete man ein altes, mit dickem Spinnengewebe umzogenes Gemäuer, in das seit Generationen keine Menschenseele eingedrungen ist. Muffige Geister, die unberührt geblieben sind von dem, was in den Völkern wirklich lebt, und wonach sie sinnen und trachten.

<sup>1)</sup> Beiläufig ist es für den Geist der Regierungen des 18. Jahrhunderts bezeichnend, daß in der geheimen Korrespondenz zwischen dem Londoner und dem Pariser Kabinett, die den offiziellen Friedensverhandlungen vorausging, das erstgenannte eines Tages, im Juni 1762, dem andern vorwurfsvoll schreibt, die Franzosen hätten sich schon wieder von den Engländern schlagen lassen; wenn das so fortgehe, könne die englische Regierung dem Parlament den sehr unpopulären Frieden nicht vorschlagen. Dem braven Lord Bute wäre es also lieber gewesen, seine Landsleute und die mit diesen im Krieg vereinten Landsleute seines Königs (die hannoverschen Truppen) hätten die Prügel bekommen, die die Franzosen erhalten hatten. Das Volk war damals in der Tat nur Kanonenfutter, und Friedrichs II. Ausruf in der Schlacht bei Kunersdorf »Kerls, wollt ihr denn ewig leben?« war um kein Haar brutaler als die ganze Epoche.



S sind aber nicht nur die Fragen von Krieg und Rüstungen, bei denen veraltete Begriffe von den Völkerbeziehungen in die Gegenwart hineinspuken. Da berät man im deutschen Reichstag zurzeit eine Vorlage, die die gesetzlichen Bestimmungen über die Reichs- und Staatsangehörigkeit neu regeln soll. Eine solche Neuregelung ist in der Tat notwendig. Denn seit die Gesetze, die diese Dinge regeln, bei uns geschaffen wurden, hat die Mobilität der Kulturmenschheit ungemein zugenommen, den Erwerb von Staatsbürgerrechten zu einem viel allgemeineren Bedürfnis gemacht als man es früher kannte. In allen Staaten wächst der Prozentsatz der in ihrem Bereich lebenden Ausländer. Wer aber geglaubt hat, daß die Vorlage der Reichsregierung dem auf diese Weise entstehenden neuen Bedürfnis irgendwie Rechnung tragen würde, der ist schwer enttäuscht worden. Keine Silbe findet sich da von einer Erleichterung für Ausländer deutsches Staats- oder Reichsbürgerrecht zu erwerben. Und der von den Vertretern der Sozialdemokratie in der Kommission gestellte Antrag Ausländern, nachdem sie eine gewisse Mindestzahl von Jahren im Deutschen Reich gelebt haben, ein Recht auf Einbürgerung (Naturalisation) zuzugestehen, ist von den Regierungsvertretern und fast allen bürgerlichen Parteien als etwas geradezu Unerhörtes bekämpft worden. Es sei ein Eingriff in die *Souveränität der Staaten*, dem diese nie zustimmen könnten.

Wieder ein Spuk. Zwar besteht zweifellos eine staatliche Souveränität, aber diejenige Auffassung von ihr, die aus jenen Erklärungen spricht, ist von den Tatsachen längst überholt worden. Durch unzählige Verträge, aus denen sie, auch wenn sie es wollten, gar nicht mehr heraustreten können, haben sich die Staaten in einer ganzen Reihe von Beziehungen privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Natur ihrer Souveränität begeben. »Wenn man sich den modernen Staat in der alten starren Souveränität vorstellt, die ihm manche Theoretiker aufkotroyieren möchten«, schreibt ein moderner Völkerrechtslehrer, Professor Nippold, »dann erscheint er gewissermaßen wie ein Ritter im Eisenpanzer, der in seinem Eisenkleid nicht etwa zum Turnier ziehen sondern den Verrichtungen des modernen Kulturlebens nachgehen will.«<sup>2)</sup> Der Vergleich ist überaus treffend. Die absolute Souveränität der Staaten ist im Zeitalter des Weltverkehrs zur absoluten Unmöglichkeit geworden. Wir sind auf dem Vorwärtsmarsch zur Ausbildung internationalen Rechts, internationaler Rechtsinstitute und internationaler Verwaltungs- und Aufsichtsorgane, und nicht diejenigen sind Träumer, die in diesem Sinn Gesetze vorbereiten, sondern diejenigen, die da vermeinen die Staatssouveränität von irgendeinem Punkt an unverändert fort erhalten zu können. Es haben auch verschiedene Staaten ihre Souveränität in der Einbürgerungsfrage faktisch bereits eingeschränkt. In England, in den Vereinigten Staaten, in skandinavischen Ländern erkennt man dem Ausländer, der sich eine bestimmte Reihe von Jahren im Land aufgehalten hat, ein Recht des Aufenthalts zu, so daß er nicht mehr ausgewiesen werden kann, und wenn er sich keine Verurteilung wegen gemeiner Verbrechen zugezogen hat, wird ihm auch die Aufnahme in den Staatsverband nicht versagt. Der Spuk der absoluten Staatssouveränität in dieser Frage dient in Preußen dazu bestimmten Ausländern gegenüber eine Ausnahmepraxis zu legitimieren, die man offiziell zu proklamieren Anstand nimmt, um sie unter der Hand um so beharrlicher aus-

<sup>2)</sup> Siehe Nippold *Die Fortbildung des Verfahrens in völkerrechtlichen Streitigkeiten* (Leipzig 1907) pag. 42.

züben. Man kann in Preußen im Land geboren, aufgewachsen, erzogen, etabliert, mit einer Deutschen verheiratet, im Besitz öffentlicher Ämter sein, ohne doch seine Aufnahme in den Staatsverband erlangen zu können. Nämlich sobald man das Unglück hat der Sohn aus Rußland oder Österreich stammender Juden zu sein. So will es die aufgeklärte Rechtsauffassung dieses Kulturstaats, und daher darf das Deutsche Reich kein den modernen Kulturbedürfnissen und Rechtsbegriffen entsprechendes Einbürgerungsrecht erhalten.

**M**AN muß indessen nicht glauben, daß es nur Klassen und Parteien der Reaktion sind, bei denen Begriffe von Einrichtungen, Verhältnissen und Handlungen zum Spuk werden. Auch Parteien des radikalen Fortschritts sind dergleichen Möglichkeiten ausgesetzt. Ist die Art, wie in den Reihen unserer Partei heute der Begriff *höfisch* ausgelegt wird, wo es sich um die Bestimmung des Verhaltens zu Fürsten handelt, etwas Besseres als ein Spuk? Seiner realen Entstehung und Geschichte nach hat der Begriff *höfisch* sich immer nur, soweit Menschen in Betracht kamen, auf das Gefolge, die Dienerschaft und die sonstige ständige Umgebung des Hofherrn bezogen, die dessen Kleid trug und seinem Glanz diente, er kann daher vernünftigerweise heute auch nur, den veränderten Verhältnissen entsprechend, in diesem Sinn angewandt werden. Ihm, wie es von seiten vieler Sozialdemokraten geschieht, einen Sinn geben, wonach jeder Besuch bei einem Fürsten, gleichviel unter welchen Umständen, aus welchem Anlaß und unter welchen Motiven er erfolgt, als ein *höfischer* Akt bezeichnet wird, heißt allem historischen Denken und vernünftigem Urteilen ins Gesicht schlagen. Es steht auch in hellem Widerspruch mit der Theorie der Sozialdemokratie vom transitorischen Charakter staatlicher Würden und Einrichtungen. Die Gegnerschaft der Sozialdemokratie gegen die Monarchie als Staatseinrichtung ist prinzipiell von keiner andern Art als ihre Gegnerschaft gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Verbietaet aber diese Gegnerschaft keinem Sozialdemokraten einem Millionär von Angesicht zu Angesicht zu nahen, warum soll die prinzipielle Gegnerschaft gegen die monarchische Institution die Person des Monarchen in eine Art verschleierte Bildes zu Sais verwandeln, dem man unter keinen Umständen ins Gesicht schauen darf? Genauer betrachtet, enthüllt sich diese Erklärung der Fürsten zu Tabus als eine Art umgekehrten Dalailamismus. Man hebt die so ängstlich Gemiedenen durch sie höher als sie heute in Wirklichkeit stehen.

Schon im Jahr 1903, als ich vorschlug die etwaige Verpflichtung zum Kaiserbesuch nicht einen Grund werden zu lassen auf den unserer Partei zustehenden Sitz im Reichstagspräsidium zu verzichten, wies ich in den *Sozialistischen Monatsheften* darauf hin, daß die verfassungsrechtliche Stellung des deutschen Kaisers im Reich, trotz der sehr weitgehenden Rechte, die die Verfassung ihm einräumt, gar nicht die eines Monarchen von Gottes Gnaden ist. Der Kaiser hat seinen Titel aus seiner Würde als Inhaber des Präsidiums im Bundesrat, und vertritt in dieser Würdenstellung ebenso das Reich nach außen wie der Präsident des Reichstags in seiner Präsidentenwürde den Reichstag nach außen vertritt. Wenn man nun, wie die Sozialdemokratie, die Reichsverfassung, die das alles bestimmt, und die nichts Aufoktroiertes ist sondern von einem, kraft damals noch in jeder Hinsicht gleichen Wahlrechts der erwachsenen Männer gewählten Reichstag mit erdrückender Mehrheit regelrecht be-

geschlossen wurde, wenn man diese Reichsverfassung als Tatsächlichkeit anerkennt, auf Grund ihrer an der Gesetzgebung mitarbeitet, dem Reich neue Rechte, Aufgaben und Eigentum zuweist, begeht man dann nicht einen großen Widerspruch die sich aus der verfassungsrechtlichen Beziehung von Reichstag und Bundesrat geradezu naturgemäß ergebenden einfachen Höflichkeitsbeziehungen der beiderseitigen Präsidien für etwas zu erklären, woran ein Sozialdemokrat sich unter keinen Umständen beteiligen dürfe?

Da die Frage einer sozialdemokratischen Präsidenschaft für den Moment ausgeschaltet ist, können und sollen wir meines Erachtens sogar dies zum Anlaß nehmen uns einmal gründlich über diesen Punkt auszusprechen. Der Sitz im Präsidium des Reichstags hat keine so große Bedeutung, daß Sozialdemokraten sich im gewöhnlichen Verlauf seinetwegen irgendwie erhitzen werden. Er, wie überhaupt die Besetzung des Reichstagspräsidiums, können aber unter bestimmten Umständen von Wichtigkeit werden, und zwar unter verschiedenen Gesichtspunkten. Die Sozialdemokratie handelt daher wider ein mögliches reales Interesse der hinter ihr stehenden Wählerschaft, wenn sie sich durch kategorische Beschlüsse gegen die paar Besuche der Präsidenten beim Kaiser den Weg zum Präsidentenplatz selbst verrammelt. Es gibt nicht wenige Parteigenossen, die das einsehen. Sie schrecken aber doch davor zurück in die Sache einzuwilligen, weil sie von der Ausführung des Besuchs beim Monarchen eine verwirrende Rückwirkung auf die Massen befürchten. Die so denken, unterschätzen aber das politische Unterscheidungsvermögen der Massen. Alle Verwirrung wird vermieden, wenn man den Massen statt bloßer Schlagworte die Tatsachen des rechtlichen Verhältnisses der in Betracht kommenden Instanzen auseinandersetzt. Worüber die wenigsten Leute im klaren sind, ist, daß die Präsidenten des Reichstags ihr Amt und die damit verbundenen Handlungen nicht als Beauftragte der Fraktionen, denen sie als Parteimänner angehören, sondern als Mandatäre des ganzen Reichstags ausüben. Das Präsidium ist keine Kommission, in der Anschauungen zu vertreten sind, sondern eine Repräsentation, in der die Parteiunterschiede ausgelöscht sind. Es kann daher vernünftigerweise eine einzelne Fraktion gar keinen Anspruch darauf erheben nach ihren besonderen Anschauungen die Repräsentationspflichten der Präsidenten zu bestimmen. Wäre das der Fall, so dürfte die Sozialdemokratie gemäß der heute in der Partei vorherrschenden Auffassung vom Wesen des Kaiserbesuchs, die ich freilich überhaupt für irrig halte, keinem Abgeordneten, ob sozialdemokratisch oder bürgerlich, bei der Präsidentenwahl ihre Stimme geben, der sich nicht verpflichtet jenen Besuch zu unterlassen. Es ist aber falsch. Tatsächlich bestimmt diese Frage der Reichstag als Ganzes durch Mehrheitsbeschluß: sei es des Plenums sei es des Konvents seiner Senioren.

Stellt man diese Rechtsfrage klar, so ist nicht abzusehen, warum die Massen die einfachsten Folgerungen aus ihr nicht begreifen sollen. Haben sie doch alle anderen Folgerungen begriffen, die sich für die Regelung der Angelegenheiten des Reichstags aus dem Charakter des Parlaments ergeben. Niemand nimmt daran Anstoß, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten die Abgeordneten anderer Parteien, und seien es die ärgsten Reaktionäre, als Kollegen anreden und kollegialisch über alle möglichen Dinge mit ihnen verhandeln, niemand ist dadurch verletzt, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten die Mitteilung vom Ableben eines Kollegen stehend entgegennehmen, auch wenn er der

ärgste Scharfmacher und Hetzer war. Jeder begreift, daß und warum der Parteikampf im Reichstag andere Formen annimmt, unter anderen Modalitäten vor sich geht als draußen im Land. Wenn man alles das versteht, dann wird man es begreifen, daß ein Höflichkeitsakt, den man als der Beauftragte einer Körperschaft ausführt, und eine höfische Demonstration nicht mehr mit einander gemein haben als der Stand auf der Reichstagstribüne und der Stand auf dem hintern Trittbrett der Hofkutsche.

XX  
**KARL LEUTHNER · VOM SEEKRIEG ZUM LAND-  
 KRIEG**

N der auswärtigen und damit in der Rüstungspolitik wechseln die Richtungen oft wie Moden, und man könnte wohl sagen: als Moden. So jäh ist der Umschlag und so wenig befriedigend die Antwort auf die Frage nach dem zureichenden Grunde. Ein Jahrzehnt und mehr sah man die Neigung für die Flotte wachsen. Der englisch-amerikanische Geist des Imperialismus kam ja mit Seeluft dahergefahren. Mahan und seine Nachschreiber und Nachredner verschafften dem Wort *Seegeltung* einen herrischen Klang. Doch mehr als das Wort vermag die Tat, und Togo wirkte noch weit stärker als Mahan. Die Schlacht bei Tschusima, die glänzendste Waffentat des japanisch-russischen Kriegs ging wie ein Leuchten durch die Lande. Es brach das *Dreadnought*-fieber aus. England entwertete durch den Bau der *Überschiffe* seine bisherige unendliche Überlegenheit. Und als Deutschland nun in der selben Schiffsform zu rüsten begann, da jede andere als überholt galt, stiegen den Engländern Angstgefühle auf. Die Besorgnis aus der Alleinherrschaft zur See verdrängt zu werden ließ den deutsch-englischen Gegensatz werden und machte ihn bald zum Drehpunkt aller internationalen Politik. Wie die britischen Staatsmänner der Revolutionskriege und der Zeit Napoléons I. alle andern Ziele, Feindschaften, Absichten dem Plan untergeordnet hatten Frankreich durch den Druck des vereinten Europa in seine Grenzen zurück zu nötigen, so vergaßen Eduard und Grey den alten Hader mit Rußland um Indien und den Bosphorus, vergaßen Faschoda und die Gefahr der Festsetzung einer fremden Macht am Eingang des Mittelmeers. Mit dem Alpdruck der Invasionsfurcht wechselten die Träume der Bündnisse. Die Umstellung alter Verhältnisse ging so weit, daß die französische Überlieferung der Rache nur noch als Hilfskraft der englischen Politik erschien, daß König Eduard das Werk des Berliner Kongresses über den Haufen zu werfen sich anschickte, ja daß im vorigen Jahr England Persien an Rußland dahingab und damit den Weg nach Indien, während es zugleich entschlossen erschien für die endgültige Festsetzung der Franzosen am Eingang zum Mittelmeer das Schwert aus der Scheide zu ziehen. Das England der Koalitionskriege zahlte (nicht immer reichliche) Subsidien für wirklich geleistete Kriegshilfe, das England von heute spendet mit offenen Händen das Kostbarste und empfängt dafür Bündnisversprechungen. Auch auf diesem Gebiet haben also die Preise stark angezogen.

England war das letzte Jahrzehnt die Unruh in der Weltuhr. Das bedeutete vor allem Seerüstungen. Seit einigen Monaten beginnt jedoch eine allmähliche Abkehr und Umkehr. Sie kommt überraschend und wider alle Berechnung. So war die englische Kriegsgefahr auch eingetreten. Denn diejenigen, die nach

jedem japanischen Sieg Freudenschüsse abgegeben hatten, dachten nicht im mindesten an die Möglichkeit, daß sich hierdurch die Kriegsgefahr in Europa verschärfen und Rußland am Arm des Bundesgenossen Japans in den europäischen Areopag zurückkehren werde. Ebenso hat jetzt nach Abschluß des Marokkovertrags niemand vermutet, daß die Beseitigung der Reibungsfläche zwischen Frankreich und Deutschland die Spannung noch erhöhen würde. Dennoch sehen wir Frankreich jetzt in so kriegslustiger Stimmung wie seit den Tagen Boulangers nicht mehr. In dieser Beobachtung stimmen alle überein, die das Land in den letzten Monaten besucht haben. Die Franzosen sind militarisiert bis zum Tollpunkt. Jeder Gymnasiast sammelt für Flugapparate, die Kammer bewilligt, was man ihr gar nicht abverlangt, das Übungsfeld von Vincennes wird zum Schauplatz unerhörter Kundgebungen. Das *Vive l'armée!* tritt den Franzosen aus allen Poren, und Millerand gewinnt die Herzen der Patrioten um den wohlfeilen Preis des Zapfenstreichs. Es ist ein bißchen ungeschichtlich, daß die Franzosen den musikalischen Abendlärm ihrer Soldaten so lebhaft begrüßen. Im Krimkrieg hat ihn seinerzeit Napoléon III. eingeführt. Im Jahr 1870 leistete er dann den Deutschen ungewollte, aber nützliche Kundschafterdienste. Während diese still zur Nachtruhe gingen, ließ ihre Vorposten die Schlafmusik des Gegners Zahl und Verteilung der Regimenter bequem abschätzen. Darum wurde der Zapfenstreich abgeschafft, als die Niederlage den Franzosen noch bleiern in den Beinen lag. Seine Wiederkehr soll wohl sagen, daß es mit der Furcht vor den Deutschen vorbei sei. Die Pariser Blätter stellen diesen Gefühlsumschwung jubelnd fest, betonen die Wiederkehr froher Hoffnungen. Überall tritt uns ein lautes Überlegenheitsgefühl entgegen. Man weiß sich militärisch stärker, ob mit Recht oder nicht: doch so gilt es nun einmal in der allgemeinen Überzeugung. Ob man diese Überzeugung aus dem vermeintlichen Zurückweichen der Deutschen im Sommer geschöpft, ob sie die Gewißheit englischer Waffenhilfe geliefert hat? Oder bewertet man die fünfte Waffe, das Flugschiff, so über alles hoch? Genug, der Glaube ist da, und er ist allgemein.

Am beredtesten spricht er sich in der militärischen Literatur aus. Zukunftsbilder eines siegreichen Kriegs gegen Deutschland überschwemmen den Büchermarkt. Ob von Boucher oder von Civeieux oder von anderen; jener Krieg der Sehnsucht spielt sich stets in den gleichen Formen ab: Die Engländer bohren die deutsche Flotte in den Grund, Belgier und Holländer schließen sich freudig der Republik an, deren Heere mit dem britischen Hilfskorps vereinigt ins Herz Deutschlands vordringen, während sich das deutsche Heer an der lothringischen Festungskette die Zähne stumpf beißt. Ältere Zukunftsbilder dieser Art rechneten noch mit der Zurücklassung von 3 Armeekorps an der italienischen Grenze. Boucher sieht diesen Genossen des Dreibunds bereits als wohlwollend neutral an. Die Alpengrenze bleibt unbesetzt. Vielleicht wird er nach den letzten Kundgebungen der Italiener doch anders denken. Der französische Leutnant Riniéri urteilt in seinem Pamphlet *Les relations austro-italiennes*, das sonst ganz durch die Brille der Irredenta sieht und jede ihrer Verleumdungen gegen Österreich noch steigert, doch recht nüchtern:

»Aber nicht allein die Offiziere, auch alle Bürger des Königreichs Italien, mögen sie welcher Gesellschaftsklasse immer angehören, verlangen und wollen den heiligen Krieg gegen das barbarische Österreich. Wir Franzosen sollen indes niemals vergessen, daß die Liebe, die man in Österreich für uns zur Schau trägt, eine er-

heuchelte Liebe ist, unter den Tisch zu fallen bestimmt, wenn der Haß gegen Österreich-Ungarn einmal erloschen.«  
 Der Schlußsatz gilt: gilt aber auch für die Deutschen und Deutschösterreicher. Die Euvivas vor den Konsulaten der *Verbündeten* hat nicht die Liebe zu diesen sondern das Mißvergnügen über das Verhalten Frankreichs gegenüber der Tripolisaffäre eingegeben. Verblüffend für den deutschen Leser aller dieser französischen Offiziersschriften ist der wütende Haß und sein unverhüllter, man möchte sagen: unkultivierter Ausdruck. Leutnant Rinièri führt in seiner gegenösterreichischen Schrift keine besonders arge Tücke der Wiener Politik an, ohne Deutschland als deren Urheber zu entdecken. Er schreckt nicht vor dem Widersinn zurück das angeblich absichtsvolle Überschwemmen des italienischen Triest mit slowenischen Arbeitern mit dem Wunsch Deutschlands dereinst an der Adria Fuß zu fassen ursächlich zusammenzuknüpfen, und niemals erscheint bei ihm der Name *deutsch* ohne den Beisatz *brutal* oder *barbarisch*. Aber was soll uns dieser Leutnant? Könnte er uns nicht ganz gleichgültig sein? Gewiß. Nur daß General Niox, Direktor des Armeemuseums, vor diesen Auszug aus giftigen irredentistischen Leitartikeln die Worte setzt: „Je l'ai trouvé aussi judicieux qu'intéressant. Je ne puis que faire des éloges.« Und wo fehlte sonst das stehende Beiwort *brutal* oder *barbarisch* in allen diesen Schriften? Ein anderer französischer General hat kürzlich als Aufgabe der Luftschiffe bezeichnet alle Brücken über den Rhein vor Kriegsbeginn zu zerstören. Die offiziellen französischen Schriften führen eine Sprache, die an die schlimmsten Radotagen österreichischer Offiziere während des Serbenrummels erinnern. Aber Deutschland ist am Ende doch nicht Serbien.

Wie entstehen eigentlich, und wie vergehen die Meinungen von der militärischen Überlegenheit eines Staates? Auch außerhalb Frankreichs glaubt heute niemand mehr so recht an die unwiderstehliche Kraft der schimmernden Wehr Deutschlands, die während der bosnischen Krise noch Wunder gewirkt hat. Und doch ist auch nicht recht zu entscheiden, was die jetzt ebenso allgemein aufkommende Überschätzung Frankreichs berechtigt erscheinen läßt. Sollte uns die *rage de nombre*, die Zahlenwut, völlig verlassen haben? Oder glauben wir an die offiziellen Ziffern der französischen Armeegröße? Der *Gothaische Hofkalender* errechnet als Iststärke für das Jahr 1911 555 045 Mann Bewaffnete und 40 625 Mann ohne Waffe, insgesamt 595 670 Mann. Der Veltzesche *Internationale Militäratmanach* schätzt die französischen Streitkräfte für 1910 auf etwa 534 000; da sind aber die Truppen in Algier und Tunis (etwa 70 000 Mann) mit einbegriffen. Diese Zahl dürfte der Wirklichkeit nahe kommen, sie zeigt ein starkes Zurückbleiben hinter dem deutschen Friedensstand von 620 000 Mann. Dabei ist aber Frankreich moralisch und physisch an der äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt. Die Zahl der männlichen Geburten geht von 1885 bis 1891 und dann bis 1908 unter Schwankungen stetig abnehmend von 476 000 auf 443 000 und endlich auf 397 000 herunter. Gleichwohl wurde von 1906 bis 1910 die Zahl der zum Waffendienst Eingestellten sogar noch um ein geringes gesteigert: von 214 000 auf 219 000 (neben 11 000 zum Hilfsdienst Einberufenen). Allein diese Zahlen sind hohler Prunk. Allem Kriegspatriotismus zum Trotz vermag die Bevölkerung den Druck der aufs äußerste weit über die Grenzen der Tauglichkeit hinaus gesteigerten Assentierung nicht mehr zu ertragen. Die Zahl der Stellungs-pflichtigen ist seit Einführung der allgemeinen 2jährigen Dienstzeit 1906 von

3000 auf 16819 im Jahr 1910 emporgeschneilt und wies voriges Jahr eine noch höhere Ziffer auf. Der Befehl an die Ärzte auch das Unwehrbare für wehrbar zu erklären, hat gleichfalls nicht viel gefruchtet. 1908 mußten einige Wochen nach der Einstellung 17712 vom *Service armé* und 4303 vom *Service auxiliaire* als dienstuntauglich entlassen werden. Es blieben sonach von dem Jahrgang 1908 nur 192610 im Waffendienst. Dazu kommt die erschreckliche Kriminalität im französischen Heer. Wie soll da wohl die stolze, Deutschland noch überbietende Ziffer erreicht werden, mit der man paradiert? Sie ist ein bloßes Rechnen mit Nichtwerten. Es könnte daher die Kriegsstimmung der Offiziere auch damit erklärt werden, daß sie sich sagen, nur noch für ganz kurze Zeit sei halbwegs die Ebenbürtigkeit mit Deutschland künstlich aufrecht zu erhalten. Die anderen trösten sich freilich mit der Schaffung der *schwarzen Armee*, die dereinst die Lücken der heimischen Volkskraft füllen wird.

Aber gleichgültig, was an den Vorstellungen der Franzosen berechtigt, was unberechtigt ist: das Wiedererwachen des Boulangismus in der Republik hat mit einemmal die Stimmung in Europa umgelenkt. Stärker als der englische Seekrieg beginnt die Möglichkeit eines Landkriegs mit Frankreich die Gemüter zu beschäftigen. Dies findet sogar seinen amtlichen Ausdruck in der angekündigten deutschen Wehrvorlage, die seit langem wieder die Verstärkung der Landmacht in den Vordergrund schiebt, und in den offiziellen und halb-offiziösen Kommentaren, mit denen dieser Szenenwechsel auf die Kriegs- und Siegeshoffnungen der Franzosen zurückgeführt wird. Wir müssen ihnen den Überlegenheitswahn rauben, dann dämpfen wir auch ihre Kriegsgelüste; so lautet, auf den Hauptsatz zurückgeführt, die der Wehrvorlage vorauslaufende Begründung, die natürlich weniger auf die französische Luftschiffenthusiasten als auf die deutschen Steuerzahler berechnet ist. Indes, wenn offiziöse Darlegungen sich schmiegsam dem jeweiligen Regierungsbedürfnis anpassen, und wenn die letzte Rede Churchills keineswegs allzu günstige Meinungen über das Gelingen der englisch-deutschen Ausgleichsverhandlungen erweckt, so ist doch auch ohne Beeinflussung von oben eine ähnliche Wendung in den Ansichten erkennbar. Völlig unabhängig neben einander auftauchende Erscheinungen sind des Zeugniss. Paul Nathan kommt in einer Broschüre *England und wir*, die scharf mit den englischen Vorurteilen ins Gericht geht,<sup>1)</sup> zu dem Schluß, daß der englisch-deutsche Gegensatz keine dauernde Notwendigkeit sei. Der Lassallebiograph Hermann Oncken entwickelt in seinem Vortrag *Deutschland und England: Heeres- oder Flottenverstärkung?* den Gedanken, man möge von einer Flottenverstärkung großen Stils abschen (trotz aller Gefahr, die von England drohe), weil man sonst nur den englischen Deutschenhaß aufs äußerste treiben würde. Dagegen sei die Landmacht ausgiebig zu steigern; damit würde man am besten England in seiner Kontinentalpolitik entgegenwirken, in seinem Streben Deutschland durch übermächtige Feinde auf dem Festland niederzuhalten. Es ist bemerkenswert, daß dieser Vortrag eines liberalen Professors auf Wunsch des *Deutschen Flottenvereins* gehalten wurde. Und in seinen Grundgedanken trifft er überein mit den Ausführungen des Generals der Kavallerie z. D. Friedrich von Bernhardi, in dessen Buch *Deutschland und der nächste Krieg*. Das außerordentliche Aufsehen, das diese Schrift erregt hat, rührt zum Teil von den kritischen Bemerkungen her, die der Verfasser über die taktische Schulung der deutschen Truppen, über den Wert

<sup>1)</sup> Siehe die Rubrik *Politik* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 370 ff.

der Manöver als Kriegsübung vorbringt. Sie sind jedoch aus seinem gleichzeitig publizierten zehnbändigen Werk *Vom heutigen Krieg* herübergenommen, das allerdings einen hohen Rang in der militärwissenschaftlichen Literatur gewinnen und den Ausgangspunkt der ernstesten Auseinandersetzungen der Fachleute bilden dürfte; denn es rührt mit ungemein scharfsinnigen Erwägungen an die Grundfragen der Strategie. In seiner, an eine breitere Leserschaft gerichteten zuerst genannten Schrift dagegen tritt er als sehr mittelmäßiger Kriegsphilosoph und als Politiker auf: als Politiker freilich, der den Soldaten nicht verleugnen kann. Denn die äußerste theoretische Möglichkeit, daß Deutschland mit sämtlichen Nachbarn (Österreich-Ungarn ausgenommen, aber England hinzugerechnet) es wird in einem Krieg aufnehmen müssen, gilt ihm zugleich als politische Möglichkeit, ja man möchte fast sagen: Wahrscheinlichkeit. Seine Erwägungen fassen also den gleichzeitigen Seekrieg mit England und den Landkrieg mit den westlichen und östlichen Nachbarn ins Auge. Aber auch er bezeichnet es ausdrücklich als die erwünschte Lösung, daß ein Ausgleich mit England zustande käme; etwas Unausweichliches wie die französische Gegnerschaft ist ihm die englische keineswegs. Was indes noch wichtiger ist: Gerade den Seekrieg mit England nimmt er als Ausgangspunkt einer Beweisführung, die ihn dahin leitet, daß selbst im Sinn der Abwehr des britischen Angriffs vor allem die Landmacht gestärkt werden müsse. Er sagt:

»Die Erwägungen, zu denen die Betrachtung des Seekrieges gegen England und seine wahrscheinlichen Verbündeten Veranlassung geben, . . . haben erkennen lassen, daß wir zur See nur dann auf endlichen Erfolg rechnen dürfen, wenn wir zu Lande siegreich sind. Wenn eine englisch-französische Armee von Holland aus siegreich in Norddeutschland eindringt und unsere Küstenverteidigung im Rücken bedroht, würde sie auch unsere Verteidigung zur See sehr bald brach legen. Das gleiche gilt vom östlichen Kriegsschauplatz. Wenn russische Armeen siegreich an der Ostseeküste vordringen und mit einer vereinigten Flotte unserer Gegner zusammenwirkten, könnte auch hier eine Fortführung des Seekriegs durch die Operationen des Feindes zu Lande unmöglich gemacht werden. Wir erkennen also, daß es in erster Linie darauf ankommt unsere Wehrkraft zu Lande so auszugestalten, daß sie für alle Fälle die Möglichkeit gewährleistet uns auf dem europäischen Festland siegreich zu behaupten. Erst die völlige Sicherung unserer festländischen Stellung in Europa gibt uns die Möglichkeit einen Krieg zur See tatkräftig und erfolgreich durchzuführen und eine Weltpolitik zu treiben, die sich auf eine Seemacht gründet.«

Bernhardi argumentiert sonach zum Teil geradezu vom Seekrieg aus auf die Notwendigkeit besonders das Landheer zu vermehren. Die Seerüstungen müssen daneben fortgesetzt werden, aber doch nur in zweiter Reihe. Er ruft also gewissermaßen die Gedanken und Empfindungen der noch nicht abgelaufenen Zeit, wo alles die Zukunft auf dem Wasser suchte, für seine Beweisführung an, die darin gipfelt, daß Deutschlands nächste Zukunft denn doch durch die Behauptung seiner Machtstellung auf dem festen Land bedingt sei. Indem er so den Übergang darstellt, bezeichnet er am deutlichsten die anhebende Umstimmung der Anschauungen. Er verkörpert aber zugleich auf deutschem Boden am sichtbarsten die Bestrebungen der geistig führenden Offiziere die öffentliche Meinung in die Richtung ihres Denkens zu bringen, Bestrebungen, die in anderen Staaten, Frankreich, Österreich-Ungarn, Italien, noch mächtiger hervortreten. Sie bilden eine mitgestaltende Kraft und speisende Quelle der zunehmenden Kriegsstimmung, die sich über Europa senkt. Und von ihr und ihrer Bedeutung soll ein nächster Artikel reden und, was hier als reines Referat auftritt, im Licht eines Urteils geben.

XX

## JOSEPH POINTER · DER ENGLISCHE BERGARBEITERSTREIK 1912



Um eine vollständige Darstellung des großen Bergarbeiterstreiks zu geben, der Anfang März in unserm Land ausbrach, muß ich notwendigerweise eine Betrachtung der allgemeinen Arbeiterunruhen vorausschicken, die in den letzten Jahren so stark hervortraten. Um sie zu erklären, hat man zu allem Möglichen gegriffen, von der Verbilligung des Goldes bis zu den Sonnenflecken.

Sicher ist jedenfalls das eine: daß die Steigerung der Kosten des Lebensunterhalts auf der einen und die Erhöhung der Bildung auf der andern Seite eine weit verbreitete und tiefgehende Unzufriedenheit wachgerufen haben. Sehr stark trat diese Unzufriedenheit besonders während der letzten 2 Jahre hervor, wo sie in allen Teilen des Landes losbrach und fast sämtliche Industriezweige erfaßte. Die Kohlen-, die Baumwollindustrie, die Eisenbahner, die weiblichen Fabrikarbeiter, die Transportarbeiter: alle wurden nach einander hineingezogen. Der Kampf der Transportarbeiter im Verein mit dem des Verbandes der Seeleute weckte im Herzen der interessierten Klassen tiefe Bestürzung, und als ein paar Tage später der große Eisenbahnerstreik ausbrach, befiel die Furchtsameren unter unseren Aristokraten und Kapitalisten eine fürchterliche Angst. Innerhalb zweier Tage wurde durch dieses schlagende Beispiel solidarischen Vorgehens der Arbeiterschaft der Verkehr lahmgelegt, und man konnte erwarten, daß sämtliche Industrien zur Auflösung gebracht würden. Die Folge waren geringe Verbesserungen, erhöhte Löhne und, soweit die Eisenbahner in Betracht kamen, eine Anerkennung ihrer Organisation wie sie in solchem Grad vorher durchaus nicht bestanden hatte. So weit hatte der Kampf eine gute Wirkung, die noch sehr viel stärker gewesen wäre, wenn eine wirklich leistungsfähige Organisation dahinter gestanden hätte.

Die Bergleute jedoch werden durch eine starke, wenigstens 650 000 Mann umfassende Organisation gestützt, und man kann sich leicht genug vorstellen, daß alle diese Leute nur ihre Arbeitsgeräte aus der Hand zu legen brauchen, um ein ganzes Land stillstehen zu lassen. Eben dies ist jetzt eingetreten. Ungleich den mehr spontanen Ausbrüchen in anderen Industriezweigen im vorigen Jahr ist dieser Streik sorgfältig vorbereitet worden, und die Organisation seiner Kräfte ist ganz vorzüglich. Monate hindurch folgten einander Konferenzen und Verhandlungen. Jeder Bezirk erwog seinen besondern Fall, formulierte seine lokalen Forderungen und legte sie in gebührender Folge dem Bergarbeiterverband vor. Jeder Bezirk hatte versucht mit den Unternehmern seine Angelegenheiten in seinem eigenen Bereich zu ordnen, und es war nirgends vollständiges Einverständnis erzielt worden, obwohl in einigen Fällen nur unbedeutende Streitpunkte zu schlichten blieben. Und wenn jeder Bezirk seine Forderungen sorgfältig abgewogen hatte, so wurden sie nun einer nochmaligen sorgfältigen Prüfung unterzogen, genau abgewogen und in jedem Fall auf das reduziert, was für die absolute Minimalforderung gehalten wurde und noch gehalten wird.

Das Verzeichnis der Forderungen war zu lang, als daß es hier wiedergegeben werden könnte. Ich möchte sie nur in großen Zügen nennen. Für die Kohlenhauer, die in Stücklohn arbeiten, wurde in Yorkshire ein Minimallohn von

7½ Shilling täglich, in Somerset und Bristol ein solcher bis zu 4 Shilling 11 Pence verlangt. Zwischen diesen beiden Lohnsätzen, die in jedem der beiden Orte als angemessener Lohn angesehen wurden, lagen alle möglichen verschiedenen Forderungen. Für Arbeiter im Taglohn wurden 5, für Jugendliche 2 Shilling Minimallohn festgesetzt, und diese Lohnliste wurde, von zwei kleinen Bezirken abgesehen, schließlich auf einer Konferenz am 2. Februar angenommen. Dann versuchte man von neuem zu einer Einigung mit den Unternehmern der verschiedenen Bezirke zu gelangen. Als letztes Hilfsmittel wurde der Mechanismus des Einigungsamts des Gebiets von England in Bewegung gesetzt. Dieses umfaßt, wie ich bemerken will, alle Bezirke des engern England außer Durham und Northumberland und außer ein paar kleinen Kohlenfeldern im Süden. Dagegegen gehören weder Schottland noch Südwales dazu.

Das Einigungsamt verhandelte am 19. und 20. Februar, und obwohl über einige Punkte eine Einigung erzielt wurde, konnte man über verschiedene andere zu keiner Verständigung gelangen. Man einigte sich darüber, daß es notwendig sei einen Minimallohn festzusetzen; man kam auch überein, daß man dafür eine Kontrollmaschine aufstellen müsse, um eine angemessene Tagesleistung zu sichern. Nicht einigen konnte man sich dagegen über die Lohnhöhe, obgleich die Differenz, die schließlich verblieb, nur geringfügig war. Mit den schottischen und walisischen Unternehmern und den kleinen Bezirken, war es unmöglich über den Lohntarif auch nur zu unterhandeln. So blieb also nichts anderes übrig als in den Streik einzutreten.

Während das Einigungsamt noch in Unterhandlungen stand, forderte der Ministerpräsident am 20. Februar die Vertreter des Bergarbeiterverbandes und ebenso die Unternehmervereiner aus sämtlichen Bezirken auf mit ihm und anderen Kabinettsmitgliedern zu einer Konferenz zusammenzutreten. Nachdem beide Seiten den Vorschlag angenommen hatten, kamen sie einzeln mit ihm zusammen, und der Ministerpräsident bemühte sich stundenlang einen Weg zu gegenseitigem Einverständnis zu bahnen. Schließlich wandte er sich am 28. Februar mit seinen Kollegen an alle Mitglieder der Bergarbeiterexekutive mit der Frage, ob sie mit den Unternehmern zusammenkommen und mit ihnen über die Lohnliste verhandeln wollten. Vorher schon hatte er zusammen mit seinen Kollegen beiden Parteien ein Memorandum mit folgenden 4 Punkten unterbreitet:

1. Man muß die absolute Notwendigkeit zugeben den Bergarbeitern einen Minimallohn zu gewähren.
2. Mit den Anordnungen zur Durchführung dieses Minimallohns von den verschiedenen Bezirken sollen zugleich Bürgschaften zur Sicherung einer angemessenen Förderung geschaffen werden.
3. Zwischen den beiden Parteien sollen Distriktskonferenzen in Anwesenheit von Regierungsvertretern stattfinden.
4. Falls eine Einigung nicht zustande kommt, sollen die Vertreter der Regierung bei den Distriktskonferenzen gemeinsam die Differenz für jeden einzelnen oder für alle Bezirke ausgleichen.

Diese Leitsätze wurden beiden Parteien unterbreitet. Das Resultat war das folgende: Die Unternehmer des Gesamtbereichs von England nahmen an, einige davon gezwungen; später stimmten auch Durham und Northumberland unter

Protest zu. Die südwalisischen und schottischen und die Unternehmer der kleineren englischen Bezirke, die nicht zum Bereich des Einigungsamts gehören, verweigerten entschieden ihre Zustimmung. Der Bergarbeiterverband gab seine Antwort dahin ab, daß er dem 1. Punkt zustimme, es jedoch ablehne den 2., 3. und 4. Punkt in Erwägung zu ziehen, solange nicht die in ihrer Lohnliste vorgeschlagene Höhe des Minimallohns zugestanden worden sei. Das ließ natürlich einen vollständigen Stillstand der Unterhandlungen befürchten, und deshalb richtete die Regierung an die Bergarbeiter die dringende Bitte nachzugeben.

Es ist überaus wichtig die Haltung der Arbeiter vollständig zu begreifen, wenn wir die wechselseitige Position der 3 Parteien richtig beurteilen wollen, die es nun auf sich genommen haben den äußerst verwickelten Knoten zu lösen. Wir müssen uns ins Gedächtnis zurückrufen, daß die Bergarbeiter vorher schon ihre Lohnliste in jedem Bezirk auf die geringste Höhe zurückgeschraubt hatten und diese nun deshalb als das Äußerste betrachteten, das sie annehmen durften. Deshalb weigerten sie sich irgendeinen Unterhandlungsvorschlag auch nur in Erwägung zu ziehen, der nicht von der Annahme ihrer Minimallohnliste ausging. Zudem gab es (abgesehen von den 3 schon erwähnten Punkten, die ihre Hauptforderung bildeten) noch eine große Menge anderer Dinge. Schon während der Verhandlungen in dem Einigungsamt hatten die Unternehmer erklärt, daß sie sich dem Minimaltarif in den Lohnlisten der Bergarbeiter nicht so sehr widersetzen würden, wenn zugleich angemessene Bürgschaften geschaffen würden, um eine volle Tagesleistung seitens aller Arbeiter zu garantieren, die den Minimallohn erhalten. Auch hatten sie besondere Aufstellungen für die alten Leute gefordert. Die Bergarbeiter waren bereit auch das in Erwägung zu ziehen. Deshalb erklärten sie in der Antwort an den Ministerpräsidenten, sie seien bereit über irgendwelche anderen Punkte zu verhandeln, wenn der Minimaltarif so angenommen würde wie er in ihrer Lohnliste festgesetzt sei; sonst würden viele unter ihnen noch ausharren. Da es nun Monate dauern konnte, bis die Punkte, über die unterhandelt werden mußte, genau geregelt waren, bedeutete dies tatsächlich, daß die Leute während dieser Festsetzungen die Arbeit wieder aufnehmen wollten. Ferner kamen die Vorschläge der Regierung, wenn dies auch nicht in klaren Worten gesagt war, auf obligatorische Schiedsgerichte hinaus, und da mehrere Gewerkschaftskongresse nach einander sich gegen derartige Schiedsgerichte erklärt, und die Bergleute stets gegen ein solches Prinzip gestimmt hatten, so nahmen sie auch hier dagegen Stellung.

Die Haltung der Arbeiter wurde also von folgender Erwägung bestimmt: Solange sie die Arbeit verweigerten, war ihre Stellung stark. Nahmen sie die Arbeit wieder auf, so konnte ihre günstige Position verloren gehen, und die Macht der Unternehmer, der sich die Regierung dann vielleicht gebeugt hätte, konnte sie niederzwingen. Deshalb waren sie entschlossen sich den Minimallohn zu sichern, bevor sie die Arbeit wieder aufnahmen.

Wie man schon bemerkt haben wird, waren die Unternehmer nicht so einig und geschlossen wie die Arbeiter. Während der Vorverhandlungen wollten weder die südwalisischen, noch die schottischen Unternehmer die Lohnlisten überhaupt in Erwägung ziehen. In der Tat ist es außerordentlich lehrreich, daß es auf beiden Seiten das keltische Element ist, das am extremsten steht. Sowohl

die Arbeiter wie die Unternehmer in diesen beiden Bezirken vertreten extreme Anschauungen, und die Politik der ersteren in Südwaies ist zum großen Teil das Ergebnis einer starken syndikalistischen Propaganda. Die südwalisischen Unternehmer hatten obendrein noch einen besondern Grund zu Klagen neben denen, die sie mit den Unternehmern der anderen Bezirke teilten. Im Jahr 1910 war nämlich ein Abkommen getroffen worden, das bis 1915 Gültigkeit haben sollte, aber durch das Vorgehen der Arbeiterschaft vollständig zunichte gemacht worden ist. Gesetzlich wäre natürlich dieser Einwand gültig. Indes, die Führer der Arbeiter, die damals das Abkommen in deren Namen unterzeichneten, mußten inzwischen zugunsten streitbarer Führer zurücktreten. Gleichwohl machten die südwalisischen Unternehmer ihren Einspruch geltend, und sie gingen dabei noch über das übliche Maß hinaus.

Nun gibt es aber belangreichere Einwände, die sämtliche Unternehmer gemeinsam vorbrachten. Es wurde geltend gemacht, daß es auf allen Kohlenfeldern ein paar Gruben gäbe, die wegen natürlicher Schwierigkeiten nicht unter gleichen Bedingungen wie andere des selben Bezirks arbeiten könnten. Die Bergarbeiter sollten dies nun ebenso berücksichtigen wie die Unterschiede zwischen den einzelnen Bezirken selbst, denen sie ja durch die abweichenden Lohnforderungen in ihrer Lohnliste Rechnung trügen. Die Unternehmer betonten, daß genau der gleiche Grund, der für eine Abstufung der Löhne zwischen verschiedenen Bezirken spreche, auch für eine Abstufung innerhalb eines und des selben Bezirks bestehe. Das war schließlich der Hauptstreitpunkt.

Die Regierung hatte noch von einem weitem Gesichtspunkt aus die Sache zu betrachten als irgendeine der beiden streitenden Parteien. Schon lange vor dem tatsächlichen Ausbruch des Kampfs gingen nämlich die Kohlenpreise an in beunruhigender Weise in die Höhe zu gehen. Kohle, die im Jahr 1909 ab Zeche 8 Shilling die Tonne kostete und für  $15\frac{1}{2}$  Shilling in Newcastle und, nehmen wir an, für  $27\frac{1}{2}$  Shilling in London verkauft wurde, stieg bei der bloßen Meldung von der Möglichkeit eines Streiks um 4 bis 6 Shilling die Tonne. Später sind die Kohlenpreise natürlich in ganz abnormer Weise heraufgetrieben worden. In der ersten Märzwoche konnte festgestellt werden, daß innerhalb 9 Meilen vom Mittelpunkt unserer Stadt für gewöhnliche Hausbrandkohle ein Preis von 2 Shilling 2 Pence per Zentner oder 2, 3 oder 4 Pfund Sterling per Tonne erzielt wurde. Ebenso konnte man eine unverkennbare Steigerung der Nahrungsmittelpreise beobachten; und all dies zusammen lastete schwer auf den Ärmsten. Selbst wenn die Leute volle Arbeit hätten, müßten so hohe Preise sie hart drücken. Denkt man aber daran, daß schon während der ersten Unterhandlungen der Regierung infolge des Kohlenmangels Tausende von Menschen täglich die Arbeit verloren, so mußte man notwendigerweise in Angst geraten. Schließlich lagen außer den 800 000 streikenden Bergleuten ungefähr 900 000 andere Arbeiter auf der Straße, und täglich kamen neue Arbeitslose hinzu. Und dazu dann die starke Einschränkung des Eisenbahndienstes, durch die man versuchen wollte den Verbrauch an Heizmaterial zurückzuschrauben. So kann man sich vorstellen, daß die Angst und die Verantwortung der Regierung nicht gering war. Auch waren damit die Schwierigkeiten für sie noch nicht erschöpft. Es sind Zahlen veröffentlicht worden, die zeigen, daß innerhalb der letzten 13 Jahre der Durchschnittsprofit der Kuxengesellschaften 9,6 % war, daß aber die erstaunliche Zahl von 68 % im Fall

eines Unternehmens mit der von 2 % in einem andern zusammengestellt werden muß, um zu diesem Durchschnittsergebnis zu kommen. Auf seiten der Arbeiter wurde die Forderung gestellt, man möge, da schon 75 % der Arbeiter im Durchschnitt aller Bezirke und 90 % in einzelnen Bezirken die in den Lohnlisten aufgestellten Minimallohne erhalten, auch der Minderheit bewilligen, was die Mehrheit bereits hat.

Dies sind einige der Punkte, die die Regierung zu berücksichtigen hatte. Es wurde von Anfang an die Möglichkeit eines gesetzgeberischen Eingreifens ins Auge gefaßt. Alle möglichen Gerüchte und Forderungen wurden laut. Auf der einen Seite verlangte man, daß die Regierung, nachdem sie das Prinzip des Minimallohns angenommen habe, selbst eine Lohnliste aufstellen und zu gleicher Zeit irgendein Zwangsgesetz einbringen sollte, um die widerspenstigen Unternehmer in Schottland und Südwales zu zwingen. Die Konservativen riefen nach Aufhebung des Gesetzes über die Gewerbestreitigkeiten (*Trades Disputes Act*) von 1906, um den Gewerkschaften die Streikbefugnis zu schmälern. Die Regierung schützte diese jedoch in der Hoffnung auf Ausgleich der Streitigkeiten zwischen den beiden Parteien. Die *Labour Party* sah an sich nicht mit besonderm Wohlwollen auf Versuche mitten in einer Krise die Gesetzgebung hineinzuziehen. Sie fürchtete, daß diese in der allgemeinen Erregung extreme Formen annehmen könnte, wie das gewöhnlich geschieht, wenn man in Zeiten der Panik das Gesetz anruft. In jedem Wahlkreis, der durch Mitglieder der *Labour Party* vertreten ist, befinden sich Tausende von Arbeitslosen, und zwar sowohl Bergleute wie andere Arbeiter, die durch den Streik arbeitslos wurden. Die Besonderheit der Stellung der Partei liegt nun darin, daß sie Verpflichtungen gegen beide Kategorien hat, und sie mußte sich bemühen ihre Politik so zu führen, daß sie den Bergleuten half, ohne doch ihren übrigen Wählern ungebührliche Lasten und Bedrückungen aufzubürden.

So lag der Schlüssel der Situation bei der Regierung. Und diese hat sich auch zur Intervention veranlaßt gesehen. Am 18. März kündigte der Ministerpräsident eine dringende Gesetzesvorlage über den Minimallohn der Bergarbeiter an, die am 19. März dem Parlament zugeht und, nachdem sie fast eine Regierungskrise heraufbeschworen hätte, in wenigen Tagen angenommen wurde. Die prinzipielle Bedeutung dieses Schrittes, der den Bergarbeitern freilich noch nicht weit genug ging, ist (wie man auch die einzelnen Bestimmungen und den materiellen Inhalt des Gesetzes selber beurteilt) nicht zu verkennen. Sie soll daher noch in einem besondern Artikel hier gewürdigt werden.

XX  
**ROBERT SCHMIDT · DER DEUTSCHE BERGARBEITERSTREIK 1912**

**Z**UM dritten Mal haben die deutschen Bergarbeiter es versucht sich gegen die Kapitalmacht im Bergbau aufzulehnen. Wieder ist der Konflikt ohne sichtbaren Erfolg für die Arbeiter beendet, ja man kann sagen, daß er resultatloser verlief als seine beiden Vorgänger. Die beiden Lohnkämpfe in den Jahren 1889 und 1905 hatten wenigstens für die Gesetzgebung einen Anstoß gegeben, sie hatten auch, was nicht gering anzuschlagen ist, im Bürgertum eine gewisse Sympathie und materielle Unterstützung gefunden. Dem jetzt beendeten Streik fehlten alle diese Erfolge;

die Arbeiter standen allein da, nur hier und da im linksstehenden Liberalismus eine ruhige, sachliche Würdigung des Vorgehens der Arbeiter. Mehr noch zu beklagen ist die Tatsache, daß unter den Arbeitern selbst kein allgemeines Vertrauen zu einem Lohnkampf vorhanden war, und daß dadurch die Stoßkraft der Bewegung im eigenen Lager aufgehhalten wurde. Wer konnte sich darüber täuschen, daß eine Organisation mit 40 000 Mitgliedern wie der christliche Bergarbeiterverband für alle Zaghafte und Indifferenten die Zufluchtsstätte und die Rechtfertigung ihres Verhaltens abgeben würde? Diese Stellung des christlichen Bergarbeiterverbandes konnte nur dann gering in Anschlag gebracht werden, wenn man annehmen durfte, daß seine Mitglieder die Gefolgschaft versagen würden. Das geschah aber nur zu einem kleinen Teil. Dem christlichen Bergarbeiterverband standen Mittel und Wege offen die Mitglieder seinen Wünschen dienstbar zu machen, politische Gegensätze spielten dabei eine erhebliche Rolle, über die das wirtschaftliche Interesse der Arbeiter nicht die verbindende Brücke schlug. Diesmal konnten Polizei und Militär nach den Wünschen der Grubenherrn sofort herbeigezogen werden, während es 1905 immerhin bedenklich erschien das gleiche Mittel in Anwendung zu bringen; denn die Teilnahme der christlichen Arbeiter gebot aus politischen Gründen einige Reserve, wollte man nicht diese der Sozialdemokratie fern stehende Schicht durch aufreizende Maßnahmen zur Flucht ins feindliche Lager treiben. Diesmal war die Sachlage für die Regierung und die bürgerlichen Parteien einfacher: Die Arbeiter hatten selber die Scheidung vollzogen, und so fanden sich die christlichen Arbeiter in der Rolle der Verständigen und Genügsamen, die Streikenden in der wilder Terroristen, gegen die alle Mächte des Staates das Verdammungsurteil fällten.

In allen Debatten im Reichstag, im preußischen Abgeordnetenhaus und Herrenhaus ist von den Vertretern der bürgerlichen Parteien mit wenigen Ausnahmen nicht die Frage in den Vordergrund gerückt worden, um die es sich doch in erster Linie handelte: Sind die Forderungen der Bergarbeiter berechtigt? Das schien den Scharfmachern nicht der Gesichtspunkt, von dem aus der Streik betrachtet werden mußte. Vielmehr suchte man durch den Schrei nach Arbeitswilligenschutz die sachliche Erörterung zu übertönen. Streiks sind den Anwälten kapitalistischer Interessen verhaßt. Und wenn auch der streikende Arbeiter nicht mehr wie früher als ein unverschämter Kerl, als Tagedieb und Aufwiegler öffentlich gebrandmarkt wird, im stillen ist er dieser Beurteilung heute noch sicher. Die Arbeiterbewegung hat eben nur zu weite Kreise gezogen, als daß man öffentlich solche bornierte Meinung auszusprechen wagte. Dafür ist man um so rührender um den Schutz der Arbeitswilligen besorgt. Dieses Schutzbedürfnis gibt den Vorwand Polizei und Militär heranzuziehen, und bei der erregten Stimmung rechnet man nicht mit Unrecht darauf, daß Übergriffe der Polizei und des Militärs zur Einschüchterung der streikenden Arbeiter beitragen müssen, und daß damit dem Ausstand die Kraft entzogen wird.

Das Beispiel dafür bildet gerade dieser Bergarbeiterstreik: Er war in dem Augenblick verloren, als alle die freiwilligen und die kommandierten Hilfskräfte den Zechenbesitzern zu Hilfe kamen. Ein bedrückendes Gefühl für alle in der Arbeiterbewegung Stehenden, daß diese Lohnbewegung so kraftlos abgebrochen werden mußte. Es wird nicht an kritischen Betrachtungen fehlen, die aus diesem Vorgang die Schlußfolgerung ziehen, daß gegenüber den Machtmitteln so großer Unternehmerverbände die gewerkschaftlichen Kampfesmittel

versagen. Unzweifelhaft ist hier der Widerstand gewaltig. Doch ist der Bergbau so sehr Lebenselement der Industrie, daß gerade hier eine Störung am empfindlichsten wird. Die Voraussetzung für einen wirksamen Eingriff der Gewerkschaft ist nur eine weit umfassende Organisation. Ein vollständiges Stilllegen des Kohlenbergbaus, auch des Betriebes über Tag, bedeutet in einigen Wochen wirtschaftlich ein so starkes Machtmittel in den Händen der Arbeiter, daß der Erfolg nicht ausbleiben kann.

Die Bedingungen für den Lohnkampf liegen an sich gar nicht ungünstig. Die Arbeiter erhalten während des Kampfes (wenigstens kann es so eingerichtet werden) noch eine Restlohnzahlung. Die Zechen tragen somit durch ihr verkehrtes Lohnsystem selbst zur Unterstützung des Streiks bei. Für eine gutgeschulte Mitgliedschaft des Bergarbeiterverbandes wäre diese Einrichtung ein vorzügliches Hilfsmittel, um das sie von anderen beneidet würde. Die Forderung diese Lohnzahlungsmethode abzuschaffen würde von den Bergherren sofort bewilligt werden, sobald eine kräftige Organisation es für ihre Zwecke ausnutzt. Aber die Voraussetzung, die Organisation, fehlt leider im deutschen Bergbau. Im Ruhrgebiet war bei Beginn des Streiks ungefähr ein Drittel der Arbeiter organisiert. Von diesen standen aber 40 000 im christlichen Verband, also abseits vom Streik. Das war die Schwäche der Position. Wie berechtigt diese Behauptung ist, läßt der englische Bergarbeiterausstand erkennen. In England können die Unternehmer mit der (alten und besser gefügten) Bergarbeiterorganisation nicht so umgehen wie in Deutschland. Und es bleibt für einen Lohnkampf immer ein starkes Prestige, daß er eine Regierung unmittelbar zwingt durch ein Gesetz die Lösung des Streits zu suchen. Dabei kann die Frage ausscheiden, ob das Gesetz den Wünschen der Arbeiter völlig entspricht. Wesentlich ist der Zwang zu diesem Schritt selbst, der vor allem nicht von der arbeiterfeindlichen Tendenz geleitet ist, die in Deutschland auch bei der Regierung zum Ausdruck kam. Der Unterschied ist sehr bemerkenswert. In England bemüht sich ein hervorragender Staatsmann wochenlang um die Beilegung des Streiks im gegenseitigen Verhandeln mit Arbeitern und Unternehmern; in Deutschland ist es dem Staatssekretär Dr. Delbrück von den Unternehmern schon sehr verübelt worden, daß er den höflichen Wunsch äußerte, die Unternehmer möchten mit den Arbeiterausschüssen verhandeln. Der Verlauf des Konfliktes in England findet natürlich nicht seine Erklärung in dem größeren Verständnis für sozialpolitische Aufgaben, das im englischen Liberalismus unbedingt vorhanden ist, sondern in der Zwangslage, die die Bergarbeiterorganisation geschaffen hat.

Der Weg zu einer gefestigten Organisation der deutschen Bergarbeiter ist mit vielen Hindernissen verlegt. Die Arbeiterschaft im Bergbau wechselt sehr stark, der Zuzug von fremden Arbeitern, die nie mit einer Organisation in Berührung kamen, ist groß, Sprachen und religiöse Anschauungen sind trennende und nicht einigende Momente. Vor allem aber haben hier politische Gegensätze eine unheilvolle Wirkung ausgeübt.

Das Zentrum hat es dem christlichen Gewerkverein sehr verargt, daß er 1905 die Leitung des Streiks übernahm und schließlich seine streikenden Mitglieder mit Geldern unterstützen ließ, die von den freien Gewerkschaften und sozialdemokratischen Organisationen gesammelt wurden. Von maßgebenden Zentrumsanhängern wurde der Wiederholung eines gleichen Vorgangs entgegen-



## PAUL WESTHEIM · DAS VIERMILLIONENCHAOS

**W**ORAN es fehlt, ist eine von dem feierlichen, unabänderlichen Willen abzuheilen beseelte und mit der nötigen Machtvollkommenheit ausgerüstete Organisation, ein durch das Vertrauen der Mitbürger und der Staatsregierung allmächtiger, erstklassiger Stab von Politikern, Künstlern und Ingenieuren, der fähig ist die weittragenden Maßnahmen nicht nur zu planen sondern auch siegreich durchzuführen.\*  
**WERNER HEGEMANN**



EINE planlose Zusammenpferchung von 4 Millionen Menschen: so präsentiert sich die Hauptstadt des Deutschen Reichs. 600 000 Menschen in übervölkerten Wohnungen; Hunderttausende von Kindern ohne Spielplatz; ein Mückenswarm und Gemeindlichen mit Sonder- und Kirchturmsinteressen, wütiger auf einander als die diversen Potentaten im heiligen römischen Reich. Von der Regierung scheel angesehen, vom preußischen Landtag schadenfroh geknebelt, von Stadtvätern ohne Initiative, ohne Blick für das Ganze mehr schlecht als recht verwaltet, von mächtigen Privatinteressen auf das unerträglichste eingeschnürt: so lebt das große, reiche Berlin.

Wenn es nach der Regierung gegangen wäre, dann wäre aus Köln-Berlin ein zweites Potsdam geworden. Eine geruhige Residenz mit dem Hof als Zentrum, mit Militär und Beamtentum als der tonangebenden Kaste. 1808, schon vor der Einführung der Selbstverwaltung, wurde der Stadtkreis Berlin kleiner gemacht, im Interesse der Bodenbesitzer kontingentiert; alle, die draußen auf dem Land wohnten, wurden mindern Rechts, hatten bei höheren Steuerauflagen weniger Privilegien. Das heißt: Berlin, das keine Festung mehr war, wurde wohnungspolitisch schlimmer als durch einen Festungswall eingeschnürt. Nach genau 50 Jahren, nachdem dieser Raum ganz und gar nicht mehr ausreichen wollte, wurden die Leute nicht etwa weiträumiger angesiedelt sondern über einander geschichtet. Der unselige Bebauungsplan von 1858, nach Hegemann von einem ganz untergeordneten, unerfahrenen und unfähigen Hilfsarbeiter ausgetüftelt, eine Papierarbeit nach Pariser Muster, sanktionierte als Berliner Charakteristikum die 5stöckige Mietskasernne. Nicht genug mit dieser »überwiegenden Rücksicht auf das Eigentum der Beteiligten«, wie es in dem Erlass des Handelsministeriums heißt, mit der Bauordnung des Jahres 1887 macht die Regierung den Vorortgrundbesitzern das gleiche Geschenk des Massenhauses. Die Taktik war nun die Vororte entwicklungsfähiger zu machen, um gegen die mißbeliebte Mutterstadt eine Geißel in der Hand zu haben. Der eine Augenblick, in dem diese Politik der Verärgerung suspendiert, in dem der Berliner Stadtverwaltung die Eingemeindung angeboten war, ist von dieser in sträflicher Kurzsichtigkeit verpaßt worden. Den Bewohnern dieses Kommunenkonglomerats, das wir uns *Groß Berlin* zu bezeichnen gewöhnt haben, verbleibt es nun diese Vielspältigkeit, dieses Gegeneinanderreiten der Rathausinteressenten, dieses gegenseitige Übervorteilen und Hinterbieten auszuhaden.

So unerträglich ist ihre Situation, daß selbst die preußische Regierung zugehen muß, diese Zerfahrenheit, dieses planlose Gegeneinanderwüten könne nicht mehr weiter gehen. Der *Zweckverband* ist ihr Zugeständnis. Dies Hundertmännerkollegium, das vom 1. April wenigstens für ein paar organisatorische Maßnahmen eine gewisse Einheitlichkeit erstreben soll, ist gewiß

nicht das Ideal, das, angefangen von August Orth, dem geistigen Urheber der Berliner Stadtbahn, alle unsere Stadtreformer erstrebt haben. Es gibt Leute, die behaupten, dieser Zweckverband habe keine andere Bedeutung als der mit so viel Lärm inszenierte Bebauungswettbewerb für Groß Berlin: er soll gegenüber den allzu lauten Schreibern so tun als ob etwas getan würde. Andere meinen gar, der Fiskus, der einem ähnlichen Skandal wie dem wegen des Tempelhofer Fekdes entgehen möchte, habe sich in ihm nur einen potenten Abnehmer für seine Wälder schaffen wollen. Mag sein, daß an alldem ein Körnchen Wahrheit ist. Unsere Aufgabe ist es jedenfalls darauf hinzuwirken, daß der Verband trotz seines arg genug eingengten Wirkungsbereichs nicht Versprechung oder gar Attrappe bleibt, sondern; daß er ein Organ werde, um dem »empörenden Wohnungswucher« (wie Miquel einst sagte), der gewohnheitsrechtlich an der Berliner Bevölkerung begangen wird, energisch zu Leibe zu rücken.



**M** Im Roten Haus fühlt man sich verletzt, daß diese Dinge einmal in voller Öffentlichkeit zur Sprache kommen. Als die Agitation des rührigen Ausschusses für Groß-Berlin einsetzte, bestritt man die Tatsachen, bezweifelste man die angegebenen Ziffern des Wohnungselends, und als ein Bestreiten nicht mehr gut anging, mußte das statistische Amt der Stadt Berlin seine eigenen Feststellungen schön färben. Und als man gar mit Anschlägen an die Litfaßsäulen ging, waren die Stadtgewaltigen verletzt. So etwas schädige Berlin, setze es vor aller Welt herab, sei eine Beschmutzung des eigenen Nestes. Derlei Empfindlichkeiten soll man auch gelten lassen, wenn sich mit ihnen der Wille nach wirklicher Abhilfe verbindet. Zweifellos ist es von geringerer Wichtigkeit, wer im einzelnen an der Misere schuld ist. Daß sie da ist, daß die Regierung sich zu einer so außerordentlichen Maßnahme wie der Schaffung des Zweckverbands genötigt sah, besagt doch deutlich genug, daß die Geschicke der Groß Berliner Bürger nicht in den Händen gelegen haben, die sie zu meistern imstande waren. Schließlich haben wir, wir Bürger, uns nicht selbst mitschuldig gemacht? Hat man je (von dem Jahr 1863 abgesehen) gehört, daß die Massen aufbegehrt, daß sie stürmisch protestiert, großzügige Maßnahmen verlangt, gegen die privilegierte Ausbeutung durch das Terrainkapital sich zusammengetan hätten? Sie stecken geduldig in ihren Mietskasernen, hausen luft- und lichtlos zwischen den Brandmauern der Hinterhöfe, ertragen täglich ein potenziertes Verkehrselend, haben weder Garten noch Feld, weder Wald noch Spielplätze für ihre Kinder und zahlen für minderwertige Behausungen enorm hohe Mieten: 25 bis 30 % des Arbeitsverdienstes (in Schöneberg waren es nach den Berechnungen seines statistischen Amtes bei einem Einkommen von 1200 Mark durchschnittlich 32,4, bei einem Einkommen von 1800 Mark sogar 32,9 %), während die gleich gelohnten belgischen, englischen oder amerikanischen Arbeiter im 1stöckigen Reihenhaus mit dem Normalsatz von etwa 16 % auskommen.

Die Mietskaserne als unsoziale, unhygienische, unwirtschaftliche und unmenschliche Institution ist ebenso oft wie zwecklos an den Pranger gestellt worden. Am nachdrücklichsten, weil klar und unanfechtbar, in dem Eberstadtschen *Handbuch des Wohnungswesens*. Eberstadt beweist da schon, daß für den Bauunternehmer und den Hausbesitzer das 5stöckige Mietshaus keineswegs die wirtschaftlichste Lösung ist, beweist gleichzeitig, daß mit den beiden obersten Geschossen die Rentabilität abnimmt. Da nun einmal mit dem

durch diese Bebauungsweise geschaffenen Bodenüberpreis zu rechnen ist, müssen alle etwaigen Reformvorschläge auf diese Basis gestellt sein. Von höchster Bedeutung ist deshalb der von dem Statistiker Dr. Kuczynski gemeinsam mit dem Architekten Lehweß erbrachte Nachweis, daß es möglich ist bei strenger Scheidung von breiten Verkehrs- und schmalen Wohnstraßen auf dem Boden, für den eine 4geschossige Bebauung vorgesehen, einem erheblichen Teil der minderbemittelten Bevölkerung ein Heim in kleinen Ein- und Zweifamilienhäusern zu bieten, und zwar ohne irgendwelche materielle Einbuße. Diese überraschende Feststellung beruht auf der einheitlichen Aufteilung eines ganzen Baublocks in einen Randgürtel von 4geschossigen Reihenhäusern, in deren Mitte durch die Ersparnis an Straßenland und Straßengebühren dann Spielplätze, kleine Gärten, Ein- und Zweifamilienhäuser entstehen können.<sup>1)</sup> Daß dieser Vorschlag tatsächlich wirtschaftlich durchführbar ist, beweist uns die Neuköllner Baugenossenschaft *Ideal*, die jetzt nach diesem System auf hochwertigem Gelände in Britz eine Arbeitersiedlung anlegt.<sup>2)</sup> Warum hat sich bis jetzt noch keiner der unzählig vielen Häuserbauer dieses System zu eigen gemacht? An den in einer Hand befindlichen großen Blocks würde es nicht fehlen; wohl aber an einem Unternehmertum, das nicht darauf versessen ist jede bebaute Parzelle möglichst schnell wieder abzustoßen, was naturgemäß bei derlei Anlagen nicht so fix gehen würde. Auf dem Tempelhofer Feld beispielsweise hätte ganz gut eine solche Ein- und Zweifamilienhäuserstadt entstehen können; während jetzt die elendesten der Berliner Mietskasernen emporschießen. Goecke hat vor Jahren schon, um wenigstens kahle Höfe und Hinterhäuser zu beseitigen, die Forderung nach einer hinteren Baufluchtlinie erhoben, das heißt nach einer Vereinheitlichung der in einem Block entstehenden Höfe, damit daraus ein gemeinschaftlicher Garten oder Spielplatz geschaffen werden kann. Den vielen reformatorischen Forderungen gegenüber, die zurzeit auftauchen, ist es unverständlich, in welcher Weise sich der Architektenausschuß, der den Anstoß zu dem Ausschreiben für Groß Berlin gegeben (jene nach dem Ausscheiden der modernen Städtebauer wie March, Goecke, Muthesius usw. als *Stübben-ausschuß* bekannte Gruppe), anschießt mit einer neuen Bauordnung, die in einer Petition dem Zweckverband vorgeschlagen werden soll, sich in der Hauptsache auf die Seite der Unternehmer zu stellen.

Es wäre nun natürlich, daß man den in ihre vier Wände eingekerkerten Berlinern wenigstens in der freien Natur Erholungsstätten bieten würde. Jedermann kennt auch ohne die Notrufe K. von Mangoldts, auch ohne die erschreckenden Kartenskizzen des *Waldschutzvereins* die trostlosen Zustände. Ob einem der Vorschlag Herm. Janßens kleinere Grünparzellen über die ganze Stadt zu verteilen und durch ein Promenadensystem so zu verbinden, daß jedem Bürger in 2 Kilometer Entfernung ein Grünplatz erreichbar ist, oder die Absicht einen großen Wald- und Wiesengürtel um die Metropole herumzulegen und von diesem Ring Sektoren nach dem Zentrum einstrahlen zu lassen, sympathischer ist, bleibt unerheblich, solange wir nicht einmal auf kleinere Abschlagszahlungen rechnen dürfen. Die Erhaltung der Wälder soll ja eine der hervorragenden Aufgaben des Zweckverbands werden. Er wird da gegen alle zu kämpfen haben. Gegen den Fiskus, gegen den Landtag, der immer, wenn sich die

<sup>1)</sup> Näheres über diesen Plan findet sich in dem ausgezeichneten Werk Hegemanns *Der Städtebau* / Berlin 1911, pag. 26.

<sup>2)</sup> Siehe die Rubrik *Genossenschaftsbewegung* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 2. Band, pag. 916 ff.

Gelegenheit bietet den Berlinern eins auszuwischen, wider die Sonderbegünstigung einer einzelnen Stadt die *allgemeinen Interessen der Monarchie* vorzuschieben pflegt, sogar gegen die einzelnen Groß-Berliner Gemeinden. So hat Spandau noch nicht schnell, ehe das Veto des Zweckverbands erschallen konnte, ein bißchen abholzen lassen. So sind die Treptower Hausagrarien seit Jahr und Tag dabei die Stadt Berlin zu zwingen ihren Treptower Waldbesitz der Bebauung zu erschließen; so hat Berlin selbst, statt den ehemaligen Botanischen Garten als Grünfläche zu erhalten, den Baumbestand erst einmal durch den Rummelbetrieb zerstören lassen und dann aus der ohnehin winzigen Anlage noch ein geschlossenes Mietskasernenareal herausgesäbelt. Man hätte da vielleicht einen sehr schönen und geräumigen Spielplatz schaffen können, dessen Notwendigkeit die Stadtverwaltung gerade für diese Gegend wohl kaum anerkennen dürfte; ist doch ganz in der Nähe der Raum (unter den Bogen der Hochbahn in der Bülowstraße), der neuerdings zum Spielplatz befördert worden ist. Um nämlich den Feststellungen des *Hauptausschusses zur Förderung von Leibesübungen*, daß statt der notwendigen 200 nur 8,2 Hektar dauernd Spielzwecken gewidmeter Flächen vorhanden sind, zu begegnen, werden von jetzt an die Streifen unter der Hochbahn wie alle die Mittelstreifen der sogenannten *Prachtstraßen* statistisch als Kinderspielplätze aufgeführt (!). Man schüttelt den Kopf, aber es ist so. Ist man sich erst einmal darüber klar, daß in Berlin 133 000 Kinder ohne Spielgelegenheit sind, dann versteht man, weshalb 10 % aller Berliner Kinder wegen Schwächlichkeit nicht eingeschult werden können, daß beinahe ein Drittel unter schulärztliche Aufsicht genommen werden muß, versteht, warum kaum ein Viertel militärtauglich ist, begreift die rhachitischen, abgezehrten und ausgemergelten Kindergestalten, die die Käte Kollwitz oder Zille uns beständig vorhalten.

An R a u m fehlte es ja eigentlich in dem 2000 Quadratkilometer großen Gebiet des Zweckverbands nicht. Es fehlt nur an den B a h n e n, an Schnellbahnen, die das Gelände in weitestem Umfang erschließen, und an der Möglichkeit den durch die Bahnen erschlossenen Boden im Interesse der Allgemeinheit zu verwerten. An vorzüglichen Vorschlägen, wie sie seit Jahren von dem für eine großzügige Verkehrspolitik kämpfenden Petersen,<sup>3)</sup> wie sie von Blum und anderen Teilnehmern des Groß-Berliner Wettbewerbs<sup>4)</sup> gemacht sind, fehlt es auch nicht. Nur am Willen zur planmäßigen und großzügigen Durchführung fehlte es bisher. Wir erwarten die Initiative und die konsequente Durchführung jetzt vom Zweckverband.

**R**EI dieser Fülle von wirtschaftlichen, sozialen, hygienischen Faktoren rücken scheinbar die *künstlerischen Überlegungen* ganz an die Seite. Scheinbar. Denn in Wirklichkeit ist die Kunst des Städtebaus das gerade Gegenteil einer theoretischen Ästhetenangelegenheit. Die Allgemeinheit pflegt unter künstlerischem Städtebau die Schaffung weiträumig gestreckter Straßengevierte zu verstehen und sieht in dem Städtebauer einen Menschen, der in ein von den Geometern festgelegtes Stadtbild ein paar repräsentative Blickpunkte hineinzufrisieren hat. Nichts ist verhängnisvoller. Nur die Pseudostädtebaukunst, die das noch heute nicht ganz

<sup>3)</sup> Siehe die Rubrik *Verkehr* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 201.

<sup>4)</sup> Siehe Linke *Das Berliner Verkehrsproblem* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 3. Band, pag. 1619 ff., sowie die Rubrik *Kunstgewerbe*, 1910, 2. Band, pag. 799 ff., und 1911, 1. Band, pag. 89 ff.

ausgerottete Epigonengeschlecht des 19. Jahrhunderts betrieben, konnte darauf verzichten eine genaue *Synthese* aller Lebens-, Wohn- und Verkehrsbedürfnisse einer Bevölkerung zu sein; aus dem wüsten Nebeneinander von Menschen einen planvollen Organismus zu machen, mit Straßen, mit Häusern, Plätzen und Erholungsstätten, einen lebendigen und belebten Raum zu schaffen, auf daß auch die Massen wieder eine Heimat, wieder eine menschenwürdige Daseinsmöglichkeit erhalten; wie im Bienenstaat aus unzähligen Zellen eine rhythmische Einheit zu fügen, damit für den tätigen Menschen das Leben in der großen Stadt aus einem Fluch zu einem Glück werde: das ist der Sinn des Städtebaus, wie er jetzt wieder begriffen zu werden scheint. Welches Elend stadtbauliche Unfähigkeit über Millionen bringen kann, haben wir doch schmerzlich genug in Berlin erfahren. Wären statt des Assessors von 1858 großzügige Planer ans Werk gelangt, die damals tatsächlich vorhanden waren, wir säßen jetzt gewiß nicht so im Sumpf. Die Gefahr, daß ein unfähiger, die tieferen Notwendigkeiten verkennender Geist die Zukunft bedroht, besteht mehr als je. Der Antrag des Marchausschusses, dem bekanntlich unsere besten, fähigsten und wirklich modernen Städtebauer angehören, dem Zweckverband einen Sachverständigenbeirat beizugeben, ist vom Landtag abgelehnt worden; sogar die Anstellung eines sachverständigen Architekten hat der Verband selbst für überflüssig gehalten. Der geradezu klassische Entwurf Goeckes für das Tempelhofer Feld bleibt unausgeführt, während die Menschenscharen da draußen wieder nach einem Plan zusammengepreßt werden, den die ebenso unsoziale wie antiquierte Stübbenschule geliefert hat und jeden Tag zu liefern bereit ist. Wenn daher Muthesius im Namen der fortschrittlich gestimmten Architekten erklärte, daß bei der unausbleiblichen Festlegung Groß Berlins nicht noch einmal eine Auslieferung an ein paar alte und in ihrem Können veraltete Leute geschehen dürfe, so ist das gewiß nicht als eine Volksversammlungsflöskel hinzunehmen. Es gilt Widerstände zu brechen, die in Groß Berlin noch mächtiger sind als wir alle uns zugestehen möchten.

Der einheitliche Bebauungsplan ist die Tat, die allen anderen vorangehen muß. Ohne ihn bleibt alles, was die einzelne Gemeinde tun könnte, Stückwerk. Eine gründliche Revision der baupolizeilichen Bestimmungen wäre damit zu verbinden. Die Grundsätze, die für die gedrungene Bauweise im Stadtkern Sinn haben mochten, hat man mechanisch auch auf das Land draußen ausgedehnt. Es ist aber, um nur ein Beispiel zu geben, ein Nonsens für das kleine Einfamilienhaus die selbe dicke Brandmauer zu fordern wie für das Fünfetagenhaus. Das erstrebenswerte niedrige Reihenhaus wird durch diese und ähnliche Bestimmungen beinahe unmöglich gemacht. Andererseits werden durch die ausnahmslose Forderung, das Untergeschoß müsse mindestens 50 Zentimeter unter dem Erdboden liegen, in den vornehmsten Grunewaldvillen Kellerwohnungen für Portiers und Dienstpersonal direkt erzwungen. Eine vernünftige Bauklasseneinteilung, die den Bedürfnissen der verschiedenen Bevölkerungsschichten gerecht würde, wäre also eine weitere Forderung. Bis jetzt ist bei uns der Städtebau ja nur so nebenbei betrieben worden. Die Stadtbauämter, die in allen unseren Gemeinden eingerichtet sind, und die in Hoffmann, Kiehl oder Bühring gelegentlich auch einmal eine künstlerisch bestrebt Kraft aufzuweisen haben, sind ohne Einfluß auf den Grundplan. Der wird von den Tiefbauämtern mitbesorgt, von Geometern, die sonst über die Anlage der Kanalisationsröhren, Wasserleitungen usw. zu ver-

fügen haben. Bei der Betrachtung der Pläne des Berliner Stadtbaumeisters Hoffmann für Athen war schon auf diesen Dilettantismus an einer Stelle, wo die vorzüglichsten fachmännischen Kräfte gebraucht werden, verwiesen worden.<sup>5)</sup> Dilettantismus wäre es auch an die gemeinsamen Zweckverbandsaufgaben heranzugehen, ohne die planmäßig einheitliche Grundlage zu schaffen.

Gegenüber den tief einschneidenden Problemen der Städtebauer, Problemen, die auf das Leben eines jeden einzelnen in irgendeiner Hinsicht zurückwirken müssen, erscheint es beinahe kleinlich sich allzu hitzig über Einzelerrscheinungen, und sei es auch noch so ein harter Brocken wie das geplante Opernhaus, zu erregen. Resigniert, wie man über das neue Berlin und über den verschandelten Tiergarten nun einmal ist, möchte man der für preußische Monumentalkunst maßgebenden Stelle achselzuckend die Fortsetzung der Siegesallee überlassen. Und doch muß gerade die Behandlung dieser Angelegenheit als eine direkte Herausforderung betrachtet werden. Man kennt die blamable und geheimniskrämerische Vorgeschichte dieser Unternehmung. Man weiß, daß seit dem Auftauchen des Gedankens von tüchtigen Geistern, zuletzt unter anderen von Möhring und Schmitz, für die Wahl des Standplatzes Vorschläge, ausgezeichnete Vorschläge gemacht worden sind; daß trotzdem das am wenigsten geeignete Krollische Gelände ausersehen wurde; schließlich, daß man unter Umgehung aller wirklichen, aller im Theaterbau bewährten Baumeister ein Häuflein von 6 oder 7 Architekturveteranen heranholte, die die erste Forderung des Programms *Keine neue und keine eigene Formensprache!* prompt erfüllen würden. Bei zweimaliger Konkurrenz haben sie diese in sie gestellte Erwartung aufs glänzendste gerechtfertigt. In der Tat, in dem, was Ihne, Seeling und Littmann da zusammengebraut haben, ist nichts, was nicht aus Altam, aus Schinkel, aus Knobelsdorff, der Nationalgalerie, dem alten Opernhaus, aus griechischen Tempelfetzen und wer weiß woher noch zusammengespült wäre. Der Littmannsche Entwurf, der an ausschlaggebender Stelle Beifall gefunden, hatte einen dermaßen unbrauchbaren Grundriß, daß das Ministerium einen seiner Geheimräte, Herrn Grube, beauftragte hinter die Littmannsche Fassade einen neuen Grundriß zu fabrizieren. Der Entwurf ist für Menschen, die über moderne Theaterbauprobleme einmal nachzudenken Gelegenheit hatten, ein Schlag ins Gesicht. Ich spreche nicht von dem barocken Formenschwulst, der natürlich aufgetischt wird. Darauf waren wir alle, die wir nicht mehr so ganz harmlosen Gemüts sind, von Anfang an gefaßt. Erschreckend ist das Unsoziale der Anlage im Hinblick auf die ja immerhin vorgesehenen Besucher. Ich meine natürlich nicht die der Hoflogen, die verschwenderisch bedacht sind; so verschwenderisch, daß fast ein Drittel des umbauten Raums aufgewandt worden ist, um in das Opernhaus ein Privatschlößchen einzubauen. Es gibt da wieder einmal ein kolossalisches Treppenhaus, aber die wichtigen und gar nicht nebensächlichen Aufgänge für die 5 Ränge sind armselig an die Seiten gedrückt und nötigen den Besuchern von der Kasse bis zum Sitz Wege von 10 und mehr Minuten ab. Daß die Besucher der höheren Regionen auch in akustisch unmögliche Löcher gestopft werden, sei nur nebenbei erwähnt. Ob die Proteste, die Notschreie, die Enttäuschungsversammlungen und Petitionen einen Zweck haben werden? Oder werden für diese riesenhafte Verhöhnung des Stadtkörpers die Millionen ebenso bewilligt werden wie für alle die gemauerten und gemeißelten Greuel, die unser

<sup>5)</sup> Siehe die Rubrik *Kunstgewerbe* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 3. Band, pag. 1509 ff.

Berlin, mit dem, was Geist und Rhythmus des Lebens und Größe des Schaffens anlangt, sich so bald keine zweite Stadt (und sicherlich keine in Deutschland) messen kann, zum dankbaren Objekt der Witzblattredaktionen beider Hemisphären zu machen drohen?

Die unaufhörliche Verwüstung eines Stadtbildes ist scheinbar das einzig Planmäßige, was in der gewaltigsten Stadt des Deutschen Reichs geschieht. Von dem kühnen Schlüterschen Entwurf für eine monumentale Residenz an war es bis heutigen Tags das Schicksal Berlins alle genialen Geister, die im großen Stil Entwicklungspläne aufzeigten (sei es in architektonischer, organisatorischer, verkehrspolitischer oder wirtschaftlicher Hinsicht), zur tatenlosen Unfruchtbarkeit verdammt zu sehen, an ihrer Stelle durch untergeordnete Geschicklichkeiten immer das gut machen zu müssen, was die Unbedachtsamkeit der vorletzten Generation verpfuscht hatte. Die Hoffnungen aller wirklich guten Berliner richten sich jetzt auf den Zweckverband. Er hat eine schöne Arbeit zu verrichten, deren Erfüllung ihm den Dank der kommenden Generationen Berlins (und Deutschlands) sichert. Wir bauen auf die Entwicklung, die Berlin an die Spitze der deutschen Kultur gesetzt hat: trotz der partikularistischen Schmähungen, die um so heftiger werden, je mehr Berlin sich zum Ausgangspunkt aller wirklichen Pionierleistungen gemacht hat. Der Geist unserer Zeit, der es an innerer Größe mit jeder Vergangenheit aufnehmen kann, und der sich für Deutschland in Berlin verkörpert, hatte bis jetzt vielleicht Wichtigeres zu vollbringen als sich um sein Äußeres zu kümmern. Aber der Kontrast wird für moderne Augen auf die Dauer unerträglich. Es ist daher die höchste Zeit, daß auch an dieses Werk gegangen wird, daß aus dem Viermillionenchaos die neue Welt unserer Millionen ersteht.

XX  
**HANS BETHGE · DER DICHTER ROBERT WALSER**



IN Berlin leben ein paar Brüder, beide jung, beide liebenswerte Künstler von ungewöhnlicher Begabung, beide in der Schweiz gebürtig: Karl und Robert Walser. Karl ist ein Maler, den die Leser dieser Zeitschrift aus einem schönen Essay Mathilde Mornays bereits kennen.<sup>1)</sup> Robert Walser ist Dichter. Er ist in der Art der Kunstübung seinem Bruder nahe verwandt. Er hat einen dünnen Band Gedichte herausgegeben, der mit 16 Radierungen seines Bruders geschmückt ist: ein innerlich und äußerlich reizendes Buch. Die entzückenden kleinen Radierungen sind über die Textseiten hin verstreut, mitten in die einzelnen Gedichte hinein, und man muß sie gesehen haben, um zu empfinden, wie nahe sie sich mit dem Gefühl der Verse berühren. Diese beiden schweizerischen Brüder zeigen in ihren Reimen und hingegriffelten Strichen, daß sie auch Brüder im Geist sind. Eine ihnen beiden ganz eigentümliche lyrische, zarte, zierlich-naive Note verbindet sie ganz eng. Etwas Traumhaftes und eine süße Schwärmerei blüht aus den Versen und den Radierungen hervor. Eine stille Melancholie in den Stuben und in der Landschaft. Resigniert wandelt der Dichter, die Hände in den Hosentaschen, durch die Büsche des nebeligen Feldes oder lümmelt sich an einem sonnenlosen Tage zu Haus auf dem Sofa.

Robert Walser liebt in seinen Gedichten die einfachen, unfeierlichen Rhythmen;

<sup>1)</sup> Siehe Mornay *Der Zeichner Karl Walser* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1908, 1. Band, pag. 101 ff.

er verschmäh't den äußern Klang, aber das inwendige Leben seiner kleinen, lyrischen Gebilde ist desto bedeutender. Mitunter scheint er holprig und ungeschickt; ich glaube, er ist es absichtlich, um ja nicht glatt zu erscheinen. Und er ist immer rein lyrisch. Wir blicken in eine holde, ganz nach innen gewendete und nicht selten fein ironische Lyrik, die etwas Bestrickendes hat. Ja, diese zarten und zärtlichen Gedichte haben die innere Form und das inwendige lyrische Glänzen. Man gestatte mir eine kleine Probe anzuführen:

»Ich mache das Fenster auf,  
Es ist dunkle Morgenhelle.  
Das Schneien hörte schon auf,  
Ein großer Stern ist an seiner Stelle.

Der Stern, der Stern  
Ist wunderbar schön.  
Weiß von Schnee ist die Fern',  
Weiß von Schnee alle Höh'n.

Heilige, frische  
Morgenruh' in der Welt.  
Jeder Laut deutlich fällt:  
Die Dächer glänzen wie Kindertische.

So still und weiß:  
Eine große, schöne Einöde,  
Deren kalte Stille jede  
Äußerung stört; in mir brennt's heiß.«

Neben dem Gedichtbuch gab uns Robert Walser bisher einige erzählende Bände. Auch sie sind ganz von lyrischen Gefühlen beherrscht; sie fesseln nicht etwa durch die interessanten Verschlingungen an Geschehnissen, sie sind im Gegenteil ganz unepisch, und ihr Reiz beruht lediglich auf dem intimen, stilistisch sichern und anmutig verklärten Vortrag einzelner, aneinander geketteter Episoden. Man kann aus Walsers Büchern einzelne Passagen ohne das Vor- und Nachher in sich aufnehmen, und man hat einen abgerundeten Genuß; der Zusammenhang ist unwichtig. Es geht nirgends etwas Besonderes vor. Wichtig ist hier nur, auf welche Weise die alltäglichen Dinge in den Kreis der Betrachtung gerückt werden. Die heitere, zierliche, liebevolle, dichterisch beschwingte und im Grunde freilich etwas präziöse Art der Betrachtung und der Schilderung hat nicht etwas Verführerisches an sich.

Walsers Erstlingsbüchlein mit dem Titel *Fritz Kochers Aufsätze* erschien im Inselverlag, während alle übrigen Bücher des Dichters von Bruno Cassirer verlegt sind. Jenes Bändchen ist eine Mystifikation: Walser tut so, als gebe er da die Aufsätze eines früh verstorbenen Knaben heraus, aber in Wirklichkeit stammen diese kindlichen und doch so reifen Aufsätze natürlich von ihm selbst, und er erzählt uns die köstlichsten Dinge darin. Der Stil ist schon ganz charakteristisch für Walser: zierlich, ziemlich keck und von bewußter Primitivität. In dem Buch stehen kleine Aufsätze über den Wald, über den Maler, den Kommis, den Dichter, den Jahrmarkt, den Beruf, das Vaterland und vieles andere; und während Walser über alle diese Sachen munter darauf los plaudert

und sie als der richtige Optimist alle in einem recht erklärten Licht erscheinen läßt, leuchtet er zuweilen und unversehens mit leichter, milder, dichterischer Hand in die Abgründe der Dinge hinein und läßt uns hinter die Schleier des Daseins blicken. Man muß dieses kleine Buch lieben, weil es so klar und so mystisch zugleich ist, weil es die Erscheinungen des Lebens in ein so eigenes Licht zu rücken versteht: kurz, weil es ein Dichter geschrieben hat. 11 Federzeichnungen von Karl Walser schmücken den Band: primitive Blätter, die wie eine direkte Übertragung des die Aufsätze beseelenden Gefühls ins Lineare erscheinen. Da sieht man einen durch den Regen wandelnden jungen Maler oder einen jungen kranken Dichter, der am Fenster sitzt und traurig hinausblickt in die Tannen, oder eine Schulstube mit den tragikomischen Umrissen der von hinten gesehenen Kinder; und in allem herrscht eine Primitivität, die mehr gibt als die Vereinfachung der Dinge, die vielmehr lächelnd über den Dingen steht und auf sie hinabsieht als auf etwas Seltsames, Rätselvolles, Ernstes und Komisches zugleich.

Es gibt ein Tagebuch von Robert Walser, *Jakob von Gunten* betitelt, die Niederschrift eines jungen Menschen, der seine in einem Erziehungsinstitut der Großstadt verstreichenden Tage mit ihren kleinen Erlebnissen beschreibt. Das Buch hat manche reizvolle Stelle, aber es ist als Ganzes etwas monoton. Auch der Roman *Der Gehilfe* ist etwas langatmig geraten. Ein technischer Gehilfe verbringt eine Zeitlang im Geschäft und in der Familie eines Mannes, der so töricht ist sein Glück durch allerlei schnurrige Erfindungen machen zu wollen, dann verläßt er seinen Brotherrn wieder: und das ist die ganze Geschichte. Die lyrischen und betrachtsamen Elemente überwuchern, es wird wunderhübsch über dies und über das geplaudert, aber das rein Stoffliche, ohne das es nun einmal nicht geht, reicht für die Länge des Buches nicht recht aus. Walser muß sich davor hüten den ihm eigenen, so lebenswürdigen Plauderton zu übertreiben. Er muß darauf achtgeben, daß seine Causerieen nicht an der Klippe des Manierismus scheitern; sein Stil, der schon von dem ersten Büchlein an so persönlich und wohlgepflegt anmutet, birgt die Gefahr in sich nach der Seite des Künstlichen und Gezierten zu entarten. Ich denke, die feine Kultur, die in diesem Dichter wohnt, wird ihn vor einer solchen Entgleisung bewahren.

Sein bedeutendstes, innerlich stärkstes und reichstes Buch ist der Roman *Geschwister Tanner*. Ein Buch von holder moderner Romantik, dem die ironische Note nicht fehlt, ein Buch der Jugend und des leichten Sinnes, erfüllt von warmem Leben, ganz getränkt in lyrisches Gefühl und von manchem süßen Hauch überweht. Es handelt von den Geschwistern Tanner. Aber vor allem handelt es von Simon Tanner, einem lebenswürdigen Nichtsteuer, der sich gelegentlich eines Gesprächs einmal selber auf diese Weise charakterisiert: »Ich habe von meinen Eltern ein kleines Vermögen bekommen, das ich soeben bis auf den letzten Heller verzehrt habe. Ich habe es nicht für nötig gefunden zu arbeiten. Etwas zu lernen hatte ich keine Lust. Ich habe den Tag als zu schön empfunden, als daß ich den Übermut hätte besitzen können ihn durch Arbeit zu entweihen. Sie wissen, wie viel durch tägliche Arbeit verloren geht. Ich war nicht imstande mir eine Wissenschaft anzueignen und dafür den Anblick der Sonne und des abendlichen Mondes zu entbehren. Ich brauchte Stunden, um eine Landschaft zu betrachten, und habe Nächte durch, statt am Schreibtisch oder im Laboratorium, im Gras gesessen, während zu meinen Füßen ein Fluß vorüberfloß, und der Mond durch die Äste der Bäume blickte.«

Also eine Art verkappter Dichter steht im Mittelpunkt, und wir folgen ihm auf seinen mannigfachen Fahrten und Wanderungen mit dem lebhaftesten Gefühl. Er führt ein unruhiges, leichtbeschwingtes Leben, rennt die Nächte hindurch auf einsamen Landstraßen, verdingt sich bald als Buchhändler, bald als Diener, bald als Schreiber, faulenzet dann wieder und weiß allen Situationen die angenehmsten Seiten abzugewinnen. Ein beneidenswerter Mensch, dem die Sonne mitten ins Herz scheint, einer, der auf alles pfeift, ein Nichtstuer recht nach dem Sinn Walsers, der solche pflanzenhaften, vegetativen, glücklichen Naturen mit aller Liebe zu umweben weiß.

Das Buch nimmt uns hin durch seine Anmut, durch seine Zärtlichkeit und Lyrik, durch den wechselnden Reichtum seiner Episoden. Es ist durchaus ein Buch des Nacheinander, wie Walsers erzählende Bücher alle. Dieser romantische, jugendfrohe, innerlich so hold bewegte Roman und der Gedichtband sind die beiden schönsten Bücher, die uns Walser bisher geschenkt hat. Wir wollen wünschen, daß noch manche ihrer Art hinzukommen mögen.

XX

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

**Politik / Max Schippel**

**Finanz- und Wehrvorlagen** Die klägliche Parteizersplitterung im Reichstag, der Mangel jedes einheitlichen und deshalb energisch geltend zu machen den parlamentarischen Mehrheitswillens ist sofort bei den schwebenden Wehr- und Deckungsprojekten von neuem zum Ausdruck gelangt, naturgemäß sehr wenig nach dem Geschmack der hilflos gespaltenen Linken. An sich war vielleicht keine Zeit mehr geeignet eine liberale Erbschaftsbesteuerung, wie sie vor ein paar Jahren unter einem vollständigen innerpolitischen Umschwung scheiterte, mit Erfolg auszudrücken. Eine Parteienmehrheit war zweifellos dafür vorhanden, sie war sogar eigens für dieses nächste finanzpolitische Endziel im Feuer des Wahlkampfes geschmiedet und gehärtet; das ganze Wahlschicksal des schwarz-blauen Blocks ließ sich nach allem, was vorangegangen war, hauptsächlich als Niederlage der Gegnerschaft gegen diese langumstrittene Form der Besitzbesteuerung kennzeichnen. Aber der Linksblock der Besitzbesteuerung mußte offenbar sofort wieder ohne Halt auseinanderfallen, wenn die zweite Seite des in Angriff zu nehmenden Gesamtplans zu regeln war: die Wehrvorlage. Die verneinenden 110 Vertreter der Sozialdemokratie bringen hier sofort die stattliche Mehrheit wieder zu einer kümmerlichen Minderheit herab. Ohne die Rechte, das Zentrum

in seiner heutigen politischen Richtung vor allem dazu gerechnet, ist demnach unter einer solchen Konstellation schließlich doch nicht auszukommen, und es ist ganz selbstverständlich und vom Standpunkt des parlamentarischen Gesetzgebungssystems auch nur zu billigen, daß die immer wieder zur Mehrheit unentbehrlichen Parteien ihre Anschauungen auch über die Deckungsfrage nicht bloß zum Fenster hinaus und zur Umwerbung ihrer Wähler betonen sondern sie nach Kräften gegenüber einer widerstrebenden Regierung und gegenüber andersdenkenden Fraktionen zu verwirklichen suchen. Meist wird bei einem solchen ratlosen Parteienwirrwarr der rettende Ausweg von der Regierung gefunden werden müssen; das Übergewicht unserer Regierungskreise ist nun einmal in Deutschland das unvermeidliche Gegenstück zu unserm chronischen Parlamentselend. Im jüngsten Fall war diese Entscheidung von oben herab wiederum das Ende des Liedes, und zwar unter einer, alle Parteien überraschenden Wendung. Eine nach Berlin zusammenberufene Konferenz der leitenden Einzelstaatsminister beschloß am 14. März von der Wiederaufnahme der Erbschaftssteuer abzusehen, weil (nach der offiziellen Mitteilung in der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung*) »keine einheitliche Aktion der bürgerlichen Parteien für die Wehrvorlagen und ihre Deckung möglich erscheint, wenn die Erbschaftssteuer dabei herangezogen wird. ... Dagegen erschien es jetzt möglich

auf einem andern Gebiet einen Gegenstand scharfer politischer Agitation aus dem Weg zu räumen, indem man die fehlenden Mittel dadurch beschafft, daß man auch den Kontingentsspiritus der vollen Verbrauchsabgabe unterwirft. Die Aussicht hierzu auch die Zustimmung des Reichstags zu erhalten erscheint um so größer als die Aufhebung der vielbefehdeten *Liebesgabe* die Annäherung der bürgerlichen Parteien sicherlich befördern würde.»

Auf die Branntweinliebesgabe, die nach dem Vorbild des Eugen Richterschen *ABC-Buches* auf der Linken seit jeher ganz falsch und einseitig behandelt wurde, und auf die voraussichtlichen Folgen einer etwaigen Aufhebung soll hier später gelegentlich zurückgekommen werden. Daß in Brennerkreisen selber, Ostelbien dabei an der Spitze, seit längerem schon eine Gegenströmung gegen die ganze Steuerdifferenzierung und die damit notwendig verbundenen Produktionsfesseln und Betriebsscherereien sich entfaltet, hätte eigentlich bereits stützig und in der Beurteilung vorsichtig machen müssen. Um so schwerer wird es jetzt für die Linke sein den Regierungsvorschlag nach seiner wirklichen, in der Tat den Konsum und viel weniger die Brenner belastenden Wirkung richtig zu bewerten. Heute sei nur die rein etatspolitische Seite des Regierungsbeschlusses betrachtet. Werden die 36 Millionen Mark, die die Regierung nach ihren Angaben auf diesem Weg jährlich mehr zu gewinnen hofft, zusammen mit den dauernden laufenden Überschüssen, die jetzt mit einmal durch die Finanzreform von 1909 gesichert sein sollen, die neu erwachsenden Ausgaben decken, ohne daß man in die alte Anleihemisere zurückverfällt? Daß gegen einen solchen Optimismus selbst in Regierungskreisen Bedenken stärkster Art bestehen, beweist der Rücktritt des Reichsschatzsekretärs Wermuth. Nimmt man hinzu, daß die neueste scharfe Kursänderung wesentlich auf die Beihilfe, vielleicht sogar direkt auf die Anregung des Freiherrn von Hertling zurückzuführen ist und deshalb im Grunde einen neuen, obwohl mehr indirekten Zentrumstriumph darstellt, so wird der Ausblick auf unsere inneren Zustände erst recht nicht erbaulicher.

×  
**England und Deutschland** Die Beziehungen zwischen England und Deutschland scheinen wieder einmal an einem bedeutungsvollen Einschnitt angelangt zu sein. Von den Erfolgen der Hal-

danesischen Mission hört man wenig, fast beängstigend wenig. Dagegen hat der englische Marineminister Lord Churchill im Unterhaus nochmals in nachdrücklichster Weise die Entschlossenheit Englands hervorgehoben jede Flottenverstärkung Deutschlands mit einer Überbietung durch englische Schiffsbauten zu beantworten. Zugleich kündigte er eine neue Disklokation der englischen Flotte an, mit unverkennbarer Spitze gegen Deutschland. Während bisher von den 4 Geschwadern der englischen Schlachtflotte 2 auf den Heimathäfen basiert waren, das 3. Gibraltar zum Stützpunkt hatte und das 4. sich im Mittelmeer befand, soll jetzt auch die 3. Division, von 6 auf 8 Schlachtschiffe verstärkt, den Heimathäfen zugewiesen werden, während die 4. Division mehr aus dem Mittelmeer heraus von Malta nach Gibraltar vorrückt, also gleichfalls nach der Nordsee näher sich vorschleicht.

Im großen und ganzen wird man einräumen müssen, daß die deutsche öffentliche Meinung, die sich schon längst an den Ernst dieser Lage gewöhnt hat, die wenig erfreulichen Darlegungen Churchills ruhig und besonnen aufgenommen hat. Vielleicht war die Rede vom 18. März auch nur bestimmt hüben wie drüben zum Nachdenken über einen gangbaren Ausgleich der Abwehr- und Verteidigungsinteressen anzuregen. Immerhin wird man in England gut tun die Stärke des tiefgewurzten Mißtrauens nicht zu unterschätzen, das durch die englische Politik der letzten Jahre bis weit in die sonst englandfreundlichsten Kreise Deutschlands hinein erweckt worden ist. Einen der schlagendsten Beweise hierfür bildet die Schrift Paul Nathans *England und wir* (Berlin, *Neues Leben*). Der Verfasser hatte es als Mitherausgeber der Dr. Barthschen *Nation* wohl geradezu als eine seiner ersten publizistischen Aufgaben betrachtet eine engere Fühlungnahme zwischen englischem und deutschem Geistesleben, in erster Linie zwischen englischem und deutschem Liberalismus zu schaffen und zu fördern; Männern wie Bryce, Milner und wohl auch Haldane begegnete man in der angesprochenen Wochenschrift häufiger. Heute gesteht Nathan resigniert ein, daß die Deutschenfeindschaft durch alle friedlichen Argumente und Sympathiebekundungen, zum Teil von »fast taktloser Aufdringlichkeit« nicht zu entwaffnen gewesen sei: »Warum an diesen Wunden kratzen? Verhüllen wir sie, in der Hoffnung, daß sie heilen werden.

Diese Hoffnung hegen in großer Anzahl Engländer und Deutsche (auch ich selbst) und unter ihnen Männer mit den besten Namen. Man versicherte sich gegenseitig, daß nur Intriganten und Narren und ein kleiner Kreis von Chauvinisten die beiden großen Kulturnationen an einander hetzen wollten. Man gab diese ehrlichen und schönen Versicherungen ab bei ernster Zwiesprache und in weit hinaushallenden Toasten, und wir (wohlmeinende Engländer und Deutsche) müssen uns eingestehen, diese Mittel haben nicht den geringsten Erfolg gezeitigt. Im Gegenteil: Jede nachfolgende Krisis nahm an bössartiger Schärfe zu. Wir haben uns hüben und drüben in der Diagnose getäuscht, und wir haben eine unzweckmäßige Behandlung angewandt. Es gibt Chauvinisten; es gibt Intriganten; es gibt Sensationshascher; es gibt unzufriedene Kaufleute, die die Konkurrenten so gleich mit Kanonen zusammenschießen möchten, überall. Mit diesen untergeordneten Gegnern könnte man fertig werden. Aber es gibt außerdem im Vereinigten Königreich eine ernste, überaus energisch arbeitende politische Richtung, die über einen Teil auch der angesehenen einflussreichen Presse verfügt, die die stärkste Unterstützung in dem englischen diplomatischen Dienst findet, und die im Kabinett bei entscheidendem Anlaß wiederholt Verständnis gefunden hat; diese Richtung betrachtet die Existenz eines Deutschen Reiches, wie es ist, als eine Gefahr für England. . . . Diese heutige englische Politik ist keine der plötzlichen Verstimmungen und der frivolen Einfälle. Wir schoben sie irrigerweise auf persönliche Einflüsse (König Eduard), auf chauvinistische Kliquen, die es in jedem Land gibt. Die englische Politik ist vielmehr ganz konsequent gewesen; sie ist wohl prämeditiert, und sie basiert, wie wir erkennen müssen, auf der unglücklichen, alten englischen Tradition von der *balance of power* in Europa. Das heißt: England betrachtet sich als den geborenen Feind jener europäischen Macht, die es jeweilig für die stärkste erachtet, und das Ziel ist jede Macht des europäischen Festlands zu knicken, bevor sie über ein gewisses Maß an Kraft, das England bestimmt, hinausgewachsen ist. Mit dieser politischen Maxime gibt es kein Paktieren, wie es mit jenem Frankreich kein Paktieren gab, das sich der deutschen Einheitsbewegung entgegenstellte. Wir können in Deutschland friedliebend sein; wir sind es seit 40 Jahren, aber wir 65 Millionen

Deutsche können nicht versprechen, daß wir unsere Zukunft nach dem Vorbild einer behäbigen holländischen Idylle gestalten wollen. Und wenn wir es versprächen, niemand glaubte es uns. . . . Über einzelne und über eine Reihe von Fragen kann unter Umständen immer noch eine Verständigung erzielt werden. Eine Verständigung hört auf, wenn ein Staat die Existenz des andern, so wie er ist, als eine Bedrohung der eigenen Sicherheit und der eigenen Lebensbedingungen auffaßt. . . . Die englische auswärtige Politik in der Vergangenheit bis zum Kulminationspunkt im Sommer des Jahres 1911 würde jeder leitenden Idee ermangeln, wenn Sir Edward Grey nicht der Ansicht wäre, daß das Königreich die größten Opfer bringen muß, um Deutschland in Europa nach Möglichkeit zu isolieren und selbst um den Preis eines furchtbaren Krieges in seiner Blüte zu knicken. Daß bei einer derartigen Auffassung der internationalen Lage Verbrüderungsbankette wohlmeinender Engländer und wohlmeinender Deutscher den Wert von Pappschilden gegen Kanonenkugeln hatten, ist nicht überraschend, und für diese Erleuchtung muß die Welt Sir Edward Grey verbunden sein. Diese Klarheit hat uns in Deutschland noch den besondern Nutzen gebracht, daß die öffentliche Meinung von der *Kreuzzeitung* bis tief in die Reihen des *Vorwärts* in immer höhern Grad zu einer gemeinsamen Auffassung der internationalen Verhältnisse gelangt ist. . . .

Trotzdem glaubt Dr. Nathan Anzeichen eines Meinungsumschwungs in England zu erblicken. Deutschland ist durch die englische Politik zwar in Marokko so weit als möglich ausgeschaltet worden, aber Frankreichs militärische Kräfte sind in Nordafrika und, durch die Mißbelligkeiten mit Spanien, auch an der Pyrenäengrenze derart festgelegt, daß dieser Ententegenosse an den deutschen Grenzen eher militärisch schwächer zu werden droht. Um Rußland gegen Deutschland benutzen zu können, verlockte man es geradezu zum Vorstoß gegen Persien; aber hierdurch und durch die chinesischen Wirren, die für den russischen Länderhunger die Mongolei als ersten Bissen versprechen, ist auch das Zarenreich gegen Deutschland eher weniger verwendbar geworden. Italien, unter Protektion Englands und Frankreichs in Tripolis militärisch engagiert, hat verhehlich als Waffe gegen Österreich an Bedeutung verloren, und schließlich bedarf Italien gegen seine beiden neuen Nachbarn in Afrika,

gegen Frankreich und England, bei recht wohl denkbaren Umschlägen der Rücken- deckung in Europa durch Österreich und Deutschland erst recht«. Auf den bisher eingeschlagenen Wegen ist also England nicht nur nicht vorwärts gelangt sondern sogar eher vom Ziel abgerückt. »Die Zeit arbeitet für uns«, und deshalb ist es nicht hoffnungslos mit einer Umstim- mung in England zu rechnen. Diese feinsinnige und unbefangene Analyse der deutsch-englischen Beziehungen sollte vor allem in England nicht unbeachtet bleiben.

× **KurzeChronik** Das preußische Herren- haus nahm am 11. März einen Antrag Puttkamer an, der die Einbringung von Gesetzesvorlagen verlangt, um »Arbeitswillige und Ge- werbetreibende in der Verwertung ihrer Arbeitskraft und in ihrer geschäftlichen Tätigkeit wirksam zu schützen vor Ver- gewaltigung und Bedrückung, sei es, daß diese im Weg unmittelbaren oder mittel- baren Zwangs versucht werden«. × Der Landtag von Schwarzburg-Ru- d'olstadt mit seiner sozialdemokrati- schen Mehrheit (9 Sozialdemokraten un- ter insgesamt 16 Mitgliedern) ist aufge- löst worden, weil die geplante Wahl- rechtsverschlechterung scheiterte. × Die Brüsseler Z u e k e r k o n v e n t i o n wurde mit den durch Rußlands Exportforderun- gen bedingten Abänderungen bis zum 1. September 1918 verlängert.

× **Literatur** Ein enzyklopädisches *Hand- buch der Politik*, heraus- gegeben von Laband, Wach,

Ad. Wagner, Jellinek, Karl Lamprecht, von Liszt, von Schanz und Dr. Berolz- heimer, erscheint seit kurzem in Liefe- rungen /Berlin, Rothschild/. Das wich- tige Werk wird später in dieser Zeit- schrift ausführlich besprochen werden. Heute sei über die Anlage nur so viel bemerkt, daß jede Einzelfrage sachkundigen Spezialisten (Juristen, Nationalökono- men, Historikern, Politikern) zugewiesen ist, und daß vor allem die Parteien und Interessentenverbände durch ihre eigenen Führer zu Wort kommen. So behandelt Dr. Bachem-Köln die Zentrumspar- tei, Basser- mann die Nationalliberalen, Conr. Hauß- mann den Linksliberalismus, Paul Hirsch die Sozialdemokratie, Bernstein den so- zialdemokratischen Revisionismus, Frei- herr von Wangenheim den *Bund der Landwirte*, Knobloch den *Hausabund*. Das Gesamtwerk verspricht in der Tat eine große Lücke in der politischen Lite- ratur auszufüllen.

## Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

**Gray †** Einer der sympathischsten englischen Genossenschaftler ist in dem am 24. Februar verstorbenen J. C. Gray dahingegangen. Gray, der ein Alter von 58 Jahren er- reicht hat, hat davon den größten Teil im Dienst der Genossenschaftsbewegung zugebracht. Als Proletarierkind mußte er sich bereits mit 13 Jahren seinen Le- bensunterhalt selbst erwerben. Sehr jung schon kam er zur Genossenschaftsbewegung, und 29jährig trat er in das Zen- tralbureau des britischen Genossenschafts- verbands ein, wo er unter der Leitung des christlichen Sozialisten Vansittart Neale arbeitete. Nach dessen Rücktritt wurde er 8 Jahre später selbst Generalsekretär des Bundes und behielt diese Stellung bis zu seinem Tod.

J. C. Gray, der auch ein häufiger, gern ge- sehener Gast der deutschen Genossen- schaftstage war, hat sich vor allem durch seine geniale Idee einer National- genossenschaft, die er in seiner Inauguraladresse an den Birminghamer Genossenschaftskongreß /1906/ propa- gierte, einen Namen gemacht. Von die- ser riesigen Nationalgenossenschaft soll- ten die einzelnen lokalen Vereine nur ab- hängige Glieder ohne selbständige Verwal- tung und ohne eigenes Budgetwesen sein. Die für das ganze Land in gleicher Höhe gewährte Dividende sollte den Mitglie- dern nur zur Hälfte in bar ausgezahlt, zur anderen Hälfte aber als übertrag- bares, mit 5% zu verzinsendes Kapital gutgeschrieben werden, was für die Ge- samtbevölkerung eine jährliche Akkumula- tion von 5 Millionen Pfund Sterling be- tragen würde. Gray versprach sich von einer solchen Organisation der Bewegung vor allem eine ungeheure wirtschaftliche Machterweiterung. Seine Idee stieß da- mals auf ziemlich lebhaften Widerspruch. Besonders wurde ihr gegenüber auf die hierdurch bewirkte Unterdrückung der individuellen Initiative hingewiesen, die seither einer der Hauptträger der Bewe- gung gewesen sei. Ob die Entwicklung über alle diese Bedenken hinweg aus innerer Notwendigkeit doch einmal den von Gray vorgezeichneten Weg nehmen wird, kann natürlich erst die Zukunft zeigen.

× **Steuerung** Der neue preußische Steuergesetzentwurf stand am 5. und 6. Februar in preußischen Abgeordnetenhaus zur 1. Le- sung. Er enthält eine Verschärfung der Gesetzesbestimmungen über die Konsum-

vereine. Schon das jetzt geltende Gesetz bringt die Konsumvereine in eine Ausnahmestellung, insofern es sie von der Bestimmung ausnimmt, daß eingetragene Genossenschaften nur dann Einkommensteuer zu zahlen haben, wenn ihr Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht. Die Konsumvereine müssen also auch dann ihren Reinüberschuß versteuern, wenn sie ihre Waren nur an ihre Mitglieder absetzen, obwohl in einem solchen Fall, nach den Ansichten namhafter Steuertheoretiker und Juristen, von einem Einkommen überhaupt keine Rede sein kann. Eine Anzahl von Konsumvereinen suchte sich dieser ungerechten Bestimmung dadurch zu entziehen, daß sie ihren Mitgliedern den (klagbaren) Anspruch auf einen im voraus festgesetzten Rabatt gewährte. Ein solcher Rabatt wird bei den Kaufleuten nicht als Gewinn gerechnet, folglich auch nicht besteuert, und dies geschah bislang auch bei den Konsumvereinen nicht.

Damit war aber den Mittelständlern wieder nicht geholfen, und so ließen sie durch ihren Fürsprecher im Abgeordnetenhaus, Herrn Hammer, einen Antrag stellen, wonach im neuen Einkommensteuergesetz bei den Konsumvereinen auch der feste Rabatt zum steuerpflichtigen Einkommen gerechnet werden sollte. Es liegt jedenfalls eine gewisse Pikanterie darin, daß eben dieser Herr Hammer Vorsitzender im Ausschuß des Hauptverbands gewerblicher Genossenschaften ist und für seine Genossenschaften nicht nur volle Steuerfreiheit sondern auch noch alle möglichen Privilegien verlangt. Nachdem die Gewerbe- und Handelskommission des Abgeordnetenhauses am 15. Mai 1911 dem Antrag Hammer mit allen gegen 6 Stimmen zugestimmt hatte, beilte sich denn auch die Regierung eine entsprechende Bestimmung in ihrem neuen Steuergesetzesentwurf aufzunehmen. Bei der 1. Lesung des Entwurfs im Abgeordnetenhaus sprach sich nur der sozialdemokratische Abgeordnete Hirsch und der freisinnige Abgeordnete Cassel gegen die namenlos ungerechte Bestimmung aus.

Die Gefahr ist also recht akut, und es ist daher begrifflich, daß die Konsumvereine sich nach Kräften gegen das ihnen drohende Unrecht wehren. Recht gutes Material für diesen Kampf bringt die *Konsumgenossenschaftliche Rundschau* in einigen Artikeln von Dr. August Müller und Dr. Th. O. Cassan. Müller befaßt sich zunächst einmal mit dem Nachweis, daß, wenn überhaupt von einer Mittelstandschädigung die Rede sein könne, auch die

gewerblichen Genossenschaften, in noch viel höherem Grad aber die landwirtschaftlichen Genossenschaften eine solche ausüben. Alle diese Genossenschaften sind bemüht durch gemeinschaftlichen Einkauf oder Verkauf überflüssige Zwischenglieder auszuschalten. Dabei betrug die Gesamteinnahme der im Hauptverband gewerblicher Genossenschaften organisierten 300 Vereine im Jahr 1909 43 Millionen Mark. Die auf Preußen entfallenden 138 Genossenschaften erzielten eine Einnahme von 17,2 Millionen Mark. Das sind allerdings noch recht bescheidene Ziffern, die an die der Konsumvereine nicht heranreichen. Weit übertroffen werden die letzteren aber von denen der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Der Reichsverband dieser Genossenschaften verzeichnete für die ihm angeschlossenen Vereine im Jahr 1909 einen gemeinsamen Warenbezug von 404,2 und einen gemeinsamen Absatz von 412,2 Millionen Mark; auf die preußischen Genossenschaften des Verbands entfielen hiervon 264,2 Millionen Bezug und 338,4 Millionen Absatz. Es handelt sich hier also um Zehntausende von kleinen Kolonialwaren-, Getreide-, Vieh-, Geflügel-, Obst-, Wein-, Eierhändlern, Besitzern von Sämerei- und Düngmittelgeschäften usw., die durch diese Tätigkeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften ruiniert werden. Dagegen erhebt sich kein Lamento; Im Gegenteil, man findet es ganz in der Ordnung, daß die Regierung die landwirtschaftlichen Genossenschaften in jeder Weise unterstützt und ihnen ihre Sympathie beweist. Die Konsumgenossenschafter haben dagegen selbstverständlich nicht das geringste einzuwenden, da sie der Meinung sind, daß das Wohl der Millionen von Landwirten und Bauern höher steht als das einiger Zehntausende von Zwischenhändlern. Aber nicht anders verhält es sich auch mit den Konsumvereinen, die das Interesse der großen Masse der Arbeiterschaft der Handvoll Krämer gegenüber vertreten. Dabei steht dem Gesamtumsatz der preußischen landwirtschaftlichen Genossenschaften auf seiten der preußischen Vereine des Zentralverbands deutscher Konsumvereine nur ein solcher von 122,4 Millionen Mark, also wenig mehr als der vierte Teil, gegenüber. Wenn man also schon Mittelstandsschutz treiben will, dann fange man folgerichtig bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften damit an.

Nun wird die Besteuerung der Konsumvereine aber auch noch damit gerech-

fertigt, daß man sagt, sie müsse einen Ersatz für die dem Staat entgangene Einnahme bilden, die andernfalls die Klein Händler als Steuer entrichtet hätten. Dies ist vielleicht ein Gesichtspunkt, dem nicht alle Berechtigung abzusprechen ist. Wie steht es nun mit der seitherigen Steuerleistung der Konsumvereine? Betrachten wir wiederum die preußischen Verhältnisse: Im Jahr 1909 zahlten 880 preußische Konsumvereine 398 800 Mark Einkommensteuer, dagegen 926 andere Genossenschaften nur 262 800 Mark, während 14 800 landwirtschaftliche und gewerbliche Genossenschaften überhaupt steuerfrei blieben. Die dem *Zentralverband* angehörenden preußischen Konsumvereine hatten 1910 an verschiedenen Steuern insgesamt 779 531 Mark abzuführen. Die Konsumvereine sind also verhältnismäßig weit stärker belastet als die anderen Genossenschaften. Aber auch ein Vergleich mit der Steuerleistung der Klein Händler fällt nur zugunsten der Konsumvereine aus. Ein solcher Vergleich muß in der Weise angestellt werden, daß man zu den von Konsumvereinen gezahlten Summen auch die von ihren Angestellten aufgebraachte Steuerleistung hinzurechnet und diese Gesamtsumme den Steuern gegenüberstellt, die im andern Fall von einer entsprechenden Anzahl von Klein Händlern gezahlt werden würden. Der *Zentralverband* hat daher an eine Anzahl Konsumvereine Fragebogen geschickt und sie um detaillierte Mitteilung ihrer Steuerleistung im Jahr 1911 sowie um Angabe des Einkommens ihrer Angestellten gebeten. Bei der Berechnung der von den verdrängten Klein Händlern sonst zu zahlenden Summe wurde ein Normalhändler mit einem Umsatz von 40 000 und einem Nettoeinkommen von 2400 Mark angenommen. Es ergab sich nun, daß 37 preußische Konsumvereine 370 750 Mark Steuern zahlten, wozu 139 748 Mark als für ihre Angestellten errechnete Steuersumme kamen, zusammen also 510 498 Mark. Demgegenüber wurde für die Klein Händler, die im andern Fall den Umsatz des Konsumvereins bewältigt hätten, nur eine Steuersumme von 227 265 Mark errechnet. Der Staat profitiert also durch das Vorhandensein dieser 37 Konsumvereine noch eine Summe von 283 233 Mark. Bei einigen Vereinen betrug allein die von den Angestellten gezahlte Steuersumme mehr oder ebenso viel wie die der Klein Händler. Unter den 37 Vereinen befanden sich aber 24, die den festen Rabatt eingeführt hatten. Diese Vereine zahlten zusammen 217 568 Mark, ihre Angestell-

ten 111 754 Mark, während die entsprechende Zahl von Klein Händlern an ihrer Stelle nur 175 792 Mark gezahlt hätte. Selbst unter dieser Einrichtung hat also der Staat noch Nutzen von den Konsumvereinen.

X

**Österreich:** Die österreichische Regierung hat dem Parlament vor einiger Zeit den Entwurf

eines neuen Genossenschaftsgesetzes zugehen lassen, der im Fall seiner Annahme die ganze Entwicklung der österreichischen Konsumvereinsbewegung, zum mindesten im Rahmen der genossenschaftlichen Form, in Frage stellen würde. Das jetzt bestehende Genossenschaftsrecht stammt aus dem Jahr 1873 und enthält neben manchem Guten auch eine Anzahl recht fühlbarer Mängel. Seine Revision war darum unausbleiblich. Diese Gelegenheit wurde von den Kräthern und ihren politischen Freunden benutzt, um bei der Regierung gegen die Konsumvereine Sturm zu laufen. Von verschiedenen Seiten wurde nicht mehr und nicht weniger als ein glattes Verbot dieser verhaßten Organisationen verlangt. Der veröffentlichte Entwurf weist zwar diese Wünsche als zu weitgehend prinzipiell ab; in Wirklichkeit laufen aber seine Bestimmungen darauf hinaus den Konsumvereinen das Leben so sauer zu machen, daß die meisten es wohl vorziehen werden der ungastlichen Genossenschaftsform zu entfliehen.

Die Schikanen beginnen schon bei der Gründung. So schreibt der Entwurf vor, daß in Orten mit weniger als 20 000 Einwohnern mindestens 50, in größeren Orten mindestens 200 Mitglieder bei der Gründung eines Vereins vorhanden sein müssen. Ferner wird verlangt, daß beim Eintritt sofort der 10. Teil des Geschäftsanteils in bar eingezahlt werde, was natürlich den Beitritt zahlreicher armer Mitglieder verhindern würde. Ist der Verein doch glücklich ins Leben getreten, so darf er keine Zweigniederlassungen gründen, und zwar werden als Zweigniederlassungen nach österreichischer Rechtsauffassung Filialen in anderen als dem Mutterort angesehen. Auch Betriebsstätten, Produktivbetriebe darf der Verein nur an dem Ort haben, wo er seinen Sitz hat, an anderen Orten nur, wenn diese in der Nähe sind. Fast alle jetzt bestehenden Konsumvereine würden durch diese Bestimmungen zu wesentlichen Einschränkungen ihres Geschäftsbetriebs gezwungen werden. Insbesondere wären Bezirkskonsumvereine, auf die die moderne Konsumvereinsbewegung jetzt doch

hinstrebt, unmöglich. Eine Bestimmung, die den Konsumvereinen die Annahme von Spareinlagen verbietet, soll den Zweck erreichen diesen Vereinen die aus ihren Mitgliederkreisen zufließenden Summen abzuschneiden. Endlich verbietet das neue Gesetz auch noch, nach deutschem Muster, den Verkauf an Nichtmitglieder, eine Vorschrift, die, solange sie mit einer gleichen steuerlichen Belastung der Konsumvereine wie der privaten Kaufleute verknüpft ist, eine schwere Ungerechtigkeit darstellt, mag sie auch von den Vereinen in den meisten Fällen zur freiwilligen Praxis erhoben worden sein.

Gegen das Monstrum dieses Gesetzentwurfs nahmen die dem Zentralverband österreichischer Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften am 10. Dezember auf einem außerordentlichen Verbandstag in Wien Stellung. Die von 270 Konsumvereinsvertretern und einer Anzahl ausländischer Gäste besuchte Tagung nahm ein Referat des Verbandsvorsitzenden Dr. Karpeles entgegen, das zum Teil in humoristischer Weise die einzelnen Bestimmungen des neuen Entwurfs und ihre Konsequenzen darlegte. Nach kurzer Debatte wurde die vom Referenten vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen, in der der schärfste Protest gegen den Entwurf erhoben wird, der nicht nur wichtige Forderungen der Konsumvereine unberücksichtigt läßt sondern versucht den Konsumvereinen den gesicherten Rechtsboden zu entziehen, sie der Willkür der Verwaltungsbehörden preiszugeben, ihre Tätigkeit zu lähmen, ihre Entwicklung zu hemmen. Auch ein Zusatzantrag wurde angenommen, nach dem der Verbandsvorstand beauftragt wurde die Frage zu prüfen, in welcher Form die Konsumvereine ihre Tätigkeit im Interesse der Arbeiterklasse ausüben könnten, wenn es ihnen durch die Gesetzgebung unmöglich gemacht werden sollte sich weiterhin dem Genossenschaftsrecht zu unterstellen. Ferner legte der Verbandstag nach einem Referat des Abgeordneten Renner Protest gegen die dem Abgeordnetenhaus vorgelegte Novelle über die Besteuerung der Genossenschaften ein, da die Novelle, trotz ansehnlicher Verbesserungen im einzelnen, die Konsumvereine hinter die anderen Genossenschaften zurücksetzt. Während nämlich insbesondere die agrarischen und kleingewerblichen Genossenschaften durch eine staatliche Kreditgewährung von 6 Millionen Kronen unterstützt werden sollen, ist den Konsumvereinen eine Steuer auferlegt, die sie schlechter stellt als die Kleinhändler.

Hoffen wir, daß es unseren österreichischen Freunden gelingen wird die Angriffe auf die sich so kraftvoll entwickelnde Genossenschaftsbewegung zurückzuschlagen.

×  
England

×  
Das britische Arbeitsamt hat kürzlich die Resultate einer Erhebung über die Entwicklung der britischen Genossenschaftsbewegung von 1899 bis zum Jahr 1909 veröffentlicht. Leider bringt die Arbeit zwar eine ganze Reihe von Details, aber keine wirkliche Übersicht. Sie teilt die im Jahr 1909 vorhandenen 4675 Genossenschaften in 5 Hauptgruppen: 1580 gewerbliche Konsum- und Produktivgenossenschaften, 717 landwirtschaftliche Konsum- und Produktivgenossenschaften, 540 Bank-, Kredit- und Versicherungsgenossenschaften, 1824 Wohn- und Baugenossenschaften und 14 zentrale Produktivgenossenschaften. Bei dem angestellten Vergleich wurden nun die beiden erstgenannten Gruppen zusammengezogen. Die Zahl der zu diesen gehörenden Genossenschaften betrug 1909 2233, die ihrer Mitglieder 2 597 236, was gegenüber dem Jahr 1899 eine Zunahme um 917 221 oder 55 % bedeutet. Diese Genossenschaften verkauften 1909 Waren im Wert von fast 132 Millionen Pfund, 56½ Millionen oder 75 % mehr als im Jahr 1899. An dieser Summe partizipierten 1430 gewerbliche Konsumgenossenschaften, die zum größten Teil in den Händen von Arbeitern sind, mit 70½ Millionen Pfund (25 Millionen mehr als 1899). Auf die beiden Großeinkaufsgesellschaften entfielen 33 (1899 14) Millionen Pfund. Dieser Gesamtumsatz schließt für über 24 Millionen Pfund Waren ein, die aus genossenschaftlichen Werkstätten stammten, und zwar entfielen davon für 21 Millionen auf die Eigenproduktion von beiden Großeinkaufsgesellschaften und von 976 Konsumvereinen und für 3¼ Millionen Pfund auf die der eigentlichen Produktivgenossenschaften. Unter letzteren befanden sich aber noch Waren im Wert von 1,1 Millionen Pfund, die von unter der Leitung der Konsumenten stehenden Kornmühlengenossenschaften, und solche im Wert von 830 000 Pfund, die von anderen Konsumentenproduktivgenossenschaften hergestellt wurden, so daß für den Absatz der eigentlichen Produktivgenossenschaften an die Konsumvereine nur 1,35 Millionen Pfund übrig bleiben. Nimmt man den Umsatz der Konsumgenossenschaften zum Einkaufswert, so ergibt sich, daß etwa 45 % dieses Umsatzes aus genossenschaft-

lichen Werkstätten stammen, und rechnet man hierzu die von landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften bezogenen Waren, so kommt man auf eine Summe von 50 %, also der Hälfte des Gesamtumsatzes der Konsumvereine.

Außerordentlich entwickelt hat sich die landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung in dem angegebenen Zeitraum. Den 58 im Jahr 1899 existierenden Genossenschaften dieser Art standen 1909 bereits 717 gegenüber, die sich in 336 Ein- und Verkaufsgenossenschaften, 317 Produktiv- und 64 *Small Holdings*-Genossenschaften teilten. Der Umsatz der landwirtschaftlichen Genossenschaften hat sich von 354 379 Pfund im Jahr 1899 auf 3,6 Millionen Pfund (ohne die *Small Holdings*) im Jahr 1909 vermehrt.

Die Zahl der Kreditgenossenschaften hat sich von 55 in 1899 auf 241 in 1909, ihr, größtenteils im Verkehr mit landwirtschaftlichen Vereinen erzielter Umsatz von 30 710 auf 102 838 Pfund erhöht. Daneben hatte die Bankabteilung der englischen *Co-operative Wholesale Society* im letztgenannten Jahr einen Umsatz von 64 Millionen Pfund gegen 35½ Millionen Pfund in 1899.

Der jüngste Zweig der englischen Genossenschaftsbewegung ist die kollektive Lebensversicherung, die im Jahr 1904 von einer großen Versicherungsgesellschaft eingeführt wurde. Den einzelnen Konsumvereinen ist hier Gelegenheit geboten das Leben ihrer sämtlichen Mitglieder durch Zahlung einer Kollektivprämie zu versichern, die sich nach dem Gesamtumsatz des Vereins richtet. Die von der Gesellschaft im einzelnen Fall gezahlte Versicherungssumme entspricht der Umsatzhöhe des betreffenden Mitglieds. Ende 1910 hatten 277 Konsumvereine ihre 441 980 Mitglieder auf diese Weise versichert.

**Frankreich** Nach den Veröffentlichungen des Arbeitsamts bestanden am 1. Januar 1911 in Frankreich 2811 Konsumvereine gegen 2636 im Jahr zuvor. 2736 dieser Vereine zählten zusammen 799 191 Mitglieder, während die für 2594 Vereine ermittelte Umsatzziffer 210 015 600 Mark betrug. Bekanntlich sind die französischen Konsumvereine außerordentlich spezialisiert. 1077 (im Vorjahr 991) hatten als einzigen Zweck den Bäckereibetrieb. Von ihnen erzielten 971 mit 226 133 Mitgliedern einen Umsatz von 38 618 000 Mark. 115 (104) Genossenschaftsbrauereien mit 54 117 Mitgliedern setzten für 15 146 000

Mark, 39 (39) Schlächtereigenossenschaften mit 10 200 Mitgliedern für 2 250 000 Mark, 50 (49) Weineinkaufsgenossenschaften mit 11 708 Mitgliedern für 2 300 000 Mark und 15 Genossenschaftsrestaurants unter 20 bestehenden mit 5512 Mitgliedern für 816 000 Mark Ware ab. Die Zahl der Produktivgenossenschaften betrug am 1. Januar 1911 498, gegen 510 zu Beginn 1910. 31 Neugründungen standen 58 Auflösungen gegenüber. Von 485 Genossenschaften ist die Mitgliederzahl bekannt: sie betrug 19 520. Der Umsatz von 467 Genossenschaften stellte sich auf 50 764 000 Mark, also rund ½ Million Mark weniger als im Jahr vorher. An der Spitze der französischen Produktivgenossenschaften stehen die Genossenschaften zur Ausführung von öffentlichen Arbeiten und Bauten, deren Umsatz sogar eine Steigerung von 11,52 auf 11,72 Millionen Mark, sodann die Genossenschaften der Metallindustrie, deren Umsatz von 10,4 auf 11,3 Millionen und diejenigen der Buch- und Papierindustrie, deren Umsatz von 4,4 auf 4,8 Millionen Mark stieg. 350 Genossenschaften hatten unter ihren Beschäftigten 7326 Nichtmitglieder.

**Rußland** Über die Entstehung und den gegenwärtigen Stand der russischen Arbeiterkonsumvereinsbewegung macht S. Semkowski im österreichischen Organ *Der Konsumverein* interessante Angaben. Die russischen Arbeiterkonsumvereine datieren in der Hauptsache aus der Revolutionszeit. Die vor dieser Periode in den sechziger und siebziger Jahren gegründeten Genossenschaften waren meist abhängige Fabrik- und Eisenbahnkonsumvereine, die von den Unternehmern mehr als ein Mittel zur Unterjochung und Ausbeutung der Arbeiter betrachtet und in diesem Sinn auch von der Regierung unterstützt wurden. Erst die revolutionäre Bewegung und im Anschluß daran die große Teuerung im Winter 1906-1907 gaben den Arbeitern den Anstoß zur Gründung richtiger Arbeiterkonsumgenossenschaften. Leider sollte diesen ersten Gründungen keine lange Blüte beschieden sein. Schon 1908 setzte der Rückgang ein, der sich allmählich in eine chronische Krise verwandelte, die bis zum heutigen Tag noch nicht ganz überwunden ist. Schuld daran trug einerseits die mangelnde wirtschaftliche und organisatorische Reife und Schulung der Mitglieder, andererseits die systematischen Verfolgungen der russischen Regierung.

Mit einer nur bei dieser Regierung verständlichen Willkür wurden die Arbeiterkonsumvereine schikaniert, drangsaliert und aufgelöst. Dieses Schicksal widerfuhr auch der bedeutendsten russischen Konsumgenossenschaft, der *Trudovoj Ssojus* in Petersburg, die binnen kurzem 10000 Mitglieder gewonnen, 20 Läden und eine Bäckerei eröffnet und im ersten Jahr einen Umsatz von über 1 Million Mark erzielt hatte: eine Entwicklung, wie sie kaum einem andern Konsumverein je beschieden gewesen ist. Sie wurde Ende 1909 vom Minister des Innern ohne Angabe irgend eines Grundes einfach gesperrt. Und wie ihr ging es noch einer Reihe anderer blühender Vereine. Zum Teil zeichnen sich die Entscheidungen auch durch eine gewisse Komik aus, so beispielsweise die Vorschrift, daß die betreffende Genossenschaft nur einen Laden, aber kein Aushängeschild und keinen Aufsichtsrat besitzen dürfe und anderes mehr.

Unter den inneren Gründen, die zum Mißlingen führten, ist insbesondere die außerordentlich stark eingerissene Unsitte des Kreditgebens zu nennen. Nach einer im Jahr 1909 aufgenommenen Statistik des Moskauer Konsumvereinsverbands wurden von den diesem Verband angehörenden Genossenschaften nur 47 % ihrer Waren gegen bar, 53 % dagegen auf Kredit verkauft. Heute ist die Bewegung im Begriff sich zu festigen. Es bestehen gegenwärtig in Rußland ungefähr 50 Arbeiterkonsumvereine, von denen allein 10 in Moskau und 4 in Petersburg ihren Sitz haben. 19 dieser Genossenschaften sind dem *Verband der Konsumvereine* in Moskau angegliedert. Sie hatten 1909 bei 7112 Mitgliedern einen Umsatz von 957 000 und einen Reingewinn von 14 000 Rubel. Ein Schluß auf den Gesamtumfang der russischen Arbeiterkonsumvereinsbewegung läßt sich aus diesen Ziffern natürlich nicht ziehen.

Übrigens bilden diese Vereine heute erst einen verschwindend geringen Teil der gesamten russischen Konsumgenossenschaftsbewegung. Nach einer jüngeren Statistik gibt es gegenwärtig in Rußland zirka 5000 Konsumvereine, von denen 829 auf Polen entfallen. Die Zahl der Mitglieder wird auf annähernd 1 Million geschätzt, von denen 90 % auf dem Land wohnen.

× **Kurze Chronik** ×  
Der genaue Umsatz der deutschen Großeinkaufsgesellschaft im Jahr 1911 betrug 109 605 469 Mark gegen 88 669 649

Mark im Jahr 1910, also ein Mehr von 20 935 820 Mark oder 23 %. × Der *Verband westdeutscher Konsumvereine* gibt seit Beginn dieses Jahres ein neues Organ unter dem Titel *Konsumgenossenschaftliche Praxis* heraus, das vorläufig 2mal monatlich erscheinen soll. Als Aufgabe des Blattes wird die Schulung der leitenden Personen sowie eine allgemeine Klärung der Stellung der Konsumvereinsbewegung im gesamten Volks- und Wirtschaftsleben bezeichnet. × Im Halleschen Seminar für Genossenschaftswesen wurde vom 4. bis zum 7. März ein Ferienkursus abgehalten, an dem jedermann gegen Lösung einer Mitgliedskarte von 5 Mark oder gegen Zahlung von 50 Pfennig für die einzelnen Vorlesungen teilnehmen konnte. Dozenten waren Dr. Rabe, Dr. Hein, Dr. Loening, Dr. Gehrig, Professor Brodnitz, Dr. Wolff und Dr. Felber. × Der oldenburgische Landtag hat die im Jahr 1906 beschlossene Unterstellung der Genossenschaften aller Richtungen unter die Einkommensteuer aus Rücksicht auf die landwirtschaftlichen Genossenschaften wieder aufgehoben. × Der *Verband der Markenartikel-Fabrikanten*, der seinerzeit den bekannten unruhlichen Kampf gegen die vereinigten Konsumvereine führte, hat sich jetzt in einen ähnlichen Konflikt mit der Einkaufszentrale der Kleinhändler begeben. Er verlangt von der Zentrale die Aufgabe der von ihr geführten eigenen Marken und droht im Fall der Weigerung mit der Sperre. × Zum 1. Juli ist die Verschmelzung der 6 in Dresden und Umgebung (Potschappel, Striesen, Löbtau, Niedersedlitz und Pieschen) bestehenden Konsumvereine geplant. Der *Dresdener Verein Vorwärts* zählt gegenwärtig etwa 35 000 Mitglieder und wird nach Aufnahme der anderen Vereine mit über 100 000 Mitgliedern die größte deutsche Konsumgenossenschaft bilden. × Die englische Großeinkaufsgesellschaft setzte im verflossenen Jahr den enormen Betrag von 557 620 000 Mark um, was gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung um 26 260 000 Mark entspricht. × Die berühmte *Unione Cooperative* in Mailand beging kürzlich das Fest ihres 25jährigen Bestehens. Die Genossenschaft begann ihre Geschäftstätigkeit mit der Eröffnung eines kleinen Krawattenladens; heute ist sie eine der bedeutendsten und vor allem vielseitigsten Konsumgenossenschaften, die überhaupt existieren. × Im Jahr 1911 wurden in Belgien 201 sozialistische Konsumvereine mit 157 478 Mitgliedern

und 45 Millionen Francs Umsatz gezählt. X Die holländische Großeinkaufsgesellschaft hat in Harlem eine eigene Fleischwarenfabrik eröffnet. X Nach einer Statistik der italienischen Regierung über das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in Italien bestanden im Jahr 1910 1763 Kreditgenossenschaften, 660 Bezugs-, 138 Molkerei-, 116 Winzergenossenschaften und 12 Genossenschaften für Seidenbau und Bienenzucht. 653 Genossenschaften waren Ende 1910 dem 1892 gegründeten landwirtschaftlichen Genossenschaftsbund in Piacenza angeschlossen.

X  
Literatur In seiner in den *Basler Volkswirtschaftlichen Arbeiten* (Stuttgart, Kohlhammer/ herausgegebenen Schrift *Kapital- und Verwaltungsbeteiligung der Arbeiter in den britischen Produktivgenossenschaften* bringt Dr. Johannes Huber

einen wertvollen Beitrag zu dieser im Mutterland der Genossenschaftsbewegung seit jeher viel umstrittenen Frage. Heute sind freilich die Zeiten vorbei, da man das Problem vom Standpunkt der abstrakten Moral aus behandelte, die noch einen Holyoake, einen Vansittart Neale Genossenschaften (ob es nun eigentliche Produktiv- oder selbstproduzierende Konsumgenossenschaften waren), die ihre Arbeiter nicht am Gewinn beteiligen, gar nicht für rechte Genossenschaften ansehen ließ. Man fragt heute vielmehr nach den praktischen Ergebnissen. Sind Betriebe, die ihre Arbeiter an der Verwaltung und am Gewinn beteiligen, leistungsfähiger und widerstandsfähiger? Fahren alle Teile, also auch die Arbeiter, bei einem solchen System besser? Die Antworten darauf sind sehr verschieden, so daß es tatsächlich nicht leicht ist sich auf dem Kontinent ein richtiges Bild von den Wirkungen des Systems zu machen. Die einen sind davon entzückt und predigen seine allgemeine Anwendung auch auf Privatbetriebe. Die anderen weisen nach, daß Arbeiter in Betrieben mit *Labour-Copartnership* samt ihrem Gewinnanteil im Durchschnitt weniger verdienen als solche in Betrieben mit bloßem Lohnsystem. Zu den Leuten der ersten Art gehört der Verfasser der Schrift. Er begründet seine Ansicht vor allem mit Ergebnissen einer von ihm im März 1910 bei Unternehmungen mit Gewinnbeteiligung veranstalteten Enquete, bei der er über alle zur Beurteilung der Frage in Betracht kommenden Punkte Auskunft verlangte. Von den 112 Genossenschaften mit Ge-

winnbeteiligung haben 50 die Enquete beantwortet. Sie haben sich fast durchgehend über die gemachten Erfahrungen im günstigsten Sinn ausgesprochen. Sie bestätigen, daß die Arbeiter mit dem Material und den Maschinen sorgfältiger umgehen, daß im allgemeinen weniger Arbeiterwechsel stattfindet, daß Ausstände nie oder fast nie vorkommen. Lohn- und Arbeitsbedingungen sind meist besser als in Privatbetrieben. Der Verfasser schickt allerdings selbst seinen Darlegungen die Bemerkung voran, daß bei der Würdigung der eingegangenen Antworten zu berücksichtigen sei, 1. daß jedermann von seinem Geschäft nicht gern Ungünstiges aussagt, 2. daß sich die Aussage des Geschäftsführers nicht immer mit der Meinung und Stimmung der übrigen Mitglieder und Arbeiter deckt, und daß 3. vielleicht auch die damals noch bestehende Krise die allgemeine Stimmung zugunsten der Betriebe mit Gewinnanteil beeinflußt haben möge. Aber auch die rechnungsmäßigen Vergleiche, die er zwischen der Leistungsfähigkeit der Produktivabteilungen der englischen und schottischen Großeinkaufsgesellschaften anstellt, von denen nur die letztere den Gewinnanteil eingeführt hat, scheinen durchaus zugunsten des Systems zu sprechen. Der Verfasser bemerkt, daß in letzter Zeit auch in den Kreisen der privaten Arbeitgeber, sofern sie nur einigermaßen sozial gesinnt sind, die Neigung wächst ihre Arbeiter am Geschäftsgewinn zu beteiligen. Das dürfte indessen immer nur eine Ausnahme sein und auch bleiben. Unter den Genossenschaften selbst scheint die Gewinnbeteiligung in einer, wenn auch sehr langsamen, Zunahme begriffen zu sein. Seit 1893 haben sich die Betriebe, die sie eingeführt hatten, von 77 bis auf 112 im Jahr 1909 vermehrt; das investierte Kapital von 12 Millionen auf 40 Millionen Mark, der Umsatz von 22 Millionen auf 89 Millionen Mark und die Gewinne von 1,3 auf 3,7 Millionen Mark erhöht.

### Frauenbewegung / Wally Zepler

**Freudenberg** † Am 11. Januar 1912 starb in München eine hervorragende Vorkämpferin der Frauenbewegung, Ika Freudenberg. Wie viele der älteren Frauenrechtlerinnen kam sie als vollreifer Mensch, nach Jahren eigener innerer Bildung zur Bewegung. Ursprünglich Musiklehrerin in Wiesbaden, trieb sie lange Zeit aus innerstem Erkenntnisdrang philosophische, ästhe-

tische und literarische Studien und wandte sich erst nach ihrer Übersiedlung nach München 1894 politisch sozialen und propagandistischen Bestrebungen zu. Sie wurde die Gründerin des Münchener Vereins für Fraueninteressen und später eines über ganz Bayern verzweigten Netzes ähnlicher Vereine. Unter ihrer Führung erwuchs die bayrische Frauenbewegung aus winzigen Anfängen zu einer starken Organisation, die jetzt 70 Vereine mit zirka 20 000 Mitgliedern umfaßt. Ika Freudenberg verfocht ihre Ideen sowohl als begabte Rednerin wie als Schriftstellerin in zahlreichen Aufsätzen. Im Zusammenhang hat sie ihre Anschauungen noch in der letzten Lebenszeit in einem Buch niedergelegt, über das weiter unten in der Literaturübersicht dieser Rundschau berichtet wird. Nach allem, was Ika Freudenbergs Freunde über sie mitteilen, hat die Frauenbewegung in ihr eine vielseitige, feine und starke Persönlichkeit verloren. Ihre literarischen Beiträge zu Frauenproblemen bestätigen dieses Urteil.

Wie jetzt bei so vielen öffentlich oder beruflich tätigen tüchtigen Frauen muß man wieder der unendlichen Fülle wirklich mißbrauchter Frauenkraft gedenken, die durch Jahrhunderte in zwecklos schmerzlichen Träumen vergeudet wurde, weil nirgends sich ein Feld für diese Kraft erschloß.

Das Ereignis dieses Monats bildete die Ausstellung *Die Frau in Haus und Beruf* in Berlin. Nach der in der Einleitung des Katalogs von den Veranstaltern gegebenen Erklärung sollte sie »die Leistungen der deutschen Frauen unserer Zeit in zusammenfassender Form veranschaulichen und zur Darstellung bringen. Was die Frau in Kunstgewerbe, Literatur und Wissenschaft, in der Kunst sowohl gestaltend wie reproduzierend schafft, was sie auf dem Gebiet des Erziehungswesens, der Sozialpolitik, als Beamtin, als Handwerkerin leistet, soll in Beispielen veranschaulicht werden. Nicht minder, wie sie aus ihren weiblichen Bedürfnissen heraus die Industrie, deren größter Konsument sie ist, zu bereichern und zu befruchten weiß, wie fast auf allen Gebieten bewußte Frauenarbeit eigene, neue Werte zu prägen sucht.«

Für eine Wirkung nach außen, auf Kreise, die der Frauenbewegung fern stehen und das rapide Eindringen der Frauenarbeit in sämtliche Zweige des wirtschaftlichen und geistigen Lebens

auch literarisch nicht verfolgen, ist diese Ausstellung ein vorzügliches Agitationsmittel, eine Art von Tatsachendemonstration. Zunächst muß schon die äußerst tüchtige organisatorische Arbeit im Arrangement imponieren. Immerhin war es für Frauen, die rein organisatorische Tätigkeiten größern Stils bisher wenig ausübten, keine ganz leichte Aufgabe die Arbeit auf den heterogensten Lebensgebieten in einer anschaulichen Gesamtübersicht dieser Art zu verknüpfen. Tatsächlich existiert kaum ein weibliches Tätigkeitsfeld, das hier nicht in irgend einer Form, in Einzelbeispielen, bildlichen Übersichten oder, soweit sich dies nicht ermöglichen ließ, mindestens in statistisch-graphischen Darstellungen herangezogen wäre. Deshalb ist es auch kaum denkbar aus der großen Fülle einzelnes herauszuheben. Hervorragend interessant sind natürlich für die Freunde des geistigen Fortschritts unter den Frauen die Zusammenstellungen, die sich auf die wachsende Ausbreitung des Studiums und der wissenschaftlichen und künstlerischen Berufe beziehen; graphische Übersichtskarten über die örtliche Verbreitung der praktizierenden Ärztinnen und Zahnärztinnen, Angaben über die weibliche Journalistik, das weibliche Unterrichtswesen in seinen mannigfachen Formen, über die gesamte soziale Hilfstätigkeit einschließlich der Krankenpflege; ferner Darstellungen von Wohlfahrtsanstalten, Erholungsstätten, Jugendheimen, Bildungsinstituten, Volksküchen usw.

Von großem sachlichen Interesse ist die Übersicht über die gewerblichen Berufszweige, in denen Qualitäts-, das heißt hochwertige, den guten männlichen Fachleistungen gleichstehende Arbeit von den Frauen geliefert wird. Außer der Betätigung auf den künstlerischen und kunstgewerblichen Gebieten (über die hier in den Rubriken *Bildende Kunst* und *Kunstgewerbe*, pag. 389 ff. und 369 ff., referiert wird) handelt es sich dabei hauptsächlich um das Handwerk und gelernte Arbeiterberufe. Die Ausstellung bringt Proben weiblicher Arbeiten oder Angaben über weibliche Leistungen aus der Buchbinderei, der Photographie, der Juwelier- und Goldschmiedekunst, der Uhrmacherei und Holzschnitzerei, aus dem Optiker-, Töpfer-, Schmiede- und Schuhmachergerwerbe und der Maurerei. Ebenso gibt es bereits einige Tischlerinnen, Bäckerinnen und Herrenschneidermeisterinnen. Mit Ausnahme der schon zahlreich von Frauen betriebenen (künstlerischen wie

wissenschaftlichen) Photographie und der Buchbinderei arbeiten Frauen in allen jenen Fächern bis jetzt noch vereinzelt; die Leistungen im Vergleich zur durchschnittlichen männlichen Fachleistung zu beurteilen ist zudem für den Laien unmöglich und würde bei der geringen Zahl der gegenwärtig in allen diesen Zweigen Beschäftigten auch notwendig zu unsicheren Resultaten führen. Wichtig ist vorläufig nur die Tatsache selbst, die unter andern in der Ausstellung demonstriert wird: daß es fast kein einziges Gebiet mehr gibt, das sich weibliche Arbeit nicht bereits erobert hätte. Die Möglichkeit ungefähr gleicher Durchschnittsleistung in sämtlichen Lebenszweigen ist damit konstatiert. Die kulturell und psychologisch gewiß erhebliche Frage nach der Wahrscheinlichkeit weiblicher Originalitätsleistungen, also das berühmte Problem der weiblichen Produktivität, erfährt freilich auch auf dieser Ausstellung keine neue Beleuchtung. Irgendwelche Werte, die nicht auch von Männern geschaffen werden könnten, weil sie etwa ganz spezifisch weibliche Qualitäten zur Voraussetzung hätten, sind nirgends zu finden. Soweit solche Werte existieren, liegen sie höchstens auf innerpsychologischem Feld, wie in der Art der Ausübung der Berufe, sind also durch dingliche Demonstrationen nicht feststellbar. Der von männlicher Seite häufig gegen die Ausstellung vorgebrachte Einwand: man wüßte ja, daß die Frauen jede männliche Leistung imitieren können, diese bloße Reproduktion sei aber wertlos für die menschliche Kultur, trifft sehr wenig den wirklichen Zweck und Wert dieser Veranstaltung. Gegenüber dem absoluten Zweifel an weiblichen Fähigkeiten, wie er noch vor einem Jahrzehnt in der Welt gang und gäbe war, ist hier eine historisch interessante Übersicht über die Beteiligung des weiblichen Geschlechts am Außenleben geschaffen, die viele überraschen wird und in dem Denkenden mancherlei Überlegungen über zukünftige Werdemöglichkeiten auslöst. Die Veranstalterinnen der Ausstellung haben leider ihr verdienstliches Unternehmen zum Teil dadurch entwertet, daß sie offenkundig bestrebt waren die Besucher über die elenden Bedingungen im Dunkel zu lassen, unter denen die gewerbliche Tätigkeit der Frauen leider meist noch geübt werden muß. Wirtschaftliche Angaben über Lohn-, Arbeitsverhältnisse usw. sind, wie es scheint, grundsätzlich ausgeschaltet worden; um so sonderbarer berührt es, daß zum Bei-

spiel der *Gewerkverein der Heimarbeiterinnen Deutschlands* einzelne der ausgestellten Heimarbeitsprodukte als zu Tarifpreisen gearbeitet (was für ein Tarif ist denn gemeint?) bezeichnet, während er sonst so wenig wie andere Aussteller Löhne oder Herstellungsbedingungen angibt. Die nett aussehende ältere Weberin, die ein Thüringer Handwebeweberin an einen Handwebstuhl stellt, und ähnliche naive Bilderchen aus dem Arbeiterinnenleben dürften bei den zahlreichen sozial ungeschulten Besucherinnen wohl auch merkwürdige Vorstellungen von dem Dasein der weiblichen Arbeiterschaft wecken. Überhaupt, als Darstellung der Frauenarbeit auch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten darf man das Ganze, wie gesagt, nicht betrachten; in diesem Sinn würde so gut wie alles fehlen. Man muß die Ausstellung eben nach ihren eigenen, oben angedeuteten Zwecken beurteilen und wird dann (trotz ihrer vielen Mängel) sich ihrer sicherlich freuen.

**XX** **Allgemeiner Frauenkongreß** Im Anschluß an die Ausstellung hatte der *Bund deutscher Frauenvereine* vom 27. Februar bis zum 3. März einen Frauenkongreß nach Berlin berufen. Bestimmend für die Wahl der behandelten Probleme war die engere Verbindung mit der Ausstellung: Der Kongreß sollte so etwas wie eine geistige Beleuchtung der gesamten Frauentätigkeit in Haus und Beruf sein, also das theoretische Gegenstück zu der praktischen Darlegung der Ausstellung liefern. Das Programm der Tagung war also schon an sich mehr nach demonstrativen als nach sachlichen Gesichtspunkten geordnet, und diesem Programm entsprach der ganze Charakter der Veranstaltung: Sie war und sollte vorwiegend Demonstration, ein Schauspiel für die bürgerliche Welt sein; sie sollte die Augen der Gleichgültigen und Uninteressierten auf die organisatorischen Erfolge und die Ideen der Frauenbewegung lenken und dieser damit neue Anhängerkreise gewinnen. Und, um dies gleich vorauszuschieken, dieser Grundzweck ist durch den Kongreß erreicht, und insofern ist er von allen Freunden der Bewegung anzuerkennen. Eine Woche voller Artikel und Referate über die Frauenbewegung in allen großen Zeitungen, der mächtige Saal mit Tausenden interessiert lauschender Frauen: kurz, der gesamte äußere, gut inszenierte Apparat des Kongresses bildete eine vorzügliche Propaganda. Umgekehrt war damit auch der Geist dieser Frauentä-

gung bestimmt. Den Veranstalterinnen kam es in diesem Fall besonders darauf an alle merkbar zutage tretenden Meinungsdifferenzen zu unterdrücken wie alle extremen Anschauungen fernzuhalten; der einheitlich glatte Stimmungseindruck des Kongresses nach außen hätte sonst wohl leiden können. Damit war den Verhandlungen der Stempel aufgedrückt: Bei einzelnen Punkten trat die Absicht des Vertuschens aller Gegensätze so stark hervor, daß man die offen ablehnende Haltung der Sozialdemokratinnen wie der radikalen bürgerlichen Frauen dem Kongreß gegenüber schließlich begreifen kann. Wie weit freilich die gesamte Stellungnahme der Genossinnen gegenüber der bürgerlichen Bewegung (die bei diesem Anlaß zu besonderen Kundgebungen führte) im allgemeinen berechtigt erscheint, ist wohl einer eingehenden Untersuchung wert; auf diese prinzipielle Frage will ich deshalb hier noch in einem besondern Artikel zurückkommen.

Gleich der Auftakt des Kongresses, die Behandlung des Themas *Hauswirtschaft und Frauenfrage*, ließ die Richtung deutlich genug erkennen. Die Entwicklung des Frauenlebens zur immer ausgedehntern Berufsausübung und die damit notwendig verknüpften Tendenzen zur Auflösung oder vollkommenen Umbildung des Einzelhaushalts und der gegenwärtigen Form der Einzelerziehung kamen so gut wie gar nicht zum Ausdruck. Die erste Rednerin erörterte die Frage von den allerrumschränktesten Gesichtspunkten als Problem der bürgerlichen Wirtschaftsführung, wie sie heute ist. Frau Gnauck-Kühne, der man nach ihren soziologischen Arbeiten einen weitem Blick für gesellschaftliche Möglichkeiten zutrauen sollte, kam mit dem alten Projekt des weiblichen *Dienstjahrs* und mit dem Vorschlag hauswirtschaftliche Examina als Vorbedingung staatlich sanktionierter Ehen einzuführen. Auch von allen Diskussionsrednerinnen zum Thema trat einzig Maria Lischnewska (in diesem Punkt stets die konsequenteste) als scharfe Gegnerin des Einzelhaushalts auf. Marianne Weber sprach über ein Spezialproblem der heutigen Ehe, das nicht ohne weiteres zu entscheiden ist: die materielle Entschädigung der Ehefrau für ihre hauswirtschaftliche Tätigkeit (die, wenn durchführbar, allerdings die Hausarbeit zu einer Berufsarbeit machen könnte).

In einem gewissen Zusammenhang mit den Anschauungen der verschiedenen

Richtungen über die Zukunft der Familie stehen die Ansichten über die Aufgaben der Schulerziehung. Soll die Schule (Volks- und höhere Schule) das Mädchen vorwiegend für ehelich-mütterliche oder für berufliche Pflichten vorbereiten? Hier stellte sich wiederum Maria Lischnewska, erfreulicherweise aber auch Helene Lange, auf die Seite der Berufserziehung: wieder ein Beweis dafür, daß eigene Arbeit auf irgend einem Gebiet der beste Lehrmeister selbständigen Urteils ist. Mag Helene Lange sonst noch so sehr konservativen Ideen zuneigen, auf ihrem persönlichen Tätigkeitsfeld, der Schule, weiß sie, daß Halbheiten wie wissenschaftlich-geistige und gleichzeitig sogenannte *weibliche* Erziehung zu nichts Vernünftigem führen. Sehr richtig ist die Forderung für das Mädchenschulwesen einen weiblichen Dezernenten im Kultusministerium einzustellen, ebenso Professor Harnacks in der Diskussion ausgesprochener Wunsch nach erhöhter Gelegenheit zu humanistischer Vorbereitung für Mädchen. Auch dem Verlangen nach Angliederung der notwendigsten hauswirtschaftlichen Vorbildung an die übrigen Aufgaben der Schule (ohne diese herabzumindern) kann man zustimmen. Über die Notwendigkeit der Einheitschule wurde nicht gesprochen. Es müßte denn sein, daß man den Vortrag der amerikanischen Professorin Florence Keys über Koedukation zugleich als Erklärung für die Einheitsschule deuten wollte. Diese Amerikanerin trat mit Elan für den gemeinsamen Unterricht der Geschlechter ein; das selbe taten fast alle anderen Rednerinnen mit Ausnahme einer Ärztin, deren *biologische* Argumentation allerdings recht zweifelhaft war. Doch war hier die Erörterung des Ganzen viel zu oberflächlich, um an die tieferen pädagogischen Streitfragen des Koedukationssystems wirklich heranzukommen. Zwei volle Tage waren den Berufsfragen gewidmet. Arbeiterinnen-, industrielle und höhere Berufe wurden in bunter Reihe und natürlich ebenfalls äußerster Kürze erörtert; der geistigen wie der wirtschaftlichen Seite der verschiedenen Berufe sollte Rechnung getragen werden. In dem Hineinziehen der Arbeiterinnenprobleme liegt unbedingt der angreifbarste Punkt nicht allein derartiger Kongresse sondern überhaupt der bürgerlichen Frauenbestrebungen. Es ist in der Tat ein herber Widerspruch gegen jede modern-soziale Auffassung, ein dilettantischer Versuch des Eingriffs in die Arbeiterbewegung, die

Lebensfragen der proletarischen Frauenarbeit ohne Mitwirkung der proletarischen Organisationen von oben herab entscheiden zu wollen. Aber auch davon abgesehen, mußte das Verhalten des Kongresses zum Beispiel bei der Besprechung des Krankenpflegerinnenberufs Befremden erregen. Als die bekannte Organisatorin der Krankenschwestern Charlotte Reichel und andere Diskussionsrednerinnen gegenüber den offenbar schönfärbischen Darstellungen der konfessionellen und nichtkonfessionellen Referentinnen zu der Frage auch die schweren Mißstände des Schwesternberufs zur Sprache brachten, riefen sie damit lebhaften Unwillen in der Versammlung hervor. Auf diese Art wird man schwerlich bei ernstlichen Hörern Eindruck wecken.

Wie die sexualethischen Probleme behandelt wurden, ersieht man schon aus dem Namen der Referentinnen (Anna Pappritz, Katharina Scheven, Marianne Weber). Deren mehr konservativ orientierte Grundanschauung ist hinreichend bekannt. Der in zahlreichen Gegenartikeln ausgesprochene Protest der anderen Richtungen, besonders der Vertreterinnen des *Mutterschutzes* (die man gar nicht zur Beteiligung am Kongreß aufgefordert hatte), war daher ganz berechtigt. In diesem Punkt mangelt jener Seite eben doch noch das Verständnis für die notwendigen Zusammenhänge zwischen geistiger und sozialer Befreiung. Oder jene Frauen wollen (aus an sich begreiflichen und auch durchaus nicht unsympathischen Empfindungen heraus) nicht einsehen, daß soziale Freiheit und engster Zwang im Liebesleben im letzten Grund einander ausschließen.

Die *Stimmrechtsfrage*, die zum Schluß erörtert wurde, ließ (wenigstens in versteckten gegenseitigen Spitzen) die bekannten zwei Richtungen; die Anhängerinnen des bloßen Gleichberechtigungsprinzips und die Verfechterinnen der Programmforderung des allgemeinen Wahlrechts, aneinandergeraten. Sehr klar wurde die Frage von keiner der beiden Seiten behandelt. Die einzige interessante Rednerin war bei diesem Punkt Anna Lindemann, die in der Diskussion in treffender Weise die spöttisch-feindselige Stellung kritisierte, die man hier den *Suffragettes* gegenüber einzunehmen pflegt. Gewiß mag, wie Frau Lindemann meinte, diese spezifisch englische Kampfesweise uns hier zuweilen merkwürdig erscheinen; zu wünschen sei aber den deutschen Stimmrechtskämpferinnen die Verve der *Suffragettes*. Man kann Frau

Lindemann darin nur beipflichten, ohne die speziellen Methoden der *Suffragettes* auf den Kontinent übertragen sehen zu wollen.

Einen besondern Stimmungsreiz soll eine Abendversammlung geboten haben, in der Frauen der verschiedenen Religionsbekenntnisse über die Stellung des Weibes in den Religionen und Kirchengemeinden referierten. Gertrud Bäumer wies in der Einleitung darauf hin, daß der Kongreß dieses Thema in sein Programm einbezogen habe, um dem Vorurteil entgegenzutreten, als ob die Frauenbewegung antireligiös sei.

× **Kurze Chronik** Eine der ersten schottischen Ärztinnen, Dr. Sophie

Jesa Blake, ist als Dozentin an der Edinburger Universität gestorben, wo sie vor mehr als 40 Jahren einen erfolglosen harten Kampf um Zulassung zu den Vorlesungen führte. Durch tätliche Angriffe vertrieben damals die Studenten sie und einige Mitkämpferinnen von der Universität. Die Zeiten ändern sich. × Der oldenburgische Landtag hat mit knapper Majorität den Frauen das passive Kommunalwahlrecht bewilligt. Bedingung ist dabei die Vollendung des 24. Lebensjahrs, 3jährige Gemeindeangehörigkeit und für Unverheiratete Zahlung von Gemeindesteuern durch 3 Jahre. × Beide gesetzgebenden Häuser in Norwegen stimmten einem Gesetzentwurf zu, nach dem die Frauen zu allen Staatsämtern mit Ausnahme der Minister- und der diplomatischen und konsularischen Posten zugelassen werden sollen. × In British Honduras ist das kommunale Frauenwahlrecht beschlossen worden. × Eine besoldete Wohnungsinspektoria ist seit Oktober vorigen Jahres nunmehr auch für die Amtshauptmannschaft Auerbach in Sachsen angestellt worden. × Die von Adelheid Popp redigierte Wiener *Arbeiterinnenseitung* feierte Anfang dieses Jahres das Jubiläum ihres 20jährigen Bestehens. Sie hat durch ihre geschickte Propaganda außerordentlich viel für die Aufklärung der österreichischen Arbeiterinnen gewirkt.

× **Literatur** In der Wychgram'schen Sammlung *Die Kulturaufgaben der Frau* / Leipzig,

Amelang/ erschien Ika Freudenberg's letzte Arbeit *Die Frau und die Kultur des öffentlichen Lebens*. Die Verfasserin will, wie sie in der Einleitung

sagt, darin nach den heutigen Erfahrungen die einmal von Simmel gestellte Frage beantworten, »ob die Frauenbewegung der Welt wirklich neue Kulturwerte bringen werde«. Das Buch enthält zwar wenig Neues für den, der die Frauenbewegung im letzten Jahrzehnt verfolgt hat und ihre wachsende Bedeutung im öffentlichen Leben beobachtet. Dennoch ist die Arbeit wertvoll, weil sie eine objektive Würdigung der Strömungen im modernen Frauenleben und ihres Kultureinflusses bietet, wie sie in dieser Art sonst kaum in einem neuern Buch vorhanden ist. Man fühlt heraus, daß hier eine fein empfindende, durchgebildete Persönlichkeit urteilt, eine Frau, die auch frei genug denkt (und das ist gar nicht allzu häufig), um sich in durchgreifende Wandlungen des gesellschaftlichen Lebens hineinversetzen zu können. Besonders wohlthuend berührt, im Gegensatz zu der gegenwärtig stark fühlbaren Neigung zu rückschraubenden Tendenzen, ihre ausgeprägte Parteinahme für die Fortführung des Berufs in der Ehe. Sie ist überzeugt, daß sich die Gesellschaft die Formen schaffen wird, die eine Vereinigung von Mutterschaft, Ehe (in irgend einer Gestalt) und Berufstätigkeit der Frau ermöglichen, wie sie bisher stets für alle neuen Notwendigkeiten neue Formen schuf; jedenfalls aber erscheint es ihr gewiß, daß sich allgemein die Berufsarbeit für die Frauen durchsetzen wird. »Was wir also brauchen, das sind vorbildliche *Berufsfrauen*, die es verstehen eine außerhäusliche Tätigkeit mit der Leitung des Hauswesens zu vereinigen, systematische Köpfe, die einen Weg zu zeigen und eine Tradition zu schaffen imstande sind... Auch sie [die begabten Mädchennaturen] spüren sehr wohl, daß die Berührung mit dem Fremden, Andersartigen Funken aus der Seele schlägt, während das ewige Verharren im Kreis des Gleichartigen verwöhnt und einschläfert. Fast alle diese Begabteren werden uns versichern, daß es sich ganz anders arbeitet, wenn man sich auf einen bestimmten, festumgrenzten Platz gestellt fühlt.« Interessant ist auch, was Ika Freudenberg über die Neigung vieler Mädchen gerade zu exakten Studien und die Beweggründe zu dieser Vorliebe sagt: »Man kann beobachten, daß gerade Frauen von warmem Empfinden die Beschäftigung mit exakten Disziplinen als wohlthuend und innerlich stärkend genießen. Liegt doch etwas Befreiendes in der Möglichkeit sich aus der dunklen und bewegten Region des Fühlens in die

helle und stille zu erheben, in der die reinen Formen wohnen... Man kann unsere jungen Mathematikerinnen ihre Freude über die geistige Reinlichkeit dieses Studiums aussprechen hören. Nachdem allé Frauenbildung so lange in einem Dämmerlicht von Halbwahrheit befangen gewesen ist, wirkt die scharfe Kühle einer reinen Verstandesübung doppelt erfrischend und tagverkündend.« Die Vorstellung, als ob die Mathematik »reine Verstandesübung« sei, zeigt allerdings eine gründliche (übrigens auch bei Männern meistens zu konstatierende) Verkenntung ihres Wesens und damit eine gewisse Enge der Auffassung. Doch ist die Grundtendenz jener Sätze als Reaktion auf eine Empfindungsweise, die nur Halbmenschen schafft, hoch zu werten. Wenn freilich das menschliche Ideal der Zukunft erst in der Synthese liegt. X Das vor kurzem auch deutsch herausgegebene Buch *Die moderne Ehe, und wie man sie ertragen soll* von Maud C. H. Braby /Berlin, Reiß/ hat in England großen literarischen Erfolg gehabt. Das ist natürlich, wenn man an die gänzlich andere Betrachtungsweise der Engländer in den Problemen der Erotik und der persönlichen Ethik denkt. Unseren festländischen Ohren können aber alle diese Betrachtungen über die Eigenschaften guter Ehefrauen und -männer, diese Rat schläge über die beste Art mit einander auszukommen ganz sonderbar klingen. Das Ganze soll wohl ein Plaidoyer für die gegenwärtige Eheform sein. Da allerdings die Meredithsche *Probehe*, gegen die sich die Verfasserin unter anderm wendet, ein utopistischer Vorschlag ist, und die *freie Liebe* wie alle anderen Möglichkeiten des Zusammenlebens der Geschlechter schließlich die selben psychologischen Schwierigkeiten bringt wie die heutige Ehe, so liegt in Maud Brabys englischen Argumentationen gegen beide auch manches Körnchen Wahrheit. Das Problem selbst wird freilich nur gestreift, nicht aufgeheilt. X In einem Privatdruck hat Genosse J. R. MacDonald seinen Freunden ein Erinnerungsbüchlein an seine Gattin geschenkt, die ihm wie der englischen Bewegung so früh entrisen worden ist (*Margaret Ethel MacDonald 1870-1911*). Wie er erzählt, entstand der Gedanke dieser Schrift in der jetzt Toten selbst, als sie im vollen Bewußtsein des nahen Endes mit dem Gatten zusammen noch einmal alles Schöne und Herrliche und alles Schwere des gemeinsam durchlebten Lebens an sich vorüberziehen ließ. Selten habe ich etwas

von gleich erschütternder Kraft gelesen. Es liegt darin weit mehr als ein persönlich tiefer Schmerz und persönliches Gedenken an die unersetzliche Gefährtin. Es steigt etwas aus diesen schlichten, ernstesten, so gar nicht überschwinglichen Worten auf wie das verwirklichte Bild eines Traumes, den wir alle träumen: einer Form der Lebensgemeinschaft, die zwei Menschen unlöslich zusammenbindet, weil nicht nur eine innige Liebesneigung sie vereint sondern ein tiefes, seltenes geistiges Gleichsein: gleiche Ziele und gleicher Daseinsinhalt. Und das nicht in dem Sinn, wie wir es wohl öfter finden: daß der Mann der allein Richtunggebende, die Frau in liebendem Vertrauen die bedingungslos Nehmende ist, sondern so, daß zwei reife, in eigenem Kampf geschulte, aus innerster Wesenheit gleichstrebende Persönlichkeiten auf ihrem Weg zusammenstoßen, um ihn nun bis ans Ende gemeinsam zu gehen. Bei all den tausend Abweichungen des Gefühls und des Geistes, die die Menschen trennen und stets trennen müssen, und die nur größer werden können, je mehr die Frauen auf sich selber gestellt sind, wird der Traum eines Lebens wie das der MacDonalds nicht häufig zur Wirklichkeit werden; um so tiefer ist der Eindruck eines solchen Einzelschicksals, das uns wie die Bestätigung unseres Fühlens scheint. Margaret MacDonalds Wesen, ihre Tatkraft, ihre starke geistige Lebendigkeit, ihr warmes und unauslöschliches soziales Empfinden, ihre persönliche Herzengüte: alles strömt aus den Worten, die ihr Gatte an dem frischen Grab schrieb; nicht weniger edel und sympathisch aber wächst Ramsay MacDonalds eigenes Bild daraus hervor. Hier verläßt uns einmal das Bewußtsein, das uns bei den Männern des öffentlichen Lebens so oft beschleichen will: als seien so selten darunter wirklich volle, empfindende Menschen. Wer so fühlen, mit so wundervoller Zartheit eine andere Natur in allen ihren Seelenkonflikten begreifen kann, muß eben selbst ein Mensch dieser Art sein.

## WISSENSCHAFT

### Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

**Selektion und Wenn Malthus' These, daß die Bevölkerung die Tendenz habe sich in rascherer**

**Proportion als die Unterhaltsmittel zu vermehren, den Apologeten des Bestehenden eine willkommene Handhabe bot die Verantwortung für das Hungerleidertum,**

zu dem im Rahmen der gegebenen Eigentums- und Wirtschaftsordnung die Massen verdammt sind, von der historisch entstandenen und historisch veränderlichen Gesellschaftsformation einem angeblichen Naturgesetz zuzuschreiben: so pflegte man in Zeiten des Manchester-tums das Hungern wenigstens nicht mit der Glorie eines nach prästabilierten Harmonieen die Rassetüchtigkeit wohl-tätig vorwärtstreibenden und steigernden Entwicklungsfaktors zu umkleiden. Indes, nachdem Darwin in seinen bahnbrechenden Forschungen über die Variabilität der Arten, von jener Malthuslehre angeregt, das Mißverhältnis zwischen der (zumal bei niedrigeren Pflanzen- und Tierarten) enorm starken Vermehrungstendenz und dem beschränkt vorhandenen Unterhaltungsspielraum als allgemeine Fundamentalbedingung, die dem Kampf ums Dasein und der durch ihn vermittelten differenzierenden Entwicklung der Organismen zugrunde liege, erklärt hatte, seine Evolutionstheorie wesentlich auf dieser Basis aufgebaut hatte: da wurde die Malthussche Theorie noch übertrumpft, da tauchten Philosophen auf, die in Hunger und Not höchst heilsame Mittel erblickten, deren sich die Weisheit der Natur immerdar bediene und bedienen müsse, um durch scharfe Selektion, durch fortgesetztes Massensterben der minder Angepaßten die zur Vererbung gelangenden Rassenqualitäten zu verbessern. »Es fanden sich«, sagt Rudolf Goldscheid, »die soziologischen Selektionisten ein und gaben schlaue Antwort auf den Notschrei der gequälten Kreaturen. Mit ihnen traten Geister auf, welche eine Art neuen naturwissenschaftlichen Stoizismus lehrten.... Sie heckten Theorien aus, die scheinbar bewiesen, daß alle Not und alles Elend gleichsam nur die Wehen der Höherentwicklung sind. Und auf die bange Frage: Warum sterben so viele vorzeitig unter so entsetzlichen Qualen? gaben sie die nüchterne Antwort: weil nicht genug sterben, weil die Qual zu gering ist, weil die moderne Menschheit ein zu leichtes Dasein hat, weil der zu wenig harte Daseinskampf Entartung begünstigt.« Die Schilderung ist kaum übertrieben. Es gibt wirklich Rassetheoretiker, die von der Warte ihrer nebulösen Abstraktionen stolz herabsehend, der Meinung sind, es gehe der Menschheit in den heutigen Kulturstaaten bereits zu gut. Sie sind in Sorge, daß nicht genug gehungert und gestorben werde. Vor keiner Ab-

surdität, und sei sie die handgreiflichste, schrecken sie zurück, vermöge windiger Analogieen und Spekulationen drehen sie Errungenschaften in Gefahren um. Und diese Art Dogmatik drapiert sich oben-drein mit Vorliebe als rein wissenschaftliche Objektivität, die, sich über die verworrenen Niederungen individueller Wünsche erhebend, alles an den unverkennbar strengen Maßstäben gesicherter Erkenntnis mißt. Als charakteristisch für die Tendenzen dieser Denkart, deren Zusammenhang mit Klasseninteressen den einzelnen Repräsentanten ja durchaus nicht immer zum Bewußtsein kommen muß, verdient ein Aufsatz *Über die Gefährdung unserer nationalen Tüchtigkeit im modernen Staat* eingehendere Beachtung, den Dr. Nordenholz, der frühere Mitherausgeber der *Politisch-Anthropologischen Revue*, in Ostwalds *Annalen der Naturphilosophie* erscheinen ließ, und den die Zeitschrift *Der Monismus* als Beispiel für die »Verwendung entwicklungsgeschichtlicher Tatsachen und monistischen Denkens« mit lobender Empfehlung abgedruckt hat. »Staatssozialismus und Sozialdemokratie«, heißt es da, seien »eine Reaktion gegen die Auswüchse des Kapitalismus«; und der Verfasser läßt sich sogar zu der Konzession herbei, daß »soweit diese Reaktion wirklich die Auswüchse eindämme, soweit sie zu einer gesünderen Gestaltung in der gesellschaftlichen Einkommensbildung sowie zur Anhaltung der rasseschädigenden Wirkung des Elends beitrage, ihnen sicherlich auch eine Tendenz zur Reduktion der Kontraselektion innewohne«. »Aber«, fährt er dann fort, »wir dürfen dabei eins nicht übersehen: Diesen Reaktionsformen selbst sind unverkennbare Momente einverleibt, die wieder neue Formen der Kontraselektion zeitigen. In nicht geringem Umfang läuft nämlich die Sozialreform auf eine wahllose Begünstigung gerade der biologisch und sozial am wenigsten wertvollen Volkselemente heraus. Der Schutz, der heute das Feldgeschrei der Tagespolitik bildet, kommt naturgemäß in erster Reihe den Schwachen zugute. Dabei läßt sich aber oft genug jedes kritische Maß vermissen, ja es wird oft gar nicht einmal die Frage aufgeworfen, wie weit denn die Gesellschaft in der Tat an der Erhaltung und Ausbreitung der geschützten Schichten interessiert ist. Die Sozialreformen können bei mangelnder Kritik höchst antisozial wirken. Die Sache hat aber noch eine andere Kehrseite. Zu jeder sozialen Reform gehö-

ren ungeheure Mittel. Wer steuert die bei? Es liegt vielfach in der Natur der Dinge, daß gerade die wertvolleren Bevölkerungsschichten die sozialen Lasten auf sich nehmen müssen und dadurch in ihren eigenen Entfaltungsmöglichkeiten beeinträchtigt werden.« Dann heißt es weiter: »Auch unsere soziale Steuerpolitik ist mehrfach in ähnliche Bahnen eingelenkt. Die Besteuerung nach Tragfähigkeit wird heute allgemein für das selbstverständlichste Ding von der Welt proklamiert. Für den Staat ist es sicher bequem die Mittel vornehmlich dort zu suchen, wo er sie am reichsten findet. Nicht ganz so einwandfrei liegt die Sache, wenn wir dagegen die Lebensbedingungen der Gesellschaft ins Auge fassen. Eine sich mechanisch an Einkommen und Vermögen proportional anlegende Steuerbelastung ohne Beachtung sozialer Wertigkeitsunterschiede sowie sozialer Leistungen . . . bietet jedenfalls der Sozialkritik Angriffspunkte genug dar.« Auch der soziale Fortschritt als solcher muß sich »kontraselektorische Momente« vorwerfen lassen. Nahrungs- und Existenzspielraum für die führenden europäischen Nationen seien im Lauf des letzten Jahrhunderts enorm erweitert worden. Dies und die fortschreitende Hygiene haben durch Senkung der Sterblichkeitsrate ein gewaltiges Anwachsen der Volkszahl, eine erhebliche Abmilderung der Auslese hervorgebracht. Das sei aber nur zu begrüßen, falls die europäischen Völker der Erleichterung und Verbesserung ihrer Lebensbedingungen wirklich gewachsen wären. »Sie müssen nämlich zeigen, daß sie zur Errichtung von hinreichenden Kautelen gegen die Fortpflanzung solcher Elemente imstande sind, die nicht durch eigene Kraft sondern durch die Milde der Verhältnisse [!] vor Ausmerzung bewahrt werden. . . . Fehlt es dagegen an diesen Kautelen, vermischen sich die durch nichts als den sozialen Fortschritt über Wasser gehaltenen Elemente mit den besseren und drücken so deren Nachkommenschaftsniveau herab, . . . steigt die Belastung des gesellschaftlichen Budgets durch Krankenhäuser, Pflege und Unterstützungsanstalten immer mehr an, sinkt auch unsere Militärtauglichkeit weiter, . . . dann wird die soziale Prognose in der Tat ungünstig, denn dann wird die Basis aller Macht, alles Fortschritts, die Intaktheit der Volkstüchtigkeit brüchig.« Und die bunte Reihe dieser tief sinnigen Warnungen vor weiterem demokratisch-sozialen Fortschritt ändigt dann mit

dem Pronunziamento einer neuen *Ethik*: »Was uns die Rassenpflicht auferlegt, das ist die Härte der Barmherzigkeit. Die wahre Liebe zu unserm Volk, die wahre Humanität zeigt sich nicht in der sentimentalen Verhättselung [!] der gegenwärtigen Generation sondern in der Ehrfurcht vor dem Wohl der kommenden Geschlechter.«

Ein relativer Aufstieg in den Lebensverhältnissen der Massen (Hebung der Reallöhne und verbesserte Hygiene), diese Momente, die sich jedem unbefangenen Urteil zugleich als die Gesundheit der Massen, ihres Nachwuchses und somit der Rasse selbst fördernde Tendenzen darstellen, verkehren sich für ihn in die Gefahr der *Kontraselektion* und entsprechender Rassenverschlechterung. Weil die Mortalitätsziffer im Verhältnis zur Geburtsziffer sinkt, ein größerer Prozentsatz der Geborenen am Leben bleibt und zur Fortpflanzung gelangt, darum soll das physiologisch-soziale Tüchtigkeitsniveau bedroht sein. Als ob eine Besserung der sozialen Verhältnisse, die die Chancen des Überlebens, damit natürlich auch die Lebenschancen der schwächeren Gattungsexemplare, erhöht, nur auf die Mortalitätsverhältnisse und nicht in gleichem Maß auch auf die Gesundheitsverhältnisse einwirken müßte, nicht also unabtrennbar zugleich auch der Lebensfähigkeit und Kraft Gesundgeborener, für den Kampf ums Dasein von vornherein gut ausgerüsteter Exemplare und ihres Nachwuchses zuzugute käme.

Es ist ein großes Verdienst Goldscheids, daß er, mit umfassender naturwissenschaftlicher Ausbildung gewappnet, durch seine systematisch eindringende Kritik der Darwinschen Selektionstheorie und ihrer Anwendung auf die menschlich-gesellschaftliche Entwicklung solchen Analogiespielereien das Handwerk gründlich legt und den detaillierten Nachweis führt, daß eine vorurteilslose naturwissenschaftliche Betrachtung, in vollen Einklang mit dem heutigen sozialen Denken, eine Höherentwicklung der Menschenexemplare und der Menschengattung, statt von verschärfter Selektion, nur von immer zweckmäßigerer Anpassung der sozialen Daseinsbedingungen an die Entwicklungs- und die existenznotwendigen Bedürfnisse der menschlichen Natur, von immer planmäßigerer sozialer Fürsorge und *Menschenökonomie*, dem Gegenstück planlos selektorischer Ausmerzung, erwarten kann. Seiner, in dieser Rundschau (1908, 2. Band, pag. 763 ff.) besprochenen Pro-

grammschrift *Entwicklungswerttheorie, Entwicklungsökonomie, Menschenökonomie* und der zusammenfassenden Skizze *Darwin als Lebelement unserer Kultur* hat er im Vorjahr den, hier in der Rubrik *Philosophie* (1911, 2. Band, pag. 1115) bereits kurz angezeigten 1. Band eines auf 3 Bände berechneten größeren Werkes *Höherentwicklung und Menschenökonomie* / Leipzig, Klinkhardt / folgen lassen. Die Sozialbiologie definiert er als die Wissenschaft, die die »Voraussetzungen der Volksgesundheit und der Volkstüchtigkeit untersucht, und die, um diese zu ermitteln, sich an den Entwicklungsbedingungen des Organischen überhaupt orientieren, den Lebensprozeß als soziales Problem untersuchen muß«. Darwins Deszendenzlehre habe auch in dieser Hinsicht starke Anregungen gegeben, sei aber in wichtigen Punkten überholt. Eine Untersuchung, die feststellen wolle, was die Gesellschaftslehre aus der naturwissenschaftlichen Entwicklungstheorie profitieren kann, müsse sich daher »Rechenschaft geben, sowohl welche Gestalt die Entwicklungstheorie angesichts des gegenwärtigen Standes der Forschung anzunehmen hat als auch wie die Naturkausalität sich in Kulturkausalität kompliziert«. So schließt eine Grundlegung der Sozialbiologie im Sinn Goldscheids zugleich die Aufgabe einer Revision der grundlegenden Positionen Darwins« ein. Der größere Teil des Buches handelt von den Problemen organischer Entwicklung überhaupt; vom Verhältnis von Vitalismus und Mechanismus; von Variabilität; organischen Systemen und ihrer Differenzierung; Selektion; Vererbung. Erst auf der Basis dieser Analyse wendet sich der Verfasser in den beiden Schlußkapiteln den Fragen des spezifisch menschlich-gesellschaftlichen Fortschritts zu. Er stellt hier seine klare Auffassung dem Fatalismus gegenüber, der die Entwicklungsmöglichkeit grundlegend an das Walten einer mörderischen Selektion gebunden wähnt, der, wenn er Widersprüche der Realität zu dem Dogma findet, statt dieses selbst zu korrigieren, sich in unkontrollierbaren pessimistischen Zukunftsprognosen ergibt. Darwin (das ist der Haupteinwand, den Goldscheid gegen den Standpunkt des Altmeisters und der orthodoxen Darwinisten richtet) hat das Verhältnis von Vermehrung und Vernichtung der Organismen falsch gesehen. »Die schrankenlose Vermehrung ist in der Regel und ursprünglich sicherlich nicht die Ur-

sache der starken Vernichtung sondern die mannigfaltigsten Vernichtungsgefahren sind das Gegebene, an das das Organische angepaßt sein muß, soll es nicht zugrunde gehen. Es besteht also in Wirklichkeit vorerst keine Überproduktion des Organischen, sondern nur die in hohen Proportionen sich vermehrenden Arten können sich erhalten. . . . Während für Darwin die Übervölkerung das Primäre ist, das den Kampf ums Dasein und als Folge dieses Kampfes die Selektion und damit weiter die Vervollkommnung erzeugt, ist vielmehr der Kampf ums Dasein das Gegebene, der es zur Übervölkerung nur in Ausnahmefällen, nämlich nur, wenn die Existenzbedingungen zufällig plötzlich andere, wesentlich günstigere werden, kommen läßt; und die mit dem Kampf verbundene Selektion ist, wie sie nur eines unter anderen Momenten der Umwandlung ist, nur ein Glied im Vervollkommnungsprozeß. Bei letzterem ist ihre Wirkung sogar noch viel geringer als bei ersterem. . . . Das wesentliche Entwicklungsmoment ist jederzeit das Verhältnis zwischen äußeren und inneren Faktoren. Von diesen hängt es nämlich ab, auf welche Weise bei einer Art jeweilig die lebenserhaltende Ausgleichung erfolgt. Jede Art hat zwei Formen, in denen sie ihre Erhaltung besorgen kann: Durch gesteigerte Fruchtbarkeit oder durch Vervollkommnung der Individuen.« Es macht das Charakteristikum der fortschreitenden Entwicklung aus, »daß bei komplizierterer Differenziation das Individuum immer mehr Existenzsicherheit hat. Die Art gewinnt bei dieser erhöhten Existenzsicherheit aber nur, wenn die Differenziation trotz abnehmender Fruchtbarkeit, auf deren Kosten sie sich vollzieht, ein Surplus bietet. Um das Kausalverhältnis des Kampfes in seiner Beziehung zur Korrelation zwischen Fruchtbarkeit und Differenziation einerseits wie zur Korrelation der Erhaltung der Art und Art der Erhaltung andererseits hat Darwin sich bei weitem nicht genügend gekümmert. Dieses Manko macht sich naturgemäß bei Anwendung seiner Lehre auf die gesellschaftlichen Verhältnisse der Menschen empfindlich fühlbar. Ist doch bei Menschen die individuelle Existenzsicherheit wie die Art der Erhaltung das allerwesentlichste!»

Diese, die menschlich-gesellschaftliche Entwicklung (so hatte er bereits in seiner Programmschrift das entscheidende Spezifikum prägnant formuliert) ist überhaupt nicht mehr als »unbewußt passive

Anpassung des Subjekts an die Tücken und Launen des Naturlaufs« sondern umgekehrt nur als planmäßige Umgestaltung, als »aktive Anpassung des Objekts an die Erfordernisse des Subjekts« zu verstehen. In dem selben Maß, in dem die Entwicklungsinteressen der Gattung ein mitbestimmendes Moment in der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens werden, muß sich, nicht nur moralisch sondern auch wirtschaftlich, die Wertung des Menschenlebens und der Menschenkraft immer weiter erhöhen, muß die Ökonomie mehr und mehr bewußt in den Dienst der Erhaltung und Entwicklung dieses kostbarsten Guts gestellt werden. Die Menschheit, dem bloßen Natürlichen entwachsend, kann und soll, in Kulturgesellschaften organisiert, die Entwicklung der Menschenkraft als ein Entwicklungsziel erkennen, planmäßig daran arbeiten: Eine Aufgabe, für deren Realisierung die soziale Bewegung und der Kampf der aufstrebenden Massen allmählich die Vorbedingungen schafft. »Nicht nur, weil das Individuum ein Recht auf Existenz, ein Recht auf Gesundheit, ein Recht auf Entfaltung der in ihm liegenden Fähigkeiten hat, ist die Gesellschaft gedrungen sozialpolitische Maßnahmen zu treffen, sondern in erster Linie, weil die Zuerkennung aller dieser Rechte des Individuums zugleich die wissenschaftlich beweisbare, wirtschaftliche und biologische Voraussetzung für die Höherentwicklung der Gesellschaft darstellt, ist sie ethisches Postulat.«

X

**Kurze Chronik** Ein von W. Weyermann und H. Schönitz verfaßtes Büchlein *Grundlegung und Systematik einer wissenschaftlichen Privatwirtschaftslehre in ihrer Pflege an Universitäten und Fachhochschulen* /Karlsruhe, Braun/ macht auf gewisse, relativ wenig beachtete ökonomische Momente aufmerksam, deren nähere Darstellung in mancherlei Hinsicht von Interesse sein könnte. Der Versuch einer systematischen Abgrenzung privatwirtschaftlicher von gesellschaftswirtschaftlicher Betrachtungsweise erscheint hingegen nicht gelungen. Es ist nicht abzusehen, warum zur Behandlung jener Fragen eine neue, von der Nationalökonomie und den Handelswissenschaften abtrennbare Disziplin erheischt sein soll. X Einen neuen Rekord als Marxkritiker erringt Georg Hainisch in seinen *Problemen der Volkswirtschaft* /Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht/. Er entdeckt nämlich, daß »der

Arbeiter nach Marx nicht beliebige Arbeitsprodukte sondern nur Arbeitskraft für den Verkauf, produziert. Nicht während er arbeitet sondern während er Güter verzehrt (ißt, trinkt, schläft) und erhält usw., ist er Warenproduzent, nämlich Produzent der Arbeitskraft.« Die Probe dürfte genügen. X Ein Schriftchen des Professors Issajew *Leo Tolstoj außerhalb der Grenzen dichterischen Schaffens* /Berlin, Prager/ polemisiert gegen die Gedankenwelt des großen Russen vom rationalistisch-utilitaristischen Standpunkt aus, was ja nicht schwer ist. Für die mächtige repräsentative Bedeutung dieser Persönlichkeit, die wie kaum eine andere den Widerspruch von Christentum und moderner Gesellschaft innerlich durchlebt und durchkämpft hat, scheint dem Verfasser das Organ zu fehlen. X Paul Alfred Merbach preist in einer Broschüre *Lester F. Wards philosophisches System der Soziologie* /Hamburg, Hephaestusverlag/ den Weitblick des genannten amerikanischen Gelehrten. Was er von dessen leitenden Ideen reproduziert, erweckt jedoch in seiner Verschwommenheit ein wenig günstiges Vorurteil.

## KUNST

### Bildende Kunst / Lisbeth Stern

**Renoir** Die Renoirausstellung bei Cassirer in Berlin umfaßt Werke von den siebziger Jahren an. Wir haben da Bilder, die das Ineinanderfluten und -weben kindlich reiner Farben zeigen, auf denen die feuchte Luft die Körper zu freiem und losem Spiel auflöst, und wir haben auch Bilder aus den achtziger Jahren, in denen Renoir nur der Süße seines Modells nachzugehen scheint und mit freißigen Pinselstrichen all den weichen Linien folgt. Er hat da den Typus jener weichen Mädchen mit dem etwas dummlischen, süßen Gesicht geprägt, in denen die Liebeskräfte noch ein ein wenig verschlafenes Dasein führen, aber traumhaft hierhin und dahin sich zu regen beginnen. So sehr der Typus dieser jungen Süße auch getroffen ist, und so sehr er Rührung und Liebe abzwängt, so sind doch diese seine Bilder oft ohne wirkliche Freiheit durchgeführt. Es ist überhaupt frappant, wie linkisch oft Renoir wirkt, aber nicht nur er sondern auch mehrfach Werke der Impressionisten jener Jahre. Vieles ist manuell durchaus unfrei und unsicher und nimmt sich, so absurd es

klingen mag, fast aus wie Arbeiten fähiger Kinder. Ob hierfür ihre Naivetät der Grund ist und jenes Glück, daß sie zu schauen vermögen, ohne schon mit ihren Augen die Routine mitzubringen, die alles in das Schema einer fertigen Kunst bringt? Vielleicht vermögen sie alles neu und simpel zu sehen wie eben Kinder es tun, die ihre Unfertigkeit nicht fühlen. In den herrlichsten Dingen stecken für mich so durchaus primitive Dinge, wie die blaugestreiften Füße des Mädchens mit der Katze. Zum Schönsten gehören aber die Blumenstücke Renoirs. Er hat es wirklich verstanden den Duft der Blumen zu geben, das nicht Berührte, das ganz Frische der Blätter, ohne nur im geringsten ihren vollen Lebenssaft zu verflüchtigen. Aus jenen Jahren ist auch ein großes Porträtbild, das seine Frau im fröhlichsten, naivsten Straßenputz, seine drei Kinder und die Bonne (die meist Modell seiner späteren Bilder war) darstellt, alle mit dem selben Typus der runden Profillinie. Die Bilder aus der letzten Zeit, etwa um 1910 herum, sind wesentlich neu und stehen vielleicht auf einer höhern Stufe. Es sind da einige große, sehr schlichte Frauenakte, die die selbe sinnliche Kraft zeigen, aber trotz aller Naivetät doch eine Art Symbolik in sich tragen. Renoirs Sinn ist auf das Weibliche der Körper mit einer Intensität gerichtet, die nicht rechts noch links sehen kann: Die Kontur ist sehr vereinfacht, und die Farbe in ein schweres Himbeerrosa gesteigert. Das Umher spielt gar keine Rolle.

X **Berliner Ausstellungen** Historische Ausstellungen wie jetzt die *friderizianische* haben ihren eigenen Reiz. Sie geben den bestimmten Stil jener Zeit wieder, den an der gegenwärtigen zu sehen uns meist versagt ist. Bei unseren Jahresausstellungen sind Verschiedenheiten des Individuellen im Eindruck so dominierend, daß die Konvention, die unsrer Zeit gewiß doch auch anhaftet, kaum herauszulösen ist, und dann mehr durch Abstraktion als durch lebendigen Eindruck. Hier hat man das einheitliche Bild der Kunst, die sich um Friedrich II. gruppierte, des deutschen Rokoko, das, trotz des etwas preußischen Untergrunds, doch wieder von fabelhaftem Reiz ist. Die Porträts haben durchweg einen ganz gemeinsamen Stil, und so verschiedenartig und absurd auch die Physiognomien sind, so scheinen sie doch alle auf die Wiedergabe des Intellekts eingestellt zu sein. Sie haben

eine gewisse aufrechte Spannung in der Haltung, sehen dem Beschauer meist in die Augen und markieren alle mehr oder weniger den Grandseigneur. Leider ist unter den Bildern von Friedrich II. keines als ein Meisterwerk jener Zeit zu nennen. Genrehafte Auffassungen laufen natürlich auch mit unter, besonders in den Chodowieckischen Radierungen vom alten Fritz und seinen Taten, die alle eine etwas nüchterne, aber sehr reizende Lebendigkeit an sich haben. Unter den Modernen, die an dem Bilde Friedrichs II. weiter gearbeitet haben, bleibt Menzel natürlich unerreicht; seine Art, die leeres Pathos und kleinlich Genrehaftes gleichmäßig ausschließt, scheint für die Wiedergabe patriotischer Historie ganz besonders geeignet.

Vor einiger Zeit war im Salon Cassirer eine Gruppe Corinthischer Bilder ausgestellt, von denen einige, wie die *Versuchung des heiligen Antonius* bereits von früher bekannt waren. Unter den neuen Arbeiten ist am wesentlichsten sein Selbstporträt als heiliger Georg. Sie alle tragen die Wucht und die Kraft Corinthischer Art an sich, ohne daß eines von ihnen einen eigentlichen Höhepunkt seiner Kunst bildete. Seine Stilleben haben bei aller Verve nach meinem Geschmack etwas zu Massiges.

Den hintern Raum des Salons füllen Bilder von Franz von Hatvany: durchweg weibliche Akte, die mit so viel materieller Kraft und Intensität gegeben sind, daß man sich von dieser Nacktheit wie wirklich rings umstellt fühlt. Ihre starke Wirkung mag zum Teil darin liegen, daß auf dem selben Bild der selbe Körper in verschiedenen Stellungen und in verschiedenen Entfernungen gegeben ist, wodurch er sich mit einer gewissen, unausweichlichen Dringlichkeit einprägt. Das Modell, dessen geistige Individualität ganz im Hintergrund bleibt, ist immer das selbe fest gebaute und einfältige Mädchen. Die ganze Kunst Hatvany's scheint um dieses eine Thema der etwas robusten Sinnlichkeit herumzuspinnen, es aber auch in gewissem Sinn zu erschöpfen. So mangelhaft in vielem seine Bilder sein mögen, so ist es doch eine Wohltat, daß die Frau einmal nicht wie irgend ein beliebiges Malmodell angesehen ist sondern als Frau, deren Kontur mit sinnlicher Betonung möglichst scharf geführt ist, und deren Hauttöne nicht durch ein Mosaik von Farben und Strichen zusammengesetzt sind, die eine Distanz zur lebendigen Wirkung verlangen, sondern die

so glatt und weich gemalt ist wie wirkliche Haut.

Einige sehr schöne Plastiken hat dort Fritz Behn ausgestellt.

Im Salon Rabl steht eine Menge Kuchlscher Arbeiten. Sie wirken noch mit dem selben Reiz wie früher mit ihren sonnendurchschienenen Räumen und den lichtgelben Reflexen.

Der Eindruck der juryfreien Ausstellung ist wieder ein vorzüglicher, und in ihren Räumen weht eine junge und frische Luft. Wenn auch die Zahl bedeutsamer Arbeiten, die in den ersten Räumen hängen, vielleicht geringer sein mag als im vorigen Jahr, so kommt doch die Flut all der sinnlos fertigen Bilder, die sich in den letzten Räumen stauen, nicht gegen die gesunden und kräftigen Anläufe auf. Melzer ist sehr viel schlechter vertreten. Rosenkranz' Skizzen sind bei all ihrer Roheit doch voll von kräftigem Leben. Sehr schön sind in ihrer Luftigkeit die Blätter der Emmy Gotzmann, mit ihrem weiten Blick, besonders das Blatt *Der Neubau* mit seinen feuchtschimmernden grauen Wolken. Auch die Sachen der Agnes von Bülow sind lebendig. Collins Porträt hat die junge Art, die mit Leidenschaft etwas partout Neues geben will. Sandkuhls Akt im Laubdämmer hat viel Reiz. Röhrichs Zeichnungen sind breit und frei. Auch jene einzelnen sind vertreten, die in ihren Arbeiten von den Problemen der jetzigen Kunst abseits stehen, die erzählen und in ihren Bildern etwas schwatzen wollen, zur Freude von Kindern und manchen Großen. Sehr gut hierin sind die kleinen Holzschnitte der Susanne Klob-Weichberger. Kleine Kinderbildchen, voll von guter Einfalt und Liebe. Auch haben einige der Lüdkeschen Blätter etwas Humor.

×  
Frauenausstellung

Vor 20 Jahren begegnete man der Malerei der Frauen eigentlich durchgehend mit Spott. Man traf eben meist auf Bildchen, die irgendwelche hübschen Effekte vorwegnehmen wollten wie eine Art Naschwerk, ohne eine strenge Arbeit vorausgehen zu lassen. Der Eindruck, den man jetzt in der Ausstellung *Die Frau in Haus und Beruf* gewinnt, ist ein durchaus anderer, und die Perspektiven, die sich auftun, sind weit und reich. Fast überall spricht ernsthafte und fruchtbare Arbeit, und manches hat schon die ganze reife Rundung einer künstlerischen Schöpfung. Auffallend ist es, daß man

in der Art der Arbeit das Geschlecht in keiner Weise sich dokumentieren sieht. Aber wenn es einen so besondern Weg in der Kunst überhaupt geben sollte (ich habe wenig Vorstellung von ihm), so wäre es durchaus möglich, daß er sich erst allmählich fände. Vorerst handelt es sich bei allen Besseren um kräftige und ernsthafte Arbeit, die mit der der Männer Schritt halten will. Nur einen Teil der Namen, die man gern erwähnen würde, ist möglich zu nennen. Unter den Blumenstücken sind die der Sophie Wolff und der Eugenie Forke vor allem zu nennen, unter den Bildnissen das Familienbild der Hedwig Weiß, das Herrenporträt der Anna Costenoble, von den freieren Kompositionen die der Dora Hitz und der *Franziskus* der Rose Plehn, in der Plastik der Kinderakt von Bauer, der auch einen Preis erhalten hat. Außerdem ist Ströwer, von der das dekorative Bild gegenüber dem Eingang herrührt, mit einem Preis bedacht. In der Graphik und im Holzschnitt hatte ich mir die Beteiligung größer gedacht. Mit Ausnahme der bekannten Blätter der Käthe Kollwitz schien mir nichts besonders bemerkenswert.

× **Kurze Chronik** Der Maler Adolf Hertel ist gestorben. × Pierpont Morgan hat die reichen Kunstsammlungen, die er als Leihgabe an das Viktoria- und Albert-Museum in London gegeben hatte, zurückgezogen und nach Amerika geschafft. × Durch die Schenkung eines ungenannten Kunstfreundes ist Manets berühmtes Bild *Frühstück im Atelier* an die Münchener Neue Pinakothek gefallen. Diese Schenkung hatte noch der verstorbene Leiter der Pinakothek, von Tschudi, veranlaßt. Inzwischen haben einflußreiche Anhänger der ältesten Kunstrichtung durchgesetzt, daß die Schenkungen und Erwerbungen französischer Kunst vorläufig im Keller der Pinakothek ein unruhliches Dasein fristen müssen. × Zwei bedeutende Werke *Louis Corinths*, *Simsons Gefangennahme* und *Totenklage*, sind in Königsberger Privatbesitz übergegangen. × Das Berliner Kupferstichkabinett hat ein bedeutendes Blatt von Hans Baldung Grien aus dem Jahr 1515 erworben, eine Darstellung des Todes, der eine nackte Frau holt, ferner eine oberdeutsche Zeichnung aus dem 15. Jahrhundert sowie eine gefälschte Federzeichnung von Tiepolo. Die Menzelsammlung des

Kupferstichkabinetts erhielt einen willkommenen Zuwachs durch Überweisung von Probedruckten der Holzschnitte aus Kuglers *Geschichte Friedrichs des Großen*. × Im preußischen Etat sind zum erstenmal 40 000 Mark zum Ankauf der Werke ausländischer Künstler für die Nationalgalerie gefordert. Das prinzipielle Zugeständnis, daß die Nationalgalerie Werke fremder Künstler braucht, ist hierbei das wichtigste.

× **Literatur** Von Oskar Münsterbergs *Chinesischer Kunstgeschichte* ist der 2. Band, der die Architektur und die Kleinkunst umfaßt, erschienen /EBlingen, Neff/. Für Chinas Wesen ist das Kunstgewerbe wohl genau so bedeutsam wie seine hohe Kunst. Münsterberg verfolgt hier die selben verschiedenen historischen Einflüsse, die sich in seiner Geschichte der chinesischen Malerei zeigten (siehe diese Rundschau, 1910, 2. Band, pag. 1153 ff.). Schon aus den Kunstformen der frühesten Geschichte muß man auf einen Konnex zwischen Nordeuropa und China schließen, und auch im Verlauf der weiteren Jahrhunderte ziehen sich immer wieder Anregungen von den verschiedenen anschließenden Ländern, besonders Persien und Indien her, und indirekt über Indien auch von den hellenistischen Staaten. Aber alle diese verschiedenen Einflüsse wurden in absolut selbständiger nationaler Art verarbeitet, und die übernommenen Formen bekommen bald das spezifisch Charakteristische eines chinesischen Gewächses. Nur die von den Jesuiten überbrachte Kultur scheint in ihrem Blut wie ein Fremdkörper gegessen zu haben, und keine fruchtbare Verschmelzung kam im wesentlichen zustande. Überhaupt hat die streng geschlossene Tradition, die sowohl die Themen als auch Formen im Grunde festhielt und nur in der Einkleidung leicht Wandlungen zuließ, Weg und Richtung der Kunst sehr konstant gehalten. Auf dieser Tradition haben die Sinne sich zu einer Kultur entwickeln können, von der wir wohl keine Ahnung haben, und Ausföhrung und Inhalt eines Kunstwerks sind so sehr identisch, daß schon die Zweifelt der Benennung angesichts der chinesischen Kunst wie ein Barbarismus wirkt. Es ist sehr erstaunlich, daß die chinesische Kunst trotz dieser strengen Tradition und der konservativen Abwehr neuer Form sich so lebenskräftig durch die lange Reihe von Jahrhunderten hat halten können. Einer der Gründe

mag wohl der sein, daß sowohl Formen als Farben neben ihrer Sinnessprache eine Symbolsprache führten, und daß damit das schnell Erschöpfte eines bloß sensuellen Eindrucks ausgeschossen war. Zum Beispiel war die Farbenskala bei den verschiedenen Etagen der Pagode durch mythologische Vorstellungen festgelegt und ebenso auch die Farben für die Staats- und zum Teil auch für die Zivilbauten. Münsterberg hat sicher recht darin, daß die Architektur als monumentale Kunst in China keine wesentliche Rolle spielt, und daß kaum eine Entwicklung in ihr zu verzeichnen ist, und doch muß sie, auch gerade durch ihre Symbolik, von ganz unendlich lebendiger Kraft gewesen sein. Münsterberg erzählt zum Beispiel von einer Pagode (die übrigens jetzt Ruine ist), deren 7 Etagen in den Farben der verschiedenen Welten aus farbigen Kacheln gebaut und oben von einer goldenen Kuppel gekrönt waren. An den 7 Stockwerken waren 128 Lampen aus dünnen Austerschalen angebracht, und an den Dachfirsten hingen 152 Glocken, die in den Winden klangen. Das Buch ist mit einer Unmenge sehr interessanter Abbildungen versehen und klar, vorsichtig, ohne voreilige Konstruktionen verfaßt. Die beiden großen Bände Münsterbergs bilden jetzt die grundlegende Darstellung der chinesischen Kunst. Wer über dieses, sich erst jetzt uns allmählich erschließende Gebiet eines uns früher größtenteils unbekanntes künstlerischen Schaffens edelster Art Anschluß suchen oder selber arbeiten will, wird fortan zuerst zu diesem Werk greifen müssen. × Das neue Buch *August Renoir* des Julius Meier-Graefe (München, Piper) zeigt des Autors Beaniegung und Art in ganz besonders glänzendem Licht. Hier ist man wieder von neuem über den ganz außerordentlichen Reichtum seiner Auffassung und vor allem seiner Ausdrucksfähigkeit überrascht: All das unendlich Verschiedenartige in der Kunst, das genau so verschiedenartig ist wie Menschen oder wie alles Naturgewachsene nur sein kann, vor dem die meisten mit ungelenktem Stamen stehen, weiß er auf irgend eine Weise zu fassen. Alle individuellen Lebensäußerungen wie sie sich in der Kunst geben können, etwa der seelische Untergrund für Pinsel- und Strichführung oder die Art Form und Farbe zu fühlen, scheint sich in seinem Hirn in eine bewußte, intellektuelle Form umzusetzen. Es sind das meist Dinge, von denen ich gern glauben möchte, es sei ihre Natur

mit verschlossenem Munde zu leben, und man könne sie eben nur sehen und empfinden. Aber die Kunst Meier-Graefes setzt sie doch in Worte um. Dem Künstler selbst, wie hier Renoir, werden die Wandlungen, die Meier-Graefes feine Witterung spürt, schwerlich in dem Umfang bewußt gewesen sein. Es ist, als hielte er den Künstlern eine Art Spiegel vor, in dem sie sich wiederfinden können wie in ein andres Medium übertragen; übersetzt in eine Kunst, die vielleicht eine Synthese von rein sinnlichen Eindrücken und gedanklicher Bewußtheit ist. Diese vorwiegend psychologische Art über Kunst zu arbeiten wird sich wohl noch nie so glänzend und so auf ihre Weise künstlerisch verkörpert haben wie bei ihm. Manchmal scheint es so, als wenn Meier-Graefe schrankenlos in die verschiedensten Individualitäten hineinkriechen könne und aus all diesen verschiedenen Guckfenstern heraus die Welt anschau. Lese ich seinen *Renoir*, glaube ich: seine Seele identifiziere sich mit dieser weisen, süß-weltlichen Seele. Und lese ich dann ein anderes seiner Bücher, geht es mir nicht anders. Dieses Vermögen einer sich derartig einfühlenden Sinnlichkeit ist freilich für den Kritiker, von dem man wohl künstlerische Sinne, aber keine selbstprägende Kunst haben will, ein Gewinn. Die verschiedenen Wendungen in dem langen und schaffensreichen Leben Renoirs sind geschildert. Gleich zu Beginn seines selbständigen Arbeitens (als Knabe war er in einer Porzellanmanufaktur beschäftigt) zeigt sich in ungefähigem Umriß die Richtung seines Wesens. Wenn er auch, dem allgemeinen Zug seiner Zeit folgend, sich dem Einfluß Courbets unterstellte, so zeigt doch die absolut andre Auffassung des Sujets die durchaus verschiedene Natur seines Wesens. Er steht Courbet und auch Manet durchaus als Aristokrat gegenüber, und nur in der dunkeln und bräunlichen Tönung, zum Beispiel in seiner *Lise*, dem Bild, das er mit 25 Jahren machte, und das sein Wesen schon ganz fest geprägt zeigt, spürt man seine Abhängigkeit. Es kam dann eine Zeit, in der er als Leiter Delacroix wählte. Er versuchte auch in einigen Bildern, die es aber natürlich zu keiner reinen Wirkung bringen konnten, ihn nachzuahmen; das Tempo und die Bewegung Delacroix' sind Renoir in seinem ganzen Leben verschlossen geblieben, und die übervollen dunkeln Farben konnten sich auch mit dem hellen Seelenton Renoirs nicht verbinden. In den siebziger Jahren klärt

sich sein Weg, und es entsteht in schneller Folge eine Reihe von Bildern, die im Publikum als seine Meisterwerke gelten. Die schillernde Farbe scheint die Form zu lockern und nimmt ihr die Schwere. Das Fleisch hat etwas Vagoröses: In diese Zeit gehören die bekanntesten Bilder *Herr und Dame in der Loge*, die *Danseuse* und jene reizenden Porträts kleiner Mädchen mit ihren dürftigen Schulterchen und den erschreckt neugierigen Augen. Obgleich in dieser Zeit der *Salon* sich ihm öffnete, wendet er doch seinen Kurs und richtet jetzt sein Streben wieder darauf die Form mehr zu schließen. Vielleicht unter dem Einfluß Ingres sucht er der *Matéris* etwas Arabeskenhaftes zu verleihen und die Farbe mehr an die Form zu binden, wenn auch der *Habitus* seiner Figuren dem der Ingresschen sehr entgegen ist. Er betont die Konturlinie und erstrebt eine einfache bildhafte Wirkung. Hierher gehören die unendlich vielen Darstellungen der nackten Mädchen. Am bedeutsamsten zeigen diese Tendenzen sich in den *Baigneuses*. Dann wieder neues Lösen der Form mit neuem, übervollem Farbenspiel, bis dann in den letzten Jahren seine Bilder mit den monumentalen einfachen Mädchenkörpern, deren Form etwas von symbolischer Größe annimmt, entstanden. Den Gang der Entwicklung Renoirs bezeichnen gut folgende Worte Meier-Graefes: »Renoir begann mit einer festen Form. Er öffnete sie, um Farbe hineinzulassen, und schloß sie wieder, um sie zu festigen. Das Verfahren wiederholt sich. Es gleicht dem ruhigen Atmen eines gesunden Körpers.« Sehr charakteristisch sind einige Äußerungen. So erzählt Meier-Graefe, Renoir habe sich stets dagegen gewehrt zu den Impressionisten gezählt zu werden, und er habe das Prinzip *Moments*, die bedingungslose Beziehung zur Natur, grundsätzlich abgelehnt. »Mit der Nature«, habe er gesagt, »mache man, wie man wolle, und komme notwendig zur Isolierung.« »Moi je reste dans le rang.« Wie solle man dann aber Kunst lernen? »Au musée, parbleu! X. Zu fruchtbarer Erkenntnis in Kunstdingen können unter Umständen die Äußerungen, die die Künstler über ihre Kunst gemacht haben, die wesentlichsten Hilfsmittel werden. Irgend welche bedeutsamen Äußerungen der Art zu veröffentlichten scheint sich der Verlag Paul Cassirer in Berlin zu seiner speziellen Aufgabe gemacht zu haben, der kürzlich auch die aus Briefen, Tagebuchblättern usw. von

C. R. Leslie zusammengestellte Selbstbiographie *John Constables* deutsch herausgab. Zu den früheren Künstlerdokumenten gesellten sich in den letzten Jahren die Briefe von Gogh's /Berlin, Bruno Cassirer/ als grundlegend hinzu. Unwillkürlich mißt man an dem Tempo seiner Natur und an dem zehrenden Feuer seiner Künstlermission, neben denen alle anderen Künstleroffenbarungen einigermaßen verblassen. Constable ist neben van Gogh ein zartes Gebilde, und erst durch die Klarheit und bewußte Konsequenz seines Arbeitens nötigt er uns die Achtung ab, die er entschieden verdient. Er ist ein ganz bescheidener, stiller Arbeiter, der zu dem Fortschritt, den er der Kunst gegeben hat, nicht durch impulsive Genialität gekommen ist sondern durch ehrliches und natürliches Sehen. Aus allen Aufzeichnungen klingt immer das selbe ehrliche Bemühen ohne Maniertheit an die Natur heranzugehen: Er studiert mit etwas nüchternerem methodischem Sinn den Wuchs der Bäume, die Struktur des Terrains und vor allem die verschiedenen Luftfärbungen und Bildungen je nach der Tages- und Jahreszeit, nach dem Umschlag des Wetters usw. Sein ganzes Skizzenbuch ist voll von Beobachtungsnotizen, und bei seinen halb unterrichtenden Vorträgen appelliert er in erster Reihe an den gesunden Menschenverstand als einen meist unterschätzten Faktor im künstlerischen Arbeiten. Im Anfang ist man ein wenig enttäuscht über die übermäßig bescheidene und artige Art; aus den zarten, gesitteten Briefen sieht man schwerlich die konstante Energie all seiner künstlerischen Tendenzen heraus. Das Leben ist ihm verlaufen wie es eben meist verläuft: schlicht und ernsthaft, und seine Entwicklung ist dementsprechend nach innen gerichtet und sachlich. Das Resultat dieses Lebens, das immer so vorsichtig und überlegt vorwärts schritt, ist die ganz unbedingte Betonung des *Chiaroscuro*, wie er es immer nennt, der Verschmelzung von Ton und Farbe durch die Luftbrechung, das er als das Ziel aller Landschaftsmalerei ansieht; er datiert dieses Problem in seiner kunsthistorischen Betrachtung von den Venezianern her. An der Entwicklung des *Chiaroscuro* hat er weitergearbeitet, indem er kühn und überlegt neue Lichtprobleme stellte. Leider ist auf dem Kontinent von seinen Bildern sehr wenig bekannt; die wenigen Exemplare prägen sich aber unmittelbar ein durch die feuchte Luft und die damit

zusammenhängenden vollgesogenen, tiefen Tonmassen und die nassen Farben. Das Buch ist übrigens in seinem 1. Teil auffallend ungenau übersetzt. Zum Teil mag aber wohl die Schwerefälligkeit der Sprache an der Umständlichkeit Constables selbst liegen. X In Wilhelm Hausensteins Buch *Der nackte Mensch in der Kunst aller Zeiten* / München, Piper/ spürt man vom ersten Wort an den geistvollen Intellektuellen. Sein Geist ist scharf, schnell und auch wohl ein wenig barock. Die Sätze sind so gedrängt, und in ihnen steckt eine solche Häufung geistreicher Antithesen und Kombinationen, daß man stets mit bewaffnetem Geist dabei bleiben muß, will man nicht den Faden verlieren. Dabei ist es merkwürdig neben diesem deutlich spekulativen Geist gleichzeitig eine lebendige sinnliche Kraft sich umtun zu sehn. Oft spricht sie mit absoluter Überzeugungsdeutlichkeit. Aber wo sie eben ihre ganze Kraft nicht zusammen hat, scheint sie mir von Hausensteins Philosophie geführt und gelehrmeisterzt zu werden. Ich habe vor Hausensteins Denken große Achtung. Und zu Nutz und Frommen dieses seines Denkens, aber auch zu Nutz und Frommen der Kunst schiene es mir gut, sie trennten ein wenig ihre Wege. Für eine Zeit verträgt künstlerisches Anschauen sehr wohl die verschiedensten Theorien. Das gibt neue Gesichtspunkte und kann unter Umständen auch das Sehen beleben und schärfen. Aber dann kommt ein Punkt, an dem die Befruchtung aufhört, und die Wirkung in ihr Gegenteil umschlägt. Sobald die Sinne in ihrem weitem Aufnehmen durch Prinzipien sich gebunden fühlen, müssen sie aufsässig werden, denn in diesem Revier sind sie durchaus souverän und haben die Direktive zu geben, so wankelmütig und launisch sie auch scheinen mag. Für Hausensteins Arbeiten würde eine strengere und nicht so flüchtige Materie wie es die Kunst ist passen: mehr geeignet auch wirklich Früchte eintragen zu können als es Kunstschreiberei je kann. Überflüssig hinzuzufügen, daß, unbeschadet aller grundsätzlichen Einwendungen, das neue Buch Hausensteins sehr lesenswert ist und den Leser fesseln muß: wie alle Arbeiten dieses so begabten und kultivierten Schriftstellers. X Mit seinem Buch *Kunst und Heilige* /Jena, Diederichs/ hat M. Liefmann eine ausgezeichnete Idee verwirklicht und eine Lücke ausgefüllt, die wohl allgemein empfunden wurde. Liefmann hat sowohl die christlichen Legenden wie die Symbole, die die

bildende Kunst verwendet, erzählt und erklärt. Wie gering ganz allgemein besonders die Kenntnisse in der christlichen Legendenwelt sind, und wie oberflächlich damit die Beurteilung der Kunstwerke sein muß, ist klar. Gerade jene Bilder, die in engster gedanklicher Verbindung mit dem Dargestellten entstanden, deren Maler mit der Darstellung des Heiligen und seiner Wunder ihm einen frommen Dienst brachten, können nicht einfach auf ihren Gefühlseindruck, auf ihren Form- und Farbenwert hin eingeschätzt werden. Sie wollen erzählen, und wir müssen ihre Erzählungen kennen, um ihnen folgen zu können. Und wenn auch jene Legendenwelt wirklich lebendig nicht mehr werden kann, so bedeutet die Kenntnis der Heiligen und ihrer Funktionen doch immer eine Art Annäherung an jene ferne Welt.

## KULTUR

### Landwirtschaft / Arthur Schulz

**Unterrichtswesen** Auf Grund einer Studienreise durch Nordamerika entwirft Professor von Rümker - Breslau in seiner Schrift *Das landwirtschaftliche Versuchs- und Unterrichtswesen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und in Preußen* /Berlin, Parey/ ein interessantes Bild der großzügigen und mit reichen Mitteln arbeitenden Organisation der landwirtschaftlichen Forschungs- und Lehrtätigkeit jenseits des Ozeans, zu der er die einseitige Beschränkung der deutschen landwirtschaftlichen Versuchsstationen auf agrikulturchemische Arbeiten und die ungenügende Ausstattung der beiden landwirtschaftlichen Hochschulen Preußens und der landwirtschaftlichen Institute und Lehrstühle seiner Universitäten wirkungslos in Kontrast bringt. In den Vereinigten Staaten seien die 21 landwirtschaftlichen Fakultäten an den Universitäten und die 27 selbständigen landwirtschaftlichen Hochschulen (*Agricultural Colleges*) mit zahlreichen spezialistisch ausgebildeten Forschungs- und Lehrkräften besetzt und mit Versuchswirtschaften und anderen Forschungs- und Lehrmitteln reich versehen. Dazu kämen großartige Spezialforschungsanstalten wie beispielsweise das pflanzenpathologische Institut von Professor Dr. Erwin Smith in Washington, wo in 40 großen Zimmern je ein anderer Pflanzenschädling studiert werde. Nicht weniger rühmt von Rümker die Elementarschulen Amerikas, weil in ihnen die Naturkunde

an der Hand landwirtschaftlicher Versuche obligatorisches Lehrfach ist, und überall, auch in den Städten mit den Volksschulen verbundene Schulgärten dafür sorgen, daß die Stadtkinder an der Hand einfacher Experimente die sie umgebenden Vorgänge in der Natur und in der Landwirtschaft sehen und verstehen lernen. Sehr beachtenswert erscheint ihm auch das staatlich organisierte und im Landwirtschaftsministerium in Washington zentralisierte landwirtschaftliche Publikationswesen Amerikas. Die in den Unterrichtsanstalten und Versuchstationen angefertigten wertvolleren wissenschaftlichen Arbeiten werden im *Yearbook* und in den *Bulletins* des Landwirtschaftsministeriums oder des betreffenden Instituts zusammengestellt veröffentlicht. Soweit sie für die Praxis verwertbare Ergebnisse enthalten, werden sie, zu populären Sonderausgaben umgearbeitet, in sehr großer Auflage gedruckt und ebenso wie die *Farmers Bulletins* und die *Circulars of Information* (das sind kleinere Originalabhandlungen) den Farmern gratis ins Haus geschickt. Dazu kommen die mannigfaltigen Formen der landwirtschaftlichen *University Extension*, der Fortbildungs- und Wanderlehrcurse und die in Eisenbahnzügen etablierten und in ihnen von Ort zu Ort rollenden landwirtschaftlichen Wanderausstellungen. Mit Recht sieht es von Rümker als eine Hauptaufgabe der preußischen Landwirtschaftsverwaltung an unseren Kleinbetrieben, die 70 % unseres Bodens bewirtschaften und in aller absehbaren Zukunft die Hauptbetriebsform bleiben werden, in ähnlicher Weise die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Produktions- und Betriebslehre nahezubringen. Während die weitere Hebung der Erträge des Großbetriebs für die Möglichkeit der Volksernährung aus eigener Produktion kaum noch mitspreche, könne durch eine derartige Schulung der Bauern ein Fortschritt im Bodenertrag erreicht werden, der sich würdig dem der letzten 50 Jahre an die Seite stellen könne.

× **Grundkredit** In seiner Schrift *Der landwirtschaftliche Kredit und seine durchgreifende Verbesserung* /Berlin, Springer/ tritt Regierungsrat Trosien, Staatskommissar bei der Börse in Hannover, dafür ein die Forderungen für in einen Landwirtschaftsbetrieb hineingelieferte künstliche Düngemittel vor den Hypotheken auf einen gewissen Zeitraum dadurch zu pri-

viligieren, daß ihnen ein gesetzliches Pfandrecht auf die auf dem betreffenden Grundstück vorhandenen Früchte eingeräumt wird. In zweiter Linie will er ein zeitlich beschränktes gesetzliches Pfandrecht für geliefertes Kraftfutter an dem lebenden Inventar der Landwirtschaftsbetriebe im Vorrecht vor den Hypotheken eingeführt wissen. Mir scheint jedoch eine Durchbrechung der Privilegien der Hypothekengläubiger nach einer andern Richtung dringlicher zu sein. Unser heutiges Hypothekenrecht hält die einzelnen Parzellen eines mit einem Grundpfandrecht belasteten Gutes wie mit einer goldenen Klammer zusammen. Es macht den Abverkauf einzelner Flächen, auch wenn er wirtschaftlich noch so zweckmäßig und sozialpolitisch noch so erwünscht ist, juristisch nahezu unmöglich und erschwert dadurch die innere Siedlung aufs äußerste. Die Abschaffung dieses *Gläubigerfideikommisses*, das Sering mit Recht für ebenso schädlich hält wie die Familienfideikommiss des Grundadels, scheint mir noch nützlicher zu sein als die von Trosien empfohlene Durchbrechung der ländlichen Hypothekenprivilegien, deren Vorteile deswegen jedoch keineswegs verkannt werden sollen. Scharfsinnige Erörterungen über die landwirtschaftliche Verschuldungs- und Entschuldungsfrage, über die Organisation des ländlichen Real- und Personalkredits und eine vieles Richtige enthaltende Kritik des geltenden Hypothekenrechts und des preußischen Gesetzes vom 20. August 1906, betreffend die Zulassung einer Verschuldungsgrenze für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke, erheben das Buch Trosiens in die Reihe der beachtenswerteren agrarpolitischen Monographien aus letzter Zeit.

× **Kurze Chronik** Im September vorigen Jahres starb Professor Dr. Kellner - Möckern, ein Hauptförderer der modernen Fütterungslehre und Begründer der Stärkewerttheorie. × Nach einer Mitteilung des preußischen Landwirtschaftsministers zeigt das vorläufige Ergebnis der Viehzählung vom 1. Dezember 1911, daß sich trotz Dürre und Maul- und Klauenseuche, die Rinder gegen 1910 um 76 696 und die Schweine um 731 118 Stück vermehrt haben. War die Vermehrung der Schweine infolge der schlechten Kartoffelernte auch lange nicht so groß wie 1910, so muß doch auch berücksichtigt werden, daß 1911 nicht weniger als 1 948 000 Schweine mehr geschlachtet wurden als 1910. Die Zahl

der Pferde hat sich um 42 834 vermehrt (siehe diese Rundschau, 1911, 2. Band, pag. 723 ff.). X Der Verein der deutschen Stärke- und Sirupindustrie feierte am 6. Dezember in Berlin das 100jährige Jubiläum der Erfindung des Stärkezuckers im Jahr 1811. X Der Verein zur Förderung der Moorkultur im Deutschen Reich hat eine Denkschrift herausgegeben, die Vorträge bedeutender Autoritäten aus dem Gesamtgebiet der Moorkultur enthält. Der neue preussische Etat bringt staatliche Mehraufwendungen für Zwecke der Kultivierung von Ödländereien und Mooren in der Höhe von 579 000 Mark, so daß also in Preußen im Jahr 1912 1 439 000 Mark für den genannten Zweck zur Verfügung stehen. Außerdem hat die Provinz Hannover 200 000 Mark zur Kultivierung und Besiedelung hannoverscher Moore und Ödländereien bewilligt. X Die Ausfuhr von Sojabohnen aus der Mandschurei über Wladiwostok und Dalny nimmt stark zu. Es wurden von Wladiwostok, meist nach Westeuropa, exportiert 1908 72 000 Tons, 1909 216 000 Tons, 1910 253 000 Tons, 1911 344 000 Tons. Sie dienen als Viehfutter.

X  
**Literatur** Die deutsche Bodenreformbewegung beschäftigt sich fast ausschließlich mit städtischer Bodenpolitik und Bodenbesteuerung. Die Landwirtschaft und der landwirtschaftlich genutzte Boden spielt in ihrer Literatur und Agitation eine weit geringere Rolle. Auch in der 6., durchgesehenen Auflage des Hauptwerks ihres Führers, in A. D a m a s c h k e s *Bodenreform* /Jena, G. Fischer/ (die 5. Auflage wurde hier in der Rubrik *Staatssozialismus*, 1911, 1. Band, pag. 471, besprochen), werden den Agrarproblemen nur 50 Seiten gewidmet. Was aber auf so engem Raum über Entschuldung, Allmende und Innenkolonisation gesagt werden konnte, ist zum größten Teil richtig, und die Objektivität der klaren und eindringlichen Darstellung wird, außer etwa in dem Kapitel über *Zinsen und Steuern*, durch die besonderen bodenreformerischen Theorien und Lieblingsprojekte so wenig beeinträchtigt, daß man nur wünschen kann, Damaschke möchte sich dazu entschließen in den folgenden Auflagen des verbreiteten Buchs die modernen deutschen Landwirtschaftsprobleme ausführlicher und gründlicher zu erörtern. X Als 3. Heft der *Arbeiten der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg* sind 15 Vorträge aus dem 1911 veran-

stalteten Unterrichtskursus für praktische Landwirte und Verwaltungsbeamte erschienen. Als volkswirtschaftlich bedeutsam ist ein Vortrag des Professors Dr. A u h a g e n über die *Konkurrenz des ausländischen Brotgetreidebaus* hervorzuheben. Auhagen spricht sich auf Grund eines reichen Tatsachen- und Zahlenmaterials dahin aus, daß der Weizenanbau in Argentinien und Kanada noch sehr steigerungsfähig sei, und daß die russische Überschußproduktion an Weizen und Roggen infolge der günstigen Wirkung, die die von Stolypin eingeleiteten und in bemerkenswert raschem Tempo durchgeführten Agrarreformen auf die bäuerliche Ackerbautechnik ausübten, noch einige Zeit eine langsam steigende Linie verfolgen werde. Die Befürchtungen vieler deutscher Landwirte, daß die Erschließung Mesopotamiens durch die Bagdadbahn eine für sie ruinöse Weizenkonkurrenz heraufführen werde, hält er für sehr übertrieben, da sich Mesopotamien ebenso wie Turkestan dem Baumwollanbau zuwenden dürfte. Im ganzen lasse die gesamte Konstellation der internationalen Produktions- und Konsumverhältnisse die Gefahr der ausländischen Konkurrenz für die Zukunft in mildern Licht erscheinen. Was Rußland anlangt, so mißt auch der landwirtschaftliche Sachverständige des Deutschen Reichs beim kaiserlichen Generalkonsulat in Petersburg, Dr. Hollmann, der am 13. Februar im deutschen Landwirtschaftsrat die landwirtschaftliche Entwicklung Sibiriens schilderte, der russischen Agrarreform eine gewaltige Bedeutung bei. Sie werde in Rußland und Sibirien, wo die Landwirtschaft bisher geschlafen habe, aus einem Menschenozoen Landwirte schaffen.

### **Kunstgewerbe / Paul Westheim**

**Bernhard** Karl Schmidt, der Leiter der *Dresdener Werkstätten*, scheint ein Mann von erstaunlichem Instinkt für das, was die Zeit von seinem Gewerbe fordert. Während andere im Irrgarten der Tapezierstile herumtaumeln, weiß er aus der Masse der empordrängenden Zeichnerscharen die Wenigen herauszufischen, die die in uns schlummernde Sehnsucht nach einer harmonischen Heimkultur auf eine überzeugende Formel zu bringen verstehen. Als es galt mit ethischen und logischen Bekenntnissen Programmusik zu machen, hat er sich den Riemerschmid verschrieben; jetzt, wo es gilt aus dem künstlerischen Empfinden heraus subtile Raumstimmungen zu entwickeln, hat er

sich in dem Münchener Karl Bertsch und dem Berliner Lucian Bernhard zwei Leute gesichert, die beide in hohem Maß die Gabe besitzen ein geschmackvolles, gemüthliches und unserm Wesen verwandtes Milieu zu schaffen. Bertsch ist ein sehr objektiver, architektonisch disziplinierter Geist; ein Mensch, der ein prachtvolles Empfinden für die Natur der Materialien mitbringt. Wenn er graue, leicht geschwungene Holzflächen, helle Stoffe, grüne Lederbezüge zu einander stimmt, so entsteht eine Selbstverständlichkeit, eine weltmännische Gelassenheit, in der alles theoretisch Programmatische überwunden ist. Bernhard ist in der Formgebung der Originellere, weil Jüngere, weil noch weniger Ausgereifte. Es ist ein eigenes Kapitel, die Entwicklung dieser talentierten Begabung Revue passieren zu lassen. Als Graphiker ist er so um die Jahrhundertwende herum plötzlich in das Gewerbe hineingeschossen. Er hat die letzten Ergebnisse einer impressionistischen Optik, die letzten Möglichkeiten der neuen Anilinfarbenchemie, eine amerikanisch schlagende Sachlichkeit in die Plakatkunst hineingetragen. Wenn er einem Schuster eine Ankündigung zu zeichnen hatte, stellte er einen Stiefel groß, klar und keck in die Fläche. Die Schrift, ehemals eine nebensächliche Unbequemlichkeit, macht er zum Fundament seines Flächenorganismus; die Farbe, selbst bei den Montmartreplakaten ein sanftes Komplementär, wird unter seinen Händen eine brausende, züngelnde, Nerven aufpeitschende Fanfare. Jene viel beschriebene Sachlichkeit, die nun ein Gemeingut des Plakatgewerbes geworden, ist für ihn nur ein äußeres Kennzeichen; das Wesentliche sind die tektonischen, malerischen und sinnlichen Qualitäten, die aus den paar Farbflecken dieses Zeichners einheitliche Werte machten. Der Gedanke, daß Bernhard zu dem größten Teil seiner Wagnisse aus dem Ehrgeiz kam immer mit einer eigenen Geste zu faszinieren, stets ein unerhört neuartiges Spiel zu versuchen, ist nicht abzuweisen. Allerdings wird niemand bestreiten können, daß dieser Trieb in jedem Fall durch eine starke künstlerische Verantwortlichkeit gezügelt war. Während zum Beispiel eine ganze Menge Schriftzeichner sich für neue Typen einen recht originellen Duktus aussuchen, tut er bei seiner Antiqua nichts anderes als die gegebenen, gesunden Formen mit seinem malerischen Empfinden zu durchdringen und diese lebendig durchempfundene Kontur vor dem Exaktheits-

wahn des Stempelschneiders zu sichern. Genau so ist sein Arbeiten im Bereich der Innendekoration. In den Caféhäusern, Geschäftsräumen, Wohnungseinrichtungen, die er für die *Dresdener Werkstätten* entworfen hat, ist sein malerisches Empfinden das ausschlaggebende Moment. Ihm scheint weniger daran zu liegen durch die besondere Form das Auge zum Aufmerken zu bringen. In der Gliederung des Raumes, dem Aufbau und der Anordnung der Möbel kokettiert er sogar ein bißchen mit Primitivität. Alles ist gerade, eindeutig gewachsen, ist es wohl aber nur, um das Spiel der Farben, das er an diesen Körpern entfaltet, prickelnder aufrauschen zu machen. Die Suggestion der Affiche entströmt derlei Ensembles von überstrichenem Holz, von bespannten Wänden und gerafften Stoffen. Das vor einiger Zeit eröffnete Café am Kurfürstendamm in Berlin wirkte mit seinen Logen, seinem blitzenden Gegeneinander von graublauen und grünvioletten Effekten wie aus einer eleganten Affiche herausgeschnitten. Es hat, wenn man es recht betrachtet, die Stimmung eines intimen Theaterchens, eines kecken Ballhauses: also Stimmungsnuancen wie sie von der derbschrötigeren Aufrichtigkeit der Moderne noch kaum erfaßt worden sind; Nuancen, die zu einer endgültigen Beurteilung gewiß nicht ausreichen, die in diesem Bernhard aber ein für die weitere Entwicklung beachtliches Talent ankündigen.

×  
Frauenaustellung

× Die Betätigung der Frau im Kunstgewerbe, von der in dieser Rundschau zu sprechen wäre, ist ganz und gar nichts Neues. Behagen, dekorativen Schmuck, schönen Zierrat in das Haus zu bringen war von je Frauensache. Das Dekorative am Hausrat, soweit es nicht die grobe Faust des Schmiedes, die örtliche Ungebundenheit des Malers voraussetzte, war ihr mit der Sorge um das Stimmungsvoll-Gemüthliche des ganzen Ensembles überlassen. Man denke an die prachtvollen Paramente, die fleißige Nonnenhände der Kirche zur Glorie nähten und stickten, denke an die Brabanter und Venezianer Spitzen, denke an die mannigfachen Volkskünste, die uns heute noch am eindruckigsten Zeugnis von dem ablegen, was die Frauen in alter Zeit künstlerisch geleistet haben. Diese Art hauswirtschaftlicher Eigenproduktion war kein Faktor mehr für die Ausstellung *Die Frau in Haus und Beruf*. Sie sucht das Kunst-

gewerbe als Frauenberuf abzuschätzen; sie präsentiert die Frau als entwerfende Zeichnerin.

Kunstgewerbliche Zeichnerin: Der Ausdruck weckt Erinnerungen an die wütesten Ausschweifungen, die unter der Flagge *Modernes Kunstgewerbe* segelten. Eckmann, van de Velde, Olbrich mitsamt der Wiener Schule sind von Zeichnerinnenhänden aufs ungeheuerlichste travestiert worden, das Todhetzen eines neuen Gedankens, des Affichenstils, der Kinderkunstbestrebungen, der Volkskunstornamentik etwa ist an haltlosesten von ihnen betrieben worden. Das Album weiblichen Kunstgewerbes, das der *Lyzeumklub* uns vor einigen Jahren brachte, darf man, ohne jemandem Unrecht zu tun, als eine Blütenlese des plagiierenden Dilettantismus bezeichnen. Aus diesem zweifelhaften Niveau spricht gewiß eine innerliche Notwendigkeit. In den meisten Fällen kam die Frau gar nicht oder unzureichend vorgebildet zum Kunstgewerbe. Sie war entgleiste Malerin, war bestenfalls Ornamentikerin, die Papierarbeit zu leisten imstande war, während das Gewerbe nach Kräften verlangte, die aus dem Material und aus dem Arbeitsprozeß heraus eine eigene Formensprache zu entwickeln verstanden. Das war ihr schon insofern unmöglich als sie allen Werkstätten und damit von Stoff und Technik geflissentlich ferngehalten wurde. Kommt dazu noch ein (fast bei allen Kunstgewerblerinnen festzustellender) mangelnder Instinkt für das Konstruktive, so muß jenes Einschnappen auf die anderwärts gegebenen Tips die natürliche Folge sein.

Das muß in dieser Rundschau ruhig und klar gesagt werden. Diese Zeitschrift ist über den Verdacht erhaben, als wollte sie dem Eindringen der Frau in gleichviel welchen Beruf den philiströsen Widerstand entgegensetzen, der jetzt von manchen Herren und Damen im Namen einer Kultur wie sie sie verstehen (in Wahrheit: einer primitiven Schablone) geübt wird, und den Hedwig Dohm soeben hier so prächtig charakterisiert hat (siehe ihren Artikel *Die Idealisten des Antifeminismus*, in diesem Band, pag. 285 ff.). Aber gerade weil hier das alte Schema der konventionellen *Weiblichkeit* gründlich beseitigt werden soll, ist es nötig, daß an die Tätigkeit der Frau auch die gleichen, großen Ansprüche gestellt werden wie an die des Mannes. Eine wohlwollende Duldung dilettantischen Anempfindens oder gar eine Beschönigung positiv minderwertiger Leistungen würde

einen bössartigen Antifeminismus bedeuten, um so schlimmer, je *nachsichtiger* er sich gebärdet. Das weibliche Kunstgewerbe war bisher minderwertig: Diese Tatsache feststellen heißt gleichzeitig deren (oben angedeuteten) Ursachen nachspüren und so zu ihrer Beseitigung beitragen.

Betrifft man mit dieser Wissenschaft vom weiblichen Kunstgewerbe die Ausstellung, so überrascht die einheitliche Anständigkeit, trotz des temperamentlos zusammengestümperten Zeugs, das es im einzelnen noch genug gibt. Die Aufmachung der Hallen wie der verschiedenen Wohnräume waren so wie man sie von den letzten Gewerbeausstellungen her zu sehen gewohnt ist. Vielleicht in einzelnen dekorativen Details aparter, dafür aber im Aufbau selbst brüchiger. In der Graphik (Ausnahme das *Vorwärtsplakat* der Julie Wolfthorn), Keramik und Glas (Ausnahme die karikaturistischen Figürchen der Gertrud Schlammeus), in der Schmuckabteilung (Ausnahme Greve-Hamburger und Kraul) und bei den Fächerkünsten herrscht noch immer der Geist jenes *Lyzeumklub*albums. Stark und eigen sind dagegen die Gruppen der Spitzen, der Stickereien und der Dekorationskünste. Was die diversen deutschen Spitzenschulen da zeigen, was die Leni Mathaei an Klöppeleien aufischt, ist Qualitätsarbeit ersten Ranges. Unmöglich die Namen der Stickerinnen aufzuzählen, die mit interessanten Mustern oder interessanten Techniken vertreten sind. Unwillkürlich spürt man da, wie lange die Frau schon im Bereich dieser Handfertigkeiten steht. Ein Gefühl, das durch die delikaten Blumenstücke der Franziska Bruck, durch die bisher unübertroffenen Schaufensterarrangements der Elisabeth von Hahn bestätigt wird.

×  
**Kurze Chronik** Die alte Taktik der katholischen Kirche in der Kunst den latenten Zeistromungen zu folgen scheint, so förderlich sie für die künstlerische Entwicklung, so nützlich sie für die Kirche selbst gewesen, aufgegeben. Wenigstens hat der Erzbischof von Köln jetzt an die Geistlichen seiner Diözese einen Erlaß gerichtet, nach dem in Zukunft bei Kirchen- oder Pfarrhausneubauten nur noch der angeblich im Rheinland bodenständige gotische oder romanische Stil geduldet werden soll. × Das Hagener Museum stellt eben für eine Reihe amerikanischer Städte eine Wanderausstellung deutschen Kunstgewerbes zusammen. ×

Die Architektenvereine, auf deren Initiative das preußische Verunstaltungsgesetz erlassen worden ist, scheinen in der kurzen Zeit seit seiner Geltung eingesehen zu haben, was es heißt der Polizei eine ästhetische Waffe in die Hand zu drücken. Sie bereiten eben unter Führung des Berliner *Architektenvereins* eine Petition an den Landtag vor, in der sie die obligatorische Hinzuziehung von Sachverständigen mit entscheidender Stimme, Genehmigung der Projekte durch einen Schönheitsausschuß, die Erschwerung des Verbots von Baustoffen und einiges mehr fordern. X Zur Reorganisation der Darmstädter Künstlerkolonie, die durch Berufung unzureichender Kräfte ihre Vorortstellung gänzlich eingebüßt hat, ist Dr. G. Biermann nach Darmstadt berufen worden. X In den *Modernen Bauformen* (Stuttgart, Hoffmann) ist neulich ein Sonderheft über die Architektur Hannovers erschienen, worin außer Werken von Roß, Siebrecht, Grote, Leyn & Goedecke zum erstenmal ein Reihnhaus, das van de Velde in Hannover gebaut hat, reproduziert ist. X Die für den Sommer in München geplante *Bayrische Gewerbeschau* gibt unter diesem Titel eine kleine Monatsschrift zur Propagierung der von der Ausstellungsleitung gesteckten Ziele heraus.

#### X Literatur

Das Biedermeier, dem die Kunstgewerber nachjagen, der Schinkelgeist, den unsere Architekten noch einmal aus der Versenkung emporzaubern möchten, die Birkenholzmöbel und die klassizistischen Bauformen haben in Max von Boehn (*Biedermeier* / Berlin, Bruno Cassirer/) einen Interpreten gefunden, der diese ganze Atmosphäre von offiziellem Muckertum und freigeistigem Rationalismus, von phrasenhafter Kartonmalerei und ängstlichem Realismus, diese ganze Mischung von Freiheitsdrang und Bildungsphilisterei in großen Zügen aufmalt. Es war wohl manches netter in dem Deutschland des Vormärz, aber es war doch noch mehr, wie Heine sagt, eine »niedergedrückte, arretierte Zeit«. Es war in den Burschenschaften, unter der schwarz-rot-goldenen Jugend, bei den Turnern und den Vormärzliberalen viel Freiheitsbegeisterung, doch noch größer war die polizeiliche Willkür, der Zensurzwang und die Volksbedrückung nach Metternichschen Maximen. Ein machtvolles Sehnen nach der deutschen Einheit war wohl da, aber erreicht wurde nur,

wie Arnold Ruge einmal ironisch bemerkte, daß Deutsche aus allen Gauen in den Zuchthäusern Preußens vereint waren. Es gab unter Schleiermacher und seinen rationalistisch angehauchten Kollegen recht viel religiösen Freimut, aber doch nur so lange, bis der König von Preußen Frömmigkeit und Kirchenbesuch zu einer Sache der Staatsraison gemacht hatte. Der Bildungseifer war ungeheuer groß. Vorlesungen wurden gehalten, Vereine gegründet, Lesemuseen eingerichtet; Bücher verschlungen, das Konversationslexikon geschaffen, alle Schätze der Weltliteratur von Schlegel und Tieck übertragen; aber gleichzeitig waren die Klassiker kaum beachtet, blieb dieser ganze Bildungsrummel nur ein Sport, den Stutzer und Mamsells betrieben, um bei den ästhetischen Tees zu brillieren. Die Künstler, die wir heute schätzen: Schadow, Krüger oder der junge Menzel, waren wohl anerkannt, aber doch nur als besonders befähigte Handwerker, während die Cornelius und Kaulbach, die Nazarener und Romantiker, die mit den großen Gemüts- und Literaturphrasen um sich warfen, als Genies bejubelt wurden. Die Schwärmeret für die Antike wie alle die Kunstschwärmerieen, die die Zeit von 1815 bis 1847 ausfüllten, waren Wechselbälge jenes literarischen Schöngestimmus. Wie Fanny Eibler Weltgeschichte tanzte, malte Cornelius Hegelsche Philosophie. Die Düsseldorfer Akademie holte sich, »um die Regsamkeit der künstlerischen Erfindung lebendig zu erhalten«, Literaten, die den Künstlern Ideen suggerieren sollten. Schadow, ein so prachtvoller Beobachter der Wirklichkeit, ist entrüstet, weil man ihm keine Gelegenheit gibt mythologische Szenen zu modellieren. »Man trennte«, wie Boehn treffend bemerkt, »Leben und Kunst, als gehörten sie nicht zusammen sondern seien Todfeinde, man erlob die Kunst über Raum und Zeit, gleichsam als hätte man sich von ihr befreien wollen.« Vielleicht treibt die, die jetzt so spielerisch mit dem Biedermeier tändeln, auch nichts anderes als die Absicht Leben und Kunst hübsch auseinanderzuhalten? Vielleicht sind sie sich noch niemals so recht klar geworden, welche kulturelle, politische und soziale Kluft zwischen uns und dem Vormärz gähnt? Sie alle sollten einmal dieses wertvolle (und reich ausgestattete) Werk zur Hand nehmen, das das ganze Deutschland der Krähwinkelzeit ungeschminkt widerspiegelt.